



Reader für den Herbststratschlag

2. bis 4. November 2018

in

Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis

1 Herzlich Willkommen!	4
2 Frankfurt als Ort des Herbstratschlags	5
3 Organisatorisches	6
3.1 Anfahrt	6
3.2 Übernachten	6
3.3 Verpflegung	6
3.4 Eingeschränkte Barrierefreiheit	7
4 Tagesordnung	7
4.1 Freitag, 2.11.	7
4.2 Samstag, 3.11.	7
4.3 Sonntag, 4.11.....	9
4.4 Auftaktveranstaltung mit Nilda Inkermann.....	9
5 Berichte aus den Attac-Gremien	9
5.1 Bericht des KoKreises	9
5.2 Bericht des Rates	18
6 Vorschläge	18
6.1 Vorschlag der PG sozial-ökologische Transformation	18
6.1.1 Beschlussvorlage.....	18
zum Dachthema „Sozial-ökologische Transformation“	18
6.1.2 Der Notwendige sozial-ökologische Umbruch.....	19
6.1.3 Kampagnenvorschlag: Kohleausstieg und Arbeitszeitverkürzung	21
6.1.4 Verkehrswende aus Attac-Sicht: Weniger Güterverkehr, mehr Lebensqualität	23
6.1.5 Kampagne „Kommunale Versorgungs-Demokratie“ (Arbeitstitel)	24
6.1.6 Finanzierung der Sozial-Ökologischen Transformation	25
6.2 Vorschlag: Beteiligung an der Kampagne „Ausstieg aus der Kohle“ (von Marie-Dominique Vernhes)	26
6.3 Vorschlag zur Sommerakademie (von Marie-Dominique Vernhes)	27
6.4 Vorschlag zur Änderung der TO	28
6.4.1 Alternative TO von Marie-Dominique Vernhes	28
6.4.2 TO-Änderung von Attac Freiburg.....	30
6.5 Vorschlag Attac Cottbus	30
6.6 Vorschlag zur Ratschlagsvorbereitung (Barbara Volhard)	31
6.7 Vorschlag zum Internetauftritt von Attac (D. Dörper, F. Eschbach, K. Schwietz und M-D. Vernhes)	32
6.8 Vorschlag: Onlineforum für Attacis (Achim Lübbecke)	33
6.9 Vorschlag: Gründung eines poetisch-künstlerischen Beirats (Achim Lübbecke)	33
6.10 Vorschlag zur Gemeinnützigkeit von Achim Lübbecke	34
6.11 Vorschlag zur Funktion des KoKreises von Achim Lübbecke	34
7 Finanzanträge	35
7.1 Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2019 und Beschluss-Empfehlung zu den Projektanträgen für das Jahr 2019	35
7.2 Haushaltsentwurf 2019	41
7.3 AG Aktion	42
7.4 AG ArbeitFairTeilen	43
7.5 AG Energie, Klima, Umwelt	44
7.6 AG Finanzmärkte und Steuern	45

7.6.1 Finanzantrag zu Projektmitteln für zwei Projekte der AG	45
7.6.2 Verlängerung der Kampagnenstelle	46
7.7 AG Genug für Alle	47
7.8 AG Kommunen	49
7.9 AG Solidarische Ökonomie.....	50
7.10 AG Soziale Sicherungssysteme	50
7.11. PG Freihandel	51
7.12 KoKreis	52
7.13 PG Alternative für eine solidarische Welt.....	53
7.14 PG Europa.....	53
7.15 PG Sozial-ökologische Transformation	54
7.16 Rat-AG Gruppenunterstützung	55
7.17 Rat AG Altvater-Symposium	56
7.18 Sand im Getriebe	57
7.19 Marie-Dominique Vernhes für Alter Summit.....	58
7.20 Marie-Dominique Vernhes.....	59
8 Wahlen.....	59
9 Sonstiges	59
9.1 Bericht zur Arbeit der Steuerungsgruppe	59
9.2. Bericht zur Webseite	63
9.3. Positionspapier des KoKreises zu „Europa“	67
9.4. Bericht über die Arbeit des Bündnisses „keine Kampfdrohnen“	70

1 Herzlich Willkommen!

Liebe Attacies,

wir leben in Zeiten, in denen emanzipatorische Politik immer mehr in die Defensive gerät, rassistische Positionen sind gesellschaftsfähig geworden: Menschen werden von Rassisten durch die Straßen gejagt, Polizei und Verwaltung übertreten bewusst Gesetze, zu deren Durchsetzung sie verpflichtet sind und der Verfassungsschutz geriert sich immer mehr als Staat im Staate.

Auch international haben sich die Kräfteverhältnisse verschoben: In den USA regiert ein offen chauvinistischer Präsident. In Europa sind rechtsradikale Gruppen hoffähig geworden, bilden z. T. sogar Regierungen. Kriege sind weiter ein Mittel der Politik.

Aber gleichzeitig wird auch der Protest immer lauter! Viele tausende Menschen gehen gegen die neuen Polizeigesetze und für mehr Klimagerechtigkeit auf die Straße, auch der Widerstand gegen rechte Hetze und Menschenhass nimmt mit Bewegungen wie "Aufstehen gegen Rassismus" und Seebrücke deutlich zu!

Gegen die Abschottungspolitik der EU demonstrieren zehntausende Menschen – für eine menschliche Flüchtlingspolitik und gegen den Massenmord im Mittelmeer.

Auch weitere Themen beschäftigen uns zurzeit stark: Der Ausbruch der Bankenkrise jährt sich zum zehnten Mal und wird von uns mit Demonstrationen und Aktionen in Frankfurt begangen. Unser großer Europakongress im Oktober hat das Ziel, Alternativen zu entwickeln, jenseits des neoliberalen Wirtschaftssystems und militärischen Aufrüstungswahns, jenseits von Rassismus und Imperialismus.

Es gilt jetzt den Herbstratschlag vorzubereiten. Wie ihr wisst, sind die Ratschläge im Attac-Kalender von spezieller Bedeutung, es gibt viel zu besprechen und zu entscheiden, ihr seid zu diesem Treffen also besonders herzlich eingeladen! Wir wollen unsere zukünftigen Aktivitäten diskutieren und planen. Im Fokus steht dabei eines unserer zentralen Themen, die sozial-ökologische Transformation. Aber auch der Kampf gegen die neoliberalen Freihandelsabkommen, die Europa-Wahl und auch der Brexit werden uns im nächsten Jahr in Atem halten. Weitere Themen sollten der Kampf für Klimagerechtigkeit, für den Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte auch und gerade für Geflüchtete sein. Mit einer Kampagne "Mach mit bei Attac!" wollen wir das Engagement in Attac vor allem für jüngere, weibliche und migrantische Menschen attraktiver machen und damit unsere Basis wieder stärken.

Aufgaben für das kommende politische Jahr gibt es also reichlich und einiges wird dazu kommen, was jetzt noch nicht absehbar ist. Umso wichtiger ist es, klug zu planen, mit realistischem Blick auf unsere Kräfte und Ressourcen, aber auch mutig und kreativ unser Potenzial zu nutzen und zu erweitern. Deshalb werden auch die Diskussion über unsere Finanzen und die Verabschiedung des Haushalts wichtige Themen auf dem Ratschlag sein.

Wir freuen uns auf Euch!

Herzliche Grüße,

die Vorbereitungsgruppe

(Judith, Johannes, Hermann M., Hermann G., Janna, Stephanie, Sonja)

2 Frankfurt als Ort des Herbstratschlags

Die Geschichte Frankfurts als Finanzplatz reicht bis ins Mittelalter zurück. Der Fernhandel, an dessen wichtigstem Knotenpunkt regelmäßig Messen stattfanden, erforderte „Finanzinstrumente“ wie den Wechsel und andere Formen der Schuldverschreibung.

Mit dem berühmten Bankier Maier Amschel Rothschild kommt sozusagen der Begründer des modernen „financial engineering“ aus Frankfurt. Er ist der kreativste unter den Frankfurter Bankiers gewesen. Seinen Ruf unter den Reichen und Superreichen seiner Zeit, begründete er mit der Organisation der „Steuerflucht“ des Kurfürsten von Hessen-Kassel vor dem Zugriff durch die napoleonischen Steuerbehörden.

In den letzten Jahrzehnten schmückt sich die Stadt besonders gern mit nachgemachter Gemütlichkeit: Mit Millionenaufwand wird das historische Zentrum rund um den Römer herausgeputzt, fein gekachelt und mit nachgebauten Laternen verziert. Hier sollen die Touristen sehen, was die Stadt zu bieten hat. Die neue Altstadt, die mit einem dreitägigen Fest vom 28. Bis 30. September eröffnet wurde, empfiehlt sich als abschreckendes Beispiel zur Besichtigung.

Aber die Stadt ist mehr als ihre touristischen Attraktionen. In vielen Stadtteilen herrscht Alltagsleben, wo man die Geschichte der kleinen Leute, der Frauen, der Arbeiterbewegung, der jüdischen Bevölkerung, des Widerstands, der Feste und der Vergnügungen findet (ein Reiseführer, der sich mit dieser linken Geschichte vieler Frankfurter Stadtteile beschäftigt, ist „Frankfurt zu Fuß“ von Jürgen Engelhardt (Hrsg.), er ist allerdings nur noch antiquarisch erhältlich).

Der Stadtteil Dornbusch, in dem der Herbstratschlag stattfindet, ist auch so ein Viertel: Ganz in der Nähe der Walldorfschule findet man das Funkhaus am Dornbusch des Hessischen Rundfunks und den Bertramshof (heute die Hörfunkstudios des HR), hier wäre der Bundestag eingezogen, wenn Frankfurt Bundeshauptstadt geworden wäre.

Anne Frank wurde hier geboren (Marbachweg 307) und hier lebten Marcel Reich-Ranicki (1920–2013) und die Dichterin Miele Braach. Unmittelbar neben der Walldorfschule befindet sich auf dem Gelände einer ehemaligen Gärtnerei der Sinai-Park, neben der Bertramswiese die grüne Lunge des Viertels.

Im Dornbusch steht Hessens erstes Bürgerhaus (Haus Dornbusch), nach den Plänen von Ernst May wurde 1928 auf dem Gelände des alten Grünhofs das erste Frankfurter „Haus der Jugend“ gebaut.

Attac Frankfurt

Inmitten von Hochhäusern und Banken, in einer Seitengasse der Frankfurter Fressgass', residiert seit 50 Jahren ein kleiner widerständiger Club, der sich 1962 aus einem Arbeitsausschuss kritischer junger Linker gebildet hatte. Seitdem gibt er Menschen und Gruppen ein Podium, die als Bestandteil des demokratischen, aufklärerischen Gewissens dieser Republik gelten können. Im **Club Voltaire**, ein Treffpunkt linksoppositioneller Menschen und Vereinigungen. Hier trifft sich die Regionalgruppe Frankfurt regelmäßig.

Die Frankfurter Gruppe ist 2002 formell gegründet worden und einige Gründungsmitglieder sind heute noch regelmäßig aktiv.

Im Selbstverständnis von Attac agieren wir als Netzwerk mit Verbindungen zu NGOs im Frankfurter Raum. Es bestehen die Arbeitsgruppen „klimAttac“, „Genug für alle“, „Globalisierung und Krieg“ sowie „Weltwirtschaft und Finanzen“. Mitglieder von Attac-Frankfurt tragen das Bündnis gegen Privatisierung mit und sind in der Initiative Gemeinwohl-Ökonomie Rhein Main aktiv.

„klimAttac“ setzt sich für eine veränderte Klima- und Energiepolitik ein. Beteiligt sich an den Aktionen von Greenpeace, der Bürgerinitiative gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens und der Anti-Atom-Bewegung.

Für „Genug für alle“ ist das Bedingungslose Grundeinkommen zentrales Thema: „Von der Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch“. Die Grundlage der Arbeit von „Globalisierung und Krieg“ ist der Wille, Wege zu finden, Gewalt und Krieg als Mittel der Politik zu ächten. Die AG sieht sich als Bestandteil der deutschen und internationalen Friedensbewegung und beteiligt sich an den Protestaktionen gegen die Militarisierung von Staat und Gesellschaft.

Die AG „Weltwirtschaft und Finanzen“ analysiert die Finanz- und Wirtschaftskrise als Teil der allgemeinen Systemkrise. In öffentlichen Veranstaltungen mit kompetenten externen Referenten geht sie regelmäßig an die Interessierte Frankfurter Öffentlichkeit und versucht, dem ökonomischen Mainstream kritisches Potential entgegen zu setzen.

3 Organisatorisches

3.1 Anfahrt

Waldorfschulverein Frankfurt/M. e. V.
Friedlebenstr. 52
60433 Frankfurt
www.waldorfschule-frankfurt.de

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Waldorfschule befindet sich zwischen den Stadtteilen Eschersheim/Eckenheim und ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Hauptbahnhof aus zu erreichen (1 Umstieg).

Hauptbahnhof Ffm → Hauptwache (mit S-Bahn 1-9, nicht S7), dann umsteigen
Hauptwache → U-Bahn Station Hühelstraße (U1,2,3,8)

Nach dem Ausstieg entgegen der Fahrtrichtung Bahnsteig verlassen und der Straße folgen. Die erste Straße links ist die Friedlebenstraße. Links in die Friedlebenstraße einbiegen und 500m durch das Wohngebiet auf der Friedlebenstraße laufen. Auf der rechten Seite befindet sich der Eingang zur Waldorfschule. Die Anmeldung befindet sich im 1. OG, 1. Seiteneingang.

Für Autos und Fahrräder

Es gibt im sehr begrenzten Rahmen Parkmöglichkeiten (Anwohnerparken). Parken auf dem Schulgelände ist nicht möglich. Fahrradparkmöglichkeiten sind ausreichend vorhanden.

3.2 Übernachten

Teilnehmende können kostenfrei in der Turnhalle der Waldorfschule schlafen. Privatunterkünfte stehen in begrenzter Zahl zur Verfügung, wendet Euch bitte an Reinhard unter reinhard.buettner@attac.de.

3.3 Verpflegung

Die Essensmarken für die verbindlich gebuchten Mahlzeiten könnt Ihr vor Ort bei der Anmeldung erwerben. Die kostendeckenden Preise (9 € Abendessen, 9,50 € Mittagessen, 4 € Frühstück) können bei Bedarf subventioniert werden (5 Euro pro Mahlzeit).

3.4 Eingeschränkte Barrierefreiheit

Aufgrund einer terminlichen Überschneidung seitens der Waldorfschule müssen wir dieses Jahr andere Räumlichkeiten der Schule nutzen. Diese sind leider nur teilweise barrierefrei zugänglich. Es gibt einen Aufzug in das erste Obergeschoss, dort werden sich Anmeldung, Büchertisch und Cafeteria sowie einige AG-Räume befinden. Das zweite Obergeschoss ist leider nur über eine Treppe zugänglich (20 Stufen). Dort befindet sich der Alte Saal für die Plenumsveranstaltungen, sowie weitere AG-Räume. Eine barrierefreie Toilette befindet sich im Untergeschoss und ist per Aufzug erreichbar.

4 Tagesordnung

4.1 Freitag, 2.11.

Uhrzeit	Aktivitäten	Raum
vor 16:30 Uhr	Ankommen / Aufbauen	
16:30 – 18:00 Uhr	Haushaltsvorbesprechung Ratschlag für Neue AG Treffen	Raum 1 Raum 2 Raum 3
18:00 – 19:00 Uhr	Abendessen	Mensa (Keller)
19:00 – 21:00 Uhr	Auftaktveranstaltung mit Nilda Inkermann, I.L.A. Kollektiv „Vom Leben auf Kosten anderer, zu einem guten Leben für alle	Alter Saal
21:00 Uhr – (offen)	Cafeteria	1. OG

4.2 Samstag, 3.11.

Uhrzeit	Aktivitäten	Raum
08:30 – 10:00 Uhr	Schulungen <ul style="list-style-type: none"> • Typo3 (Attac-Webteam) • Datenschutz (Datenschutzbeauftragter Roland Schäfer) • Für Finanzverantwortliche (Andreas van Baaijen) 	Raum 1 Raum 2 Raum 3
10:00 – 10:15 Uhr	Begrüßung Vorstellung und Abstimmung Tagesordnung (TO) Organisatorisches	Alter Saal

10:15 – 11:15 Uhr	Kampagnenschwerpunkt „sozial-ökologische Transformation“ <ul style="list-style-type: none"> • Kurze Vorstellung des Themas • Kleingruppen: Inputs zu konkreten Vorschlägen für Kampagnen in Attac und Diskussion 	Alter Saal
11: 15 – 11:30 Uhr	Kaffeepause	
11:30 – 12:00 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung der Ergebnisse aus Kleingruppen • Diskussion und Vereinbarungen zu Kampagnenschwerpunkt 	Alter Saal
12:00 – 13:15 Uhr	Berichte und Aussprache <ul style="list-style-type: none"> • KoKreis • Rat • Vereinsvorstand zur Gemeinnützigkeit 	Alter Saal
13:15 – 14:15 Uhr	Mittagspause	Mensa
14:15 – 15:45 Uhr	Workshop-Phase <ul style="list-style-type: none"> • Freihandel (Binding Treaty) • Polizeigesetze • Rechtspopulismus • Mach mit bei Attac • Austausch unter den Regionalgruppen 	Raum 1 Raum 2 Raum 3 Raum 4 Alter Saal
15:45 – 16:00 Uhr	Kaffeepause	
16:00 – 16:30 Uhr	Vorstellung der Workshop-Ergebnisse	Alter Saal
16:30 – 18:00 Uhr	Einführung Konsensprinzip Diskussion und Verabschiedung von Vorschlägen	Alter Saal
18:00 – 19:00 Uhr	Abendessen	Mensa
19:00 Uhr – (offen)	Wahlen zu den Attac-Gremien, KoKreis und Rat Alternativangebot für Nichtwähler*innen - Filmvorführung: „Hamburger Gitter“ - Der G20-Gipfel als Schaufenster moderner Polizeiarbeit	Räume nach Ansaage Raum nach Ansaage

4.3 Sonntag, 4.11.

Uhrzeit	Aktivitäten	Raum
09:00 – 09:15 Uhr	Begrüßung Vorstellung der Wahlergebnisse Verabschiedung der ausscheidenden Gremienmitglieder Danke!	Alter Saal
09:15 – 11:15 Uhr	Bericht, Diskussion und Beschlüsse zu Finanzen und Haushalt	Alter Saal
11:15 – 11:30 Uhr	Kaffeepause	
11:30 – 12:00 Uhr	In drei Minuten auf den Punkt	Alter Saal
12:00 – 13:00 Uhr	Europa <ul style="list-style-type: none">• Rückblick und Bewertung Europakongress• Europapolitische Eckpunkte• Aktivitäten im Vorfeld der Europawahl• Kampagnen zu Europa	Alter Saal
Ab 13:00 Uhr	Abschluss Gemeinsames Aufräumen	Alter Saal

4.4 Auftaktveranstaltung mit Nilda Inkermann

Die Idee, dass unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten zum Problem werden muss, machte der Club of Rome schon in den siebziger Jahren populär. Dennoch fällt Politik und Wirtschaft für die Lösung der meisten Probleme bis heute nur die Forderung nach wirtschaftlichem Wachstum ein. Bereits jetzt ist es jedoch notwendig, den Ressourcenverbrauch durch das „Gesundshrumpfen“ der Ökonomie drastisch zu verringern. Dabei gilt es, weltweit soziale und ökologische Belange zu berücksichtigen.

Wie kommen wir vom Leben auf Kosten anderer zu einem guten Leben für alle Menschen? Dieser Frage geht Nilda Inkermann vom I.L.A.-Schreibkollektiv für globale Gerechtigkeit nach.

5 Berichte aus den Attac-Gremien

5.1 Bericht des KoKreises

Der KoKreis vertritt Attac im Rahmen der politischen Beschlüsse von Attac-Rat und Rat-schlag nach außen, organisiert die Durchführung bundesweiter Aktionen und den internen

Kommunikationsfluss. Für das Büro hat der KoKreis Arbeitgeberfunktion. Er ist ein Arbeitsgremium, das sich monatlich für einen Tag trifft, sich außerdem intensiv über Listen abstimmt. Für wichtige Aufgaben des KoKreises (z. B. Pressearbeit, internationale Kontakte, Haushaltsplanung, Büroentwicklung) arbeiten die KoKreis-Mitglieder in kleinen AGs aus drei bis fünf Mitgliedern. Auch vertreten die KoKreis-Mitglieder die inhaltlichen Kontexte (bundesweite AGs, Kampagnen, Projektgruppen, Mitgliedsorganisationen, Regionen), in denen sie arbeiten. KoKreis-Mitglieder sind gleichzeitig Mitglieder im Rat; dort sind sie beteiligt an strategischen und organisatorischen Entscheidungen und an der Vorbereitung von Ratschlägen, Sommerakademien, Aktionsakademien und Ratssitzungen.

Solche KoKreis-Arbeit ermöglicht eine gute politische Zusammenarbeit mit sehr unterschiedlichen Menschen und eine intensive bundesweite Vernetzung. Sie geht aber nur mit einigen klaren, inhaltlichen Voraussetzungen und einem ziemlich hohen Arbeitsaufwand.

Aus der Fülle der KoKreis-Arbeit

*** Zukunft von Attac**

Ein wesentlicher Teil der Arbeit des Koordinierungskreises hat sich mit der aktuellen Situation von Attac und möglichen Veränderungen beschäftigt. Das Thema hat viele verschiedene Ebenen: Erstens geht es darum, nach 20 Jahren Globalisierungskritik zu fragen, wo unsere Einschätzungen und Positionen unverändert bleiben können und an welchen Stellen wir sie aktualisieren müssen. Im Rahmen dieser Diskussion ist das Papier „20 Jahre Globalisierungskritik: Elemente einer Neuausrichtung von Attac“ entstanden, das im KoKreis und im Rat diskutiert wurde. Außerdem wurde die Aktualisierung des Attac-Selbstverständnisses angegangen. Hierzu liegt inzwischen ein Entwurf vor, der auf dem nächsten Frühjahrsratschlag diskutiert werden soll. Zweitens hat der KoKreis darüber diskutiert, wie die internen Strukturen auf allen Ebenen so gestalten werden können, dass Menschen, die sich neu zu uns kommen, in Attac aufgenommen und wohl fühlen. Ein Ergebnis dieser Überlegungen ist ein neues Workshopangebot für Gruppen, wie Neue gewonnen und gehalten werden können. Drittens haben wir uns darüber Gedanken gemacht, wie wir unter anderem mit Aktionen Attac in der Öffentlichkeit wieder sichtbarer machen können. Die Aktionen am 15. September (Bulle und Bär sowie Besetzung der Paulskirche) waren erste Ergebnisse dieser Überlegungen. Viertens haben wir und mit der schwierigen finanziellen Lage von Attac beschäftigt. Einerseits damit, wie wir neue Einnahmen einwerben können und andererseits damit, wo wir im Haushalt Mittel einsparen können. Fünftens haben wir mit der Initiative "Junges Attac" begonnen, Strukturen zu etablieren, die eher jüngere Menschen ansprechen und sechstens das Projekt Mach-mit-bei-Attac wiederbelebt, dessen erste Ergebnisse wir auf dem Ratschlag vorstellen werden.

*** Junges Attac**

Für politische Organisationen ist es wichtig, Menschen aller Generationen mit vielfältigen Erfahrungen und Motivationen dabei zu haben. Denn junge Menschen stärken die Außenwirkung, sorgen für höhere Glaubwürdigkeit unserer zukunftsorientierten Politikansätze, liefern neue Impulse, die auch kulturell im Hier und Jetzt verankert sind und beugen der Verhärtung von Machtstrukturen vor. Auf Initiative einiger KoKreis-Mitglieder wurde deshalb die Projektgruppe „Junges Attac“ ins Leben gerufen, die sich darum kümmern will, dass speziell jüngere Menschen sich in Attac willkommen fühlen, Teil unserer lebendigen, kreativen und wirkungsmächtigen Bewegung werden und diese aktiv mitgestalten. Junges Attac hat zum Ziel,

- die Ansprache junger Menschen durch Attac zu verbessern,
- eine langfristige Bindung junger Menschen an Attac zu fördern sowie
- Junge Attacies und Attac-Interessierte miteinander zu vernetzen und so ggf. die Gründung von Jugendgruppen anzuregen.

Durch Mailings und einen eigenen Webauftritt (www.attac.de/junges-attac/) wissen auch Regionalgruppen um die Existenz der PG und können junge Interessierte dorthin verweisen. So konnte bisher besonders die Vernetzung junger Attacies und Attac-Interessierter verbessert werden. Seit Gründung der PG haben sich drei neue Jugend- bzw. Hochschulgruppen gegründet bzw. befinden sich im Aufbau (Hannover, Frankfurt, Mainz) und sind mit der PG vernetzt. Auch Anfragen von jungen Attac-Interessierten konnten an bestehende Gruppen vermittelt werden.

Die Projektgruppe macht sich außerdem Gedanken darüber, was in Attac verändert werden kann, um die Attraktivität für junge Menschen zu stärken. Weil die jungen AG-Mitglieder über das gesamte Bundesgebiet verstreut und regional sehr eingebunden sind sowie die dadurch nötige Arbeitsweite v.a. über Mails und Telefonkonferenzen nicht sehr attraktiv ist, gestaltet es sich hier aktuell etwas schwierig, Dinge voranzubringen. Die Aktivitäten hier beschränken sich daher bislang vor allem auf aktive Mitarbeit in der PG „mach mit bei Attac“.

*** Mach mit bei Attac**

Als ein Ergebnis der Studie zur Zukunft von Attac hat der KoKreis dem Frühjahrsratschlag 2017 vorgeschlagen, eine Kampagne „Mach-mit-bei-Attac“ durchzuführen. Der Vorschlag wurde so nicht angenommen, sondern stattdessen eine AG dazu eingesetzt. Die Aktivitäten dieser AG sind leider nach einiger Zeit zum Erliegen gekommen. Daraufhin hat der KoKreis Ende 2017 die Arbeit wiederbelebt. Inzwischen sind ein Imagefilm, eine Minibroschüre sowie eine Socialmedia-Kampagne in Arbeit. Wir hoffen, einiges davon auf dem Herbstratschlag vorstellen zu können. Außerdem findet im November in Duisburg der erste Workshop „Mach-mit-bei-Attac“ für Regionalgruppen statt.

*** Arbeit zu Finanzmärkte und Steuern – "Finance for the People"**

Ausgehend von Diskussionen auf der europäischen Attac-Sommeruniversität in Toulouse wurde ein europäisches Projekt aufgesetzt mit dem Ziel, zum 10. Jahrestag der Pleite der Lehman Brothers-Bank in den großen europäischen Finanzzentren Aktivitäten zu entfalten.

Attac Deutschland unterstützte den Koordinierungsprozess auf europäischer Ebene und führte eine Reihe von Aktivitäten durch: So wurde zusammen mit Attac Frankreich ein Basistext erstellt und dieser auf einer Lesereise bei Attac-Regionalgruppen vorgestellt. Dazu stehen auch noch Termine aus. Am Vorabend des Jahrestages wurde in Frankfurt eine Podiumsdiskussion zum Thema mit namhafter Besetzung durchgeführt.

Höhepunkt war dann am 15. September eine Performance in der Frankfurter Innenstadt: Graue Gestalten zogen die Kapitalmarktsymbole Bulle & Bär zur Börse. Die Börse wurde als "Crime Scene" markiert, als Tatort der um sich greifenden Finanzialisierung der Gesellschaft. Entsprechend der Attac-Forderungen nach einem gesellschaftsdienlichen Finanzsystem konnten sich die grauen Gestalten dort aus der Knechtschaft von Bulle und Bär befreien und sich in farbenfrohe Gestalten verwandeln. Diese mit einigen Bündnispartnern durchgeführte Aktion führte zusammen mit der nachfolgenden Aktion in der Paulskirche zu einer regen Berichterstattung.

Attac war die einzige Organisation, die an diesem Tag auf der Straße war und stellte damit seine inhaltliche Kompetenz und Fähigkeit zur kreativen Umsetzung unter Beweis. Die ganzen Aktivitäten stützten sich dabei auf die gute Zusammenarbeit und personelle Überschneidungen von Mitgliedern der AG, des KoKreis und von Mitarbeiter*Innen aus dem Bundesbüro.

Neben dieser Kritik an den Finanzmärkten bildete die Fortführung der Kampagne zum Steuerbetrug und zur Propagierung unserer Forderung nach einer Gesamtkonzernsteuer einen zweiten Schwerpunkt der Arbeit der AG. Im Vorfeld diskutierte der KoKreis die Konzeption und Aktivitäten zum Aktionstag am 26.05. und unterstützte die Vorbereitungen. Der KoKreis beteiligte sich auch aktiv an den Aktionen mit einem Flashmob im Apple-Store

Frankfurt, der entsprechende mediale Resonanz fand. Im Nachgang wurden die Ergebnisse der Aktivitäten bewertet und Verbesserungsvorschläge für die Fortführung der Kampagne erarbeitet.

Im Zusammenhang mit der möglichen zukünftigen Schwerpunktsetzung zur sozialökologischen Transformation wurde der Aspekt der Finanzierung dieser Transformation besprochen und die AG motiviert, sich verstärkt mit diesem Themenfeld zu beschäftigen. Auf dem Europa-Kongress wurde dazu in Kooperation von KoKreis und AG ein Workshop veranstaltet.

Begleitet wurden die verschiedenen Aktivitäten durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit über Pressemeldungen, Attac-News und Interviews.

Die positiven Ergebnisse der Arbeit in diesem wichtigen Arbeitsgebiet sind insbesondere auf die enge und kooperative Verzahnung der Arbeit von AG, KoKreis und Bundesbüro zurückzuführen. Ein Schlüsselfaktor war dabei die spezifische Unterstützung für diese Arbeit durch die Kampagnenstelle (halbe Stelle), von der immer wieder Anstöße und Motivation ausgingen und die insbesondere für die Koordination der verschiedenen Aktivitäten sorgte. Im kommenden Jahr werden wir die Aktivitäten der AG zu Fortführung der Steuerkampagne und zur Finanzierung der sozialökologischen Transformation in der bisher geübten positiven Kooperation begleiten. Darüber hinaus gilt es, diese Themen im Vorfeld der Europawahl öffentlichkeitswirksam zu platzieren.

*** Aufstehen gegen Rassismus**

Attac gehört zu den Gründungsmitgliedern des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“, das sich dem gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck sowohl mit Aktionen und der Unterstützung von Gruppen vor Ort als auch mit ehrenamtlich getragenen Bildungsangeboten entgegenstellt, und die von Attac Deutschland seither unterstützt wird.

Protest und Aktion: Zu den Erfolgen der Arbeit im vergangenen Jahr zählen u. a. die maßgebliche Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung der Proteste gegen die AfD-Bundesparteitage in Hannover und Augsburg, der gelungene Anschluss des Bündnisses an europäische Netzwerke (und national an die Organisation der „Internationalen Woche gegen Rassismus“) und in der Folge die Beteiligung am Internationalen Aktionstag gegen Rassismus mit Veranstaltungen, Aktionen und Infoständen in 25 deutschen Städten sowie die direkte Hilfe für antirassistische Gruppen und Bündnisse z. B. in Chemnitz und zuletzt das durchgehende Engagement von „Aufstehen gegen Rassismus“ im Herbst der Solidarität 2018: In diesem war es mit Attac das Bündnis, das alle drei Großdemonstrationen, die antirassistische Parade von „We'll come united“ (dem Bündnis, dem Attac ebenfalls angehört) in Hamburg, die Demo „Jetzt gilt's: Gemeinsam gegen die Politik der Angst“ in München und „#unteilbar – Solidarität statt Ausgrenzung“ in Berlin unterstützt und begleitet hat.

Bereitstellung von Bildungsveranstaltungen und -material: Am Wochenende vom 1./2. September 2018 hat „Aufstehen gegen Rassismus“ eine große und attraktive Aktiven-Konferenz in Frankfurt am Main durchgeführt: Im Rahmen des zweitägigen Programms gaben nicht nur renommierte Expert*innen Inputs zu verschiedenen mit der Neuen Rechten verbundenen Themenkomplexen (Rassismus, Sexismus, Neoliberalismus), sondern es fanden auch zahlreiche Workshops für die Befähigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement gegen den gegenwärtigen Rechtsruck statt.

Zu angebotenen Schulungen und Materialien gibt es für 2018 gibt es noch keine validen Zahlen – daher hier ein Rückblick v. a. auf das vergangene Jahr, in dem mit der „Stammtschkämpfer*innen-Ausbildung gegen Rassismus“ bis zum April 2018 die Marke von knapp 450 Ausbildungen und mehr als 7.000 geschulten Menschen gesetzt werden konnte: Ziel ist das Empowerment, auf rassistische Parolen im Alltag reagieren und der jeweiligen Situation angepasst das Gespräch suchen oder einer Verbreitung von menschenfeindlichen Positio-

nen entschieden entgegnetreten sowie den Opfern rassistischer Hetze Solidarität zeigen und Schutz geben zu können.

Darüber hinaus engagiert sich „Aufstehen gegen Rassismus“ in der Erstellung und Verteilung von vielfältigem Material: In 2017 wurden u. a. ca. 1.113.000 Flyer mit Argumenten verschickt, ebenso ca. eine halbe Million Aufkleber sowie etwa 78.000 Plakate. 2018 wurden im Rahmen der Kampagne zum 1. Mai eigene Flyer zum Thema der Gefahr einer Unterwanderung von Betrieben durch rechte, gleichermaßen neoliberale wie ausländerfeindliche Kräfte entwickelt und verteilt; darüber hinaus gibt es seit Kurzem eine Pocket-Broschüre, die die wichtigsten Argumente gegen rassistische Parolen zusammenfasst und die „Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung gegen Rassismus“ unterstützt.

Als eines der Gründungsmitglieder von „Aufstehen gegen Rassismus“ ist Attac für die Kampagne bis heute sehr wichtig. Die kontinuierliche Mitarbeit im Arbeitsausschuss des Bündnisses wird derzeit durch Judith Amler gewährleistet, gleichzeitig wird nach mitwirkenden Attacies gesucht, die Attac über die gute Vertretung in der Kampagne hinaus noch besser an Attac-Regionalgruppen anbinden können. Insgesamt wird die Unterstützung von „Aufstehen gegen Rassismus“ durch Attac in der emanzipatorischen Bewegung sehr wertgeschätzt – so hat z. B. die Berichterstattung über die großen Proteste gegen die AfD vom vergangenen Mai in Berlin für mit eine der größten Resonanzen für Attac in Social Media gefunden und dadurch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für Attac erhöht. Gleichzeitig konnte Attac in der Vergangenheit in unterschiedlichen Bündniszusammenhängen, in denen „Aufstehen gegen Rassismus“ als Partner eingeladen war, sowie in der Medienöffentlichkeit durch Judith Amler vertreten und als Ansprechpartner in Fragen antirassistischer Arbeit platziert werden.

* Polizeigesetze

Verschärfungen der Landes-Polizeigesetze sind aktuell bereits in 15 von 16 Bundesländern durchgesetzt oder in Planung. Die Gesetzesentwürfe unterscheiden sich zwischen den Ländern, sehen jedoch alle einen massiven Abbau von Grund- und Freiheitsrechten vor. Der Polizei sollen ausufernde präventive Befugnisse erteilt werden, die sonst nur Geheimdienste oder Polizeibehörden in faschistischen Systemen innehaben. Seit Frühjahr diesen Jahres haben sich in mehreren Bundesländern breite und öffentlichkeitswirksame Protestbündnisse gegen die Verschärfungen formiert. Im Großteil dieser Bündnisse hat Attac eine tragende Rolle gespielt, war breit akzeptiert und nahm eine vermittelnde Position ein. In der Berichterstattung waren bisher besonders die Bündnisse in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen durch ihre jeweils sehr erfolgreichen landesweiten Großdemonstrationen präsent, die flankiert wurden durch zahlreiche Informationsveranstaltungen sowie dezentrale Aktionstage.

Nordrhein-Westfalen (#NoPolGNRW): Sehr breites Bündnis mit mehr als 300 Organisationen von Linksradiakalen (IL,NIKA, Anarchisten usw.), Traditionslinke (MLPD, DKP) über bürgerliche Gruppen (BUND, AI) Bürgerrechtsgruppen (Chaos Computer Club, Digitalcourage), Parteien (LINKE, GRÜNE, PIRATEN, lokale SPD) bis zu den Fußballfans (ULTRAS aus Düsseldorf, Köln, Gelsenkirchen, Dortmund, Bielefeld) und Anwält*innenvereinen (RAV, VDJ). Breite Informationskampagne mit 10-20.000 Teilnehmenden, dezentrale Aktionstage, Großdemonstration mit über 20.000 Teilnehmern. Attac war sowohl in der regionalen und bundesweiten Berichterstattung, als auch auf der Demo sehr präsent, u.a. durch einen großen Attac-Block, Kundgebungsreden und eigene Initiativen von Regionalgruppen. Auch wegen des öffentlichen Drucks konnte die Verabschiedung des Gesetzes verschoben werden. Die Landesregierung sah sich gezwungen, Änderungen einzuarbeiten, über die nun am 12. Dezember abgestimmt werden soll. Wegen Konflikten mit stalinistischen und maoistischen Gruppen ist die Form der Weiterarbeit aktuell unklar, Attac möchte aber in jedem Fall weiter in tragender Rolle gegen das Gesetz arbeiten.

Bayern (#noPAG): Ähnliche Breite wie in NRW mit 101 Organisationen. Sehr erfolgreiche Großdemonstration mit weit über 40.000 Teilnehmer*innen (#NoPAG im Mai). Die Gesetzesverschärfung wurde leider durchgesetzt. #noPAG arbeitet seitdem dennoch

erfolgreich weiter und beteiligte sich u.a. maßgeblich an der #ausgehetzt-Demo im Juli (Geflüchtetenhilfe, 40.000 Menschen) sowie an der Demonstration „Jetzt gilt’s“ (September, 40.000 Teilnehmende). Auch hier spielt Attac sowohl bündnis-intern, als auch in den Medien eine tragende Rolle. Eine Attacie ist Bündnissprecherin. In Bayern ist es sehr gut gelungen, den Fokus über die Polizeigesetze hinaus gegen den Rechtsruck, die autoritäre Umformung und für Geflüchtetenhilfe zu lenken.

Niedersachsen (#NOnPOG): Breites Spektrum von mehr als 140 Organisationen und Einzelpersonen, ähnlich NRW; landesweite Großdemonstration mit 15.000 Teilnehmer*innen.

Kritische Stellungnahmen in der parlamentarischen Anhörung und der Protest in der Öffentlichkeit haben dazu geführt, dass die zweite Lesung des Gesetzes verschoben worden ist.

Kürzlich erst wurde öffentlich, dass das Gesetz in einem außergewöhnlichen Sitzungsmarathon im November beraten werden soll, um es noch in diesem Jahr, wie im Koalitionsvertrag von SPD und CDU vereinbart, zu beschließen. Das ist eine Missachtung des Parlaments, der massiven Bedenken von Rechtsexperten und des Protestes vieler Menschen.

Das Bündnis beabsichtigt die Fortsetzung der Proteste und wird im Dezember erneut gegen den Gesetzentwurf auf die Straße gehen.

Die Länderbündnisse haben begonnen, sich untereinander zu vernetzen und in einzelnen Zusammenhängen wie auch in Attac gibt es Bestrebungen, den Protest auf eine höhere Ebene zu heben und so auf die aktuellen Tendenzen einer autoritären Umformung sowie massiver Repression nach innen und außen zu heben. Im nächsten Jahr möchte sich Attac weiterhin in den Länderbündnissen engagieren und sich daneben auch sowohl an der bundesweiten Vernetzung, als auch am Versuch einer langfristigen Strategiefindung zu den o.g. Tendenzen beteiligen.

*** Attac-Gemeinnützigkeit**

Der Stand der Dinge hat sich seit dem letzten Ratschlag nicht verändert, bis heute ist die Gemeinnützigkeit immer noch nicht wieder erlangt und wir warten auf einen Termin des Bundesfinanzhofs, der hoffentlich in der ersten Jahreshälfte 2019 stattfinden wird.

Inzwischen ist nicht nur das Frankfurter Finanzamt, sondern auch das Bundesfinanzministerium Prozessbeteiligter. Es lehnt eine Entscheidung nach Aktenlage ab. Das bedeutet, dass es zu einer mündlichen Verhandlung vor dem Finanzhof kommen wird.

Zum Hintergrund:

Nachdem unser Einspruch gegen den entsprechenden Bescheid des Finanzamts negativ beschieden worden war und wir Klage eingereicht hatten, kam es im November 2016 zum Prozess vor dem Hessischen Finanzgericht. In der detaillierten Klagebegründung wurde noch einmal deutlich gemacht, dass auch nach geltendem Recht Attac die Gemeinnützigkeit nicht versagt werden darf, da die politische Arbeit von Attac nicht parteipolitisch ist und sich ausschließlich an der Satzung des Trägervereins und an dem für die Gemeinnützigkeit zuständigen Gesetz, der Abgabenordnung, orientiert. Das Hessische Finanzgericht ist der Argumentation von Attac in allen Punkten gefolgt und hat in der im Mai 2017 veröffentlichten Urteilsbegründung seine Entscheidung ausführlich begründet. Obwohl ein solches Urteil zwangsläufig auch Auswirkungen auf ähnlich gelagerte Fälle hat, so ist es doch eine Einzelfallentscheidung, weil das Finanzamt einzelne Attac-Aktionen für seine Argumentation zugrunde gelegt hat und diese im Prozess beurteilt wurden. Aufgrund dieser Einzelfallentscheidung hat das Hessische Finanzgericht eine Revision beim Bundesfinanzhof nicht zugelassen.

Gegen diese Nichtzulassung hat nun das Finanzamt Frankfurt auf Weisung des Bundesfinanzministeriums Beschwerde eingelegt. Es begründet diese Beschwerde damit, dass es sich bei der Frage der politische Betätigung um eine Entscheidung von grundlegender Bedeutung handelt und damit das höchste Gericht entscheiden müsse. Darüber hinaus wird bemängelt, dass sich politische Bildung nur mit dem Status Quo, nicht aber mit der zukünft-

tigen Entwicklung gesellschaftlicher Zustände befassen darf, das sei den Parteien vorbehalten. Und zum Schluss wir dem Hessischen Finanzgericht vorgeworfen, dass es sich nicht ausgiebig genug mit der Erforschung des Sachverhalts beschäftigt habe.

In unserer Erwiderung darauf haben wir alle Punkte für nicht berechtigt angesehen und sie noch einmal mit ausführlichen Begründungen zurückgewiesen.

Zurzeit steht also Attac weiterhin mit allen Konsequenzen ohne Gemeinnützigkeit da. Die AG Gemeinnutz, bestehend aus Mitgliedern des KoKreises, des Vereinsvorstands, der Geschäftsführung und des Büroteams, ergreift auch in Zukunft alle erforderlichen Maßnahmen.

Attac arbeitet auch in der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V. (<http://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de>) aktiv mit. Ziel der Allianz ist es, die Rechtslage im Steuerrecht zur Gemeinnützigkeit zu prüfen und im Sinne einer aktiven Zivilgesellschaft zu verbessern. Dafür werden Gespräche mit Politiker*innen und Expert*innen im Steuerrecht geführt, Artikel verfasst und Steuerrechtstagungen besucht. Im laufenden Jahr wurde von der Otto-Brenner-Stiftung eine Studie zum Thema Gemeinnützigkeit herausgegeben, die die Allianz gefertigt hatte.

*** Konzernagenda der EU-Handelspolitik und Binding Treaty**

Seit dem Herbststratschlag 2013 in Düsseldorf gehört die Kampagne gegen neoliberale Freihandelsabkommen zu den Kernpunkten der Kampagnenarbeit bei Attac. In den Bündnisstrukturen hat sich Attac erfolgreich für eine klare Ablehnung von TTIP und CETA eingesetzt. Es ist uns zwar mit umfangreicher Aufklärungsarbeit und intensiver Abwehrkämpfe gelungen, das Thema „Freihandel“ öffentlich zu verankern, jedoch ist es bis jetzt nicht gelungen, die Richtung der EU-Handelspolitik zu ändern. Vielmehr setzt die EU-Kommission verstärkt auf eine marktradikale Globalisierungspolitik als scheinbarer Alternative zum Trump'schen Protektionismus: CETA wird seit September 2017 vorläufig angewendet, muss aber zu seiner endgültigen Ratifizierung noch von allen Parlamenten der Mitgliedsstaaten angenommen werden; die Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag „die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das CETA-Abkommen umfassend in Kraft treten kann.“ JEFTA soll vom EU-Parlament im Dezember abgestimmt werden. Der Abschluss weiterer Abkommen bis zur Wahl des EU-Parlaments im Mai 2019 ist geplant. Auch wurden im Spätsommer die Verhandlungen für ein Abkommen mit den USA (TTIP) wieder in Gang gebracht. Auch aus der EU und der USA gibt es neue Versuche, die WTO zu „reformieren“.

Attac und freihandelskritische Bündnisse und Netzwerke haben 2018 den öffentlich sichtbaren Protest gegen die Konzernagenda der EU fortgesetzt und gleichzeitig begonnen, die bisherigen Abwehrkämpfe in eine grundsätzlichere Kritik zu überführen und positive Gegenmodelle einer „Alternativen Handelspolitik“ aufzuzeigen. Dabei knüpft Attac an das ATM/ Alternatives Handelsmandat an. Eines der Arbeitsvorhaben ist die Arbeit an Diskursbeiträgen für einen gerechten Welthandel, das andere eine Kampagne zur Unterstützung einer konkreten UN-Initiative zu einem Binding Treaty, damit Menschenrechte durchsetzbar werden und Vorrang erhalten vor Regelungen in Verträgen zu Handel und Investitionen.

- Im Widerstand gegen CETA, JEFTA & Co beteiligte sich Attac im Januar an der Demonstration „Wir haben es satt – der Agrarindustrie die Stirn bieten“ und war mit einem eigenen Block unter dem Motto "Menschenrechte vor Profit – UN Binding Treaty" dabei.
- Die Aktions- und Strategiekonferenz des Netzwerks Gerechter Welthandel im Juni wurde von Attac maßgeblich mit organisiert, inhaltlich war Attac u. a. mit einem Workshop zum UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte, dem „Binding Treaty“, vertreten.
- Ebenfalls im NWG hat Attac den CETA Aktionstag Ende September mit organisiert. An ihm waren mehr als 40 lokale Bündnisse beteiligt, vielerorts Attac-Gruppen, die die Nicht-Ratifizierung des Abkommens und eine gerechte Handelspolitik forderten.
- Ebenfalls im September startete Attac gemeinsam mit medico international die Binding Treaty-Kampagne „Menschenrechte vor Profit – weltweit; sie wird Anfang 2019 mit einer

Unterschriftenübergabe beendet. Damit geht sie rechtzeitig vor den Wahlen zum EU-Parlament über in eine europäische Unterschriftenkampagne gegen Konzernklagerechte und für Konzernverantwortung.

Für das kommende Jahr bietet die Kampagnen-Arbeit eine gute Grundlage, auf der Attac unvermindert gesellschaftlichen Druck auf Entscheidungsträger ausüben will, um den dringend nötigen Kurswechsel in der Handelspolitik voranzutreiben.

*** Europakongress**

Der Herbstratschlag 2016 hat auf Initiative der Regionalgruppe Freiburg darüber diskutiert, einen Europakongress durchzuführen. 2017 wurde der Vorschlag konkretisiert und der Herbstratschlag 2017 hat dann für 2018 den Kongress beschlossen. Die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses hat in der Folge in großen Umfang Kapazitäten gebunden. Etliche Mitglieder des KoKreises haben direkt oder indirekt in unterschiedlichen Funktionen und AGs an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt (Organisation, Referent*innensuche, Öffentlichkeitsarbeit, Erstellen von Texten, Webseite, Pressearbeit).

Bis zu 650 Teilnehmende konnten in Kassel ein interessantes Programm erleben. Mit Gästen aus zehn europäischen Ländern, darunter Griechenland, Frankreich, Irland, Russland und Tschechien, haben die Teilnehmenden auf drei Podien, zehn Foren und 60 Workshops über die Zukunft der EU, von Europa und dessen Platz in einer Welt im Umbruch diskutiert.

Weitgehende Übereinstimmung hatten die Teilnehmenden in der Einschätzung, dass grundlegende Veränderungen notwendig sind, um aus Dauerkrisen und Spannungen innerhalb Europas herauszukommen. Gegenüber Brüssel kündigten sie eine Fortsetzung des Widerstands gegen Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung an. Einigkeit bestand auch in der Ablehnung von Freihandelsabkommen wie CETA, Sozialabbau und Austerität.

Hohe Priorität müsse einer neuen Entspannungspolitik zwischen der Europäischen Union und Russland zukommen. Dabei steht die Forderung einer Zone der Zusammenarbeit und gemeinsamen Sicherheit von Lissabon bis Wladiwostok im Mittelpunkt. Die Militarisierung der EU-Außenpolitik lehnen die Kongressteilnehmer*innen geschlossen ab.

Einhellig war auch die Ablehnung einer Festung Europa. Sichere Fluchtwege und eine humane Migrationspolitik sowie eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen sollten stattdessen einen emanzipatorischen Umgang mit Flucht und Migration prägen. Dazu gehört der Einsatz für eine entwicklungsfreundliche Weltwirtschaftsordnung, das Ende von ungleichen Verträgen wie den Handelsabkommen mit Afrika (EPAs), sowie die Beendigung von Rüstungsexporten.

Gleichzeitig wurde auf dem Kongress deutlich, dass es nicht bei allen Fragen gemeinsame Antworten gibt. So war kontrovers, ob man am Euro festhalten oder nach Alternativen suchen soll. Offen blieb auch, ob eine pauschale Vertiefung der Integration im Interesse emanzipatorischer Politik liegt und wohin sie unter den gegebenen Kräfteverhältnissen führt. Zur Debatte stand auch, ob nicht auch eine stärkere Öffnung nach außen und eine selektive Rückgabe von Entscheidungskompetenzen – etwa im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge – sinnvoll sind. Zu strategischen Ansätzen, wie etwa zum Ungehorsam gegenüber den EU-Verträgen, gab es unterschiedliche Meinungen.

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich am Kongress beteiligt: die Gewerkschaften IG Metall, Verdi und GEW; der BUND, die Heinrich-Böll-Stiftung Hessen sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mehr Demokratie, die Initiativen Eurexit und "Europa neu begründen", das Online-Projekt Makroskop, die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, der Friedensratschlag, das Institut Solidarische Moderne ISM, Lexit, die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen und der VSA-Verlag.

Unsere Kooperationspartner waren von dem Kongress durch die Bank sehr angetan. In ihren Rückmeldungen betonten sie, dass es derzeit keinen anderen Akteur gebe, der in der Lage sei, über 600 Teilnehmende zu diesem Thema zu einem Kongress zusammenzubringen.

Angesichts der hohen Themen- und Aktivitätenkonkurrenz (Hambacher Forst, vielfältige Demos überall im Land gegen Rechtsruck etc., ...) war die Beteiligung am Kongress realistisch, auch wenn wir im Vorfeld für ein zahlenmäßig größeres Publikum geplant hatten.

*** Sommerakademie**

Die Sommerakademie, ursprünglich geplant für den 30.7. bis 4.8. 2018, musste leider ausfallen, weil keine geeigneten Räumlichkeiten gefunden werden konnten. Nachdem die bereits im Herbst mündlich zugesagten Räume in der Frankfurter Waldorfschule von Seiten der Schule abgesagt wurden und sich auch eine Zusage der Schuldezernentin für eine andere Schule in Frankfurt nicht realisieren ließ, standen wir zwei Monate vor dem geplanten Termin zum ersten Mal in der SoAk-Geschichte ohne einen geeigneten Ort da.

Das war besonders schade, da die Programmplanung unter dem Motto "1918 - 1968 - 2018: Zeiten für Veränderung – Wo bleibt die Revolution?" schon weit vorangeschritten war und interessante Gäste und Referent*innen eingeladen worden waren.

Die zunehmende Schwierigkeit für Attac, für seine Großveranstaltungen bezahlbare Räumlichkeiten zu finden, wird uns erhalten bleiben. Der Aufwand, den wir für die Raumsuche betreiben müssen, steigt ständig und erfordert sowohl einen langen zeitlichen Vorlauf als auch einen sehr hohen Kommunikationsaufwand, der mit ehrenamtlichen Ressourcen nicht immer gut zu leisten ist.

Die Vorbereitungsgruppe ist optimistisch, dass für die Sommerakademie 2019 eine Schule gefunden werden kann.

*** "Her mit der Demokratie!" – Besetzung der Paulskirche**

Der 15. September war von zwei Aktionen geprägt: Vormittags veranstaltete Attac anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Lehman Brothers-Pleite einen Demonstrationzug mit Bulle und Bär zur Frankfurter Börse, der als Performance angelegt war und tolle Bilder lieferte.

Im Anschluss besetzten ca. 80 Attac-Aktivist*innen die Paulskirche, um eine öffentliche Debatte über die Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft anzustoßen, die wir an vielen Stellen als erheblich gefährdet ansehen. Nicht nur die fehlende wirksame Regulierung der Finanzmärkte wurde damit angesprochen, sondern auch viele weitere Punkte wie beispielsweise zunehmende autoritäre Tendenzen durch neue Polizeigesetze, das Recht auf ein gutes Leben für alle, sichere Fluchtwege für die Menschen, die aus ihren Ländern flüchten müssen und vor allem dem festen Willen, den Rechten nicht die Straße und die Diskursfreiheit zu überlassen. Mit einer neuen Paulskirchen-Erklärung machten wir deutlich, welches für uns die zentralen Punkte bei der Fragestellung "In welcher Gesellschaft wollen wir leben?" lauten. Die Öffentlichkeit war eingeladen, sich am Diskussionsprogramm zu beteiligen, was leider durch die Abriegelung des Gebäudes durch Stadt und Polizei unmöglich gemacht wurde. Die Veranstaltung wurde per Livestream nach außen übertragen.

Nach Verhandlungen mit Vertretern der Stadt Frankfurt (die übt das Hausrecht in der Paulskirche aus) konnten 30 Aktivist*innen die Besetzung über Nacht aufrechterhalten. Die Paulskirche gilt bundesweit als DAS Symbol für die deutsche Demokratie und mit der geglückten Besetzung gelang es, bundesweite Aufmerksamkeit auf Attac zu lenken und zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt wieder einen eigenen überregionalen Berichtsanlass zu schaffen.

Es bestehen Überlegungen, zur Fortsetzung der demokratischen Debatte eine weitere Aktion oder Veranstaltung in der Paulskirche abzuhalten.

*** KoKreis-Arbeit 2019**

Um im kommenden Jahr die KoKreis-Arbeit mit Begeisterung machen zu können, um die brennenden politischen Themen gut zu bearbeiten, brauchen wir erneut einen sehr verlässlichen, politisch und sozial kompetenten KoKreis.

Wir ermutigen Attacies, sich zur Wahl zu stellen.

Wir bitten gleichzeitig Euch als Delegierte darum, sehr darauf zu achten, solche Attacies zu wählen, für die folgende Voraussetzungen möglichst weitgehend zutreffen:

- Zuverlässigkeit in der Zusammenarbeit und soziale Kompetenz: wertschätzender Umgang, Kommunikations-, Kritik- und Konfliktfähigkeit als Basis der KoKreis-Arbeit.
- Bereitschaft und Lebenssituation, die es ermöglicht, regelmäßig Zeit für KoKreis-Arbeit einzusetzen, zuverlässig für einen Wochentag pro Monat zur KoKreissitzung zu fahren und vier- bis fünfmal im Jahr zu Ratssitzungen.

Zudem schlagen wir vor, auch solche Attacies in den KoKreis zu wählen, die nur eine geringere Wochenstundenzahl erübrigen können,

- wenn sie kontinuierlich an Treffen und Mailkommunikation teilnehmen und ihre Erfahrung für Attac wichtig ist,
- wenn sie über möglichst intensive Kenntnis der Attac-Arbeitszusammenhänge oder zumindest über Erfahrungen aus Bewegungskontexten verfügen,
- wenn sie politische und organisatorische Erfahrung haben und sich klar am Attac-Grundkonsens orientieren:

„Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware.

Attac wirft die Frage nach wirtschaftliche Macht und gerechter Verteilung auf.

Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.

Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz.“

Daneben sind Kooptierungen für KoKreis-AGs möglich, wenn diese sonst nicht ausreichend stabil arbeiten können.

5.2 Bericht des Rates

nicht fristgerecht eingegangen

6 Vorschläge

6.1 Vorschlag der PG sozial-ökologische Transformation

6.1.1 Beschlussvorlage

zum Dachthema „Sozial-ökologische Transformation“

Der Ratschlag möge beschließen:

Attac wählt die Sozial-ökologische Transformation zum Kampagnenschwerpunkt für 2019.

Um dieses gesellschaftlich umfassende Themenfeld zu fokussieren, werden aus einer Auswahl möglicher Themen eines, max. zwei ausgewählt.

Aufgrund der Diskussionsergebnisse des Ratschlags wird besonderes Augenmerk auf den Themenbereich/ die Themenbereiche x und y gelegt.

Als Elemente der Kampagne(n) sollen besonders A, B und C ausgearbeitet und genutzt werden. Dabei soll der Attac-spezifische Blickwinkel sowie kampagnentaugliche, an realen Orten und dem Lebensumfeld der Menschen orientierter Zugänge deutlich werden.

Es wird eine Projektgruppe gebildet, die sich in Abstimmung mit thematisch verwandten bundesweiten AGen, dem Bundesbüro sowie der Aktions-AG um die weitere Ausgestaltung und Durchführung der Kampagne(n) sowie den Austausch mit möglichen Bündnispartnern kümmert.

Die Gruppe trifft sich das erste Mal am 8. oder 9. Dezember (tbc) in Frankfurt und wird regelmäßig über ihre Arbeit informieren über Gruppenliste, attac-info-Newsletter und die Diskussionsliste transformation-statt-wachstum@listen.attac.de.

Anmerkung:

Die inhaltlichen Präzisierungen x und y sowie die Kampagnenelemente werden auf Grundlage der Diskussion des Ratschlags ergänzt. Mögliche Punkte A, B und C könnten z.B. sein:

- emotional ansprechende Bilder, leichter Zugang zum Thema
- positive Visionen und Alternativen / Angst vor Veränderung nehmen
- Blick auf globale Zusammenhänge
- medienwirksame (Bild-)Aktionen
- Fokus auf konflikt- bzw. symbolträchtige Orte
- online-Diskurs auf sozialen Netzwerken
- (auch) internationale Vernetzung

6.1.2 Der Notwendige sozial-ökologische Umbruch

So wie bisher kann es nicht weitergehen: Der Klimawandel, die Ausbeutung der Erde, der Wachstumszwang, der Artenschwund, die Angst vor Arbeitsplatzverlust und die soziale Ungerechtigkeit erfordern einen grundlegenden sozialen und ökologischen Umbruch.

Die Bewohnbarkeit der Erde ist in weiten Bereichen in großer Gefahr.

Der Klimawandel wird durch Dürren und Überflutungen große Schäden in allen Erdteilen verursachen. Dies wird Flüchtlingsströme in ungeahntem Ausmaß hervorrufen, wenn nicht ganz schnell und ganz konsequent der Ausstoß von Treibhausgasen (ausgedrückt in äquivalent CO₂) eingedämmt wird. In Deutschland stoßen wir z.Z. 903 Mill. T äq. CO₂ aus. Bis zum Jahr 2045 müssen wir die Emissionen auf 160 Mill. T reduzieren, damit der Vertrag von Paris auch von uns erfüllt wird. Die Herausforderung ist wie in allen Industriestaaten riesen groß (siehe Foto).



Dieses Ziel wird nur erreichbar sein, wenn **alle erdenklichen Möglichkeiten** der CO₂-Reduzierung realisiert werden. Dazu muss die Kreativität aller Produzentinnen und Konsumentinnen genutzt werden.

Um dies zu erreichen muss der Ausstoß von CO₂ begrenzt werden (**Emissionsbegrenzung**) und bei jedem Produkt und jeder Dienstleistung muss der „CO₂-

Rucksack“ ausgewiesen werden. Dann sehen alle Unternehmen und alle Konsumentinnen, wie sie am effektivsten ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten können. So nutzen wir unsere Kreativität nicht für Wachstum, sondern zur Lösung des Klimaproblems und damit auch zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs.

Der Klimaschutz muss sozial gestaltet sein oder er wird nicht sein.

Die Begrenzung des CO₂-Ausstoßes erfolgt durch die Versteigerung von CO₂-Kontingenten. Die Einnahmen aus der Versteigerung werden an alle Bürgerinnen in gleicher Höhe zurückerstattet. Dadurch erhalten Personen die wenig CO₂ verursachen einen Bonus.

Die erforderlichen Maßnahmen werden große Veränderungen hervorrufen. Einerseits werden viele zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, z.B. um neue, zukunftsfähige Produkte und Verfahren zu entwickeln, sowie für die Instandhaltung und Reparatur von Geräten, in Recyclingverfahren und in der ökologischen Landwirtschaft.

Andererseits wird es in Branchen mit hohem CO₂-Ausstoß einen erheblichen Arbeitsplatzabbau geben, der durch Umschulungen, durch die Förderung von Betriebsgründungen sowie durch Arbeitszeitverkürzung, subventionierte Kurzarbeit und Frühverrentung kompensiert werden muss.

Das Klimaschutzziel wird mit wirtschaftlichem Wachstum nicht erreichbar sein.

Im Kapitalismus ist aber das Wachstum, wegen der Gewinnausschüttung für investierte Geldvermögen, systembedingt. Aus diesem Wachstumszwang müssen wir uns befreien, wenn die Erde bewohnbar bleiben soll. Wir müssen die Vorstellung überwinden, dass Geldvermögen Gewinne abwerfen müssen. **Damit verabschieden wir uns von der Grundidee des Kapitalismus, behalten aber die Marktwirtschaft bei.**

Im Mittelpunkt der Kampagne für die ökonomischen Veränderungen muss die Erkenntnis stehen, dass alle Güter und Dienstleistungen von Menschen erzeugt werden, unter Zuhilfenahme von natürlichen Ressourcen. Kapital wird nur vorübergehend benötigt, das **z.B. von der Notenbank zur Verfügung gestellt werden kann. Investoren werden gar nicht gebraucht!** Im Gegenteil, sie sind die Schmarotzer der Realwirtschaft.

Wir müssen endlich aufwachen und uns von völlig unbegründeten Vorstellungen und Ängsten befreien. Noch verheerender ist das Treiben der Kapitalbesitzer an den internationalen Finanzmärkten. Sie zerstören die Stabilität unserer Realwirtschaft. **Das muss unterbunden werden!**

Was wir aber dringend brauchen, sind Menschen mit Ideen, Kreativität und Unternehmensfreude, die zusammen mit ihren Mitarbeitern, Kolleginnen und Lieferanten die Verfahren, Produkte und Dienstleistungen entwickeln und zur Verfügung stellen, mit denen die Probleme gelöst und der Wohlstand gefördert oder erhalten werden kann.

Eine andere Welt ist möglich!

Wir fordern: **Gesellschaftswandel statt Klimawandel**

Vorteile dieses Scherpunkt- und Kampagnenvorschlags:

- Alle AGen und RGen, die sich mit Ökologie, Klimaschutz, sowie Wachstums-, Freihandels- und Systemkritik beschäftigen, können sich einbringen
- Der Vorschlag enthält mehrere neue Elemente und ist dennoch Anschlussfähig für andere systemkritische Organisationen mit Klimaschutz-, Degrowth- und Suffizienz-Forderungen.
- Es ist der bis jetzt einzige bekannte Vorschlag, der die Chance eröffnet, dass das Klimaschutzziel noch erreicht wird, weil er alle CO₂-Quellen erfasst und den Weg aus dem Wachstumszwang aufzeigt. Dadurch haben wir ein **signifikantes Alleinstellungsmerkmal!**

- Er passt zum Attac-Basislogan – *Eine andere Welt ist möglich* und wir machen hierzu konkrete Vorschläge.
- Er berücksichtigt beide Ziele der Transformation, sie muss sozial und ökologisch sein.
- Der Vorschlag kann auch in 2 Schritten realisiert werden:
 1. Schritt: Klimaschutz (Emissionsbegrenzung) und die sozialen Maßnahmen,
 2. Schritt: Überwindung des Wachstumszwangs.

Franz Groll Mitglied der PG sozial-ökologische Transformation Mail: Franz.Groll@gmx.de

6.1.3 Kampagnenvorschlag: Kohleausstieg und Arbeitszeitverkürzung

Eine andere Welt ist möglich!

Aber wie soll sie aussehen und wie kommen wir dahin?

Mit dieser Fragestellung sollten wir uns dem Thema "Sozialökologische Transformation" nähern. Wie wir auf dem Europakongress sehen konnten, steht die sozialökologische Transformation auch für andere inzwischen ganz oben auf der Tagesordnung (z.B. Hans-Jürgen Urban vom IG Metall-Vorstand und Andrea Ypsilanti vom Institut Solidarische Moderne). Wir sollten also ein Spezifikum entwickeln, unter dem Attac diese große Aufgabe angeht, und einen anderen Begriff, weniger technokratisch und dafür eingängiger, auch.

Erste Umriss einer solchen anderen Welt, die wir wollen, scheinen in dem Motto unseres Europakongresses bereits auf:

Demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch. Herausuarbeiten wäre, dass eine so strukturierte Welt nur mit einer Wirtschafts- und Lebensweise zu haben ist, die die Sorge füreinander und für die Natur statt die Produktion von Profit zum Kernprinzip hat. Dass also der Kapitalismus mit seiner systematischen Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur einer solchen andern Welt prinzipiell im Wege steht und überwunden werden muss, wenn wir sie erreichen wollen.

Das Thema, an dem dieser Zusammenhang derzeit vielen Menschen anfängt, bewusst zu werden, und dies mit größter Dringlichkeit, ist der Klimawandel. Aufzuzeigen, wie Kapitalinteressen das Klima zerstören, so wie Naomi Klein es in ihrem großartigen Buch "Capitalism versus Climate" gemacht hat, wäre der erste Schritt hin zu einer konkreten Kampagne von Attac.

Kapitalinteressen stehen hinter dem Weiterabbau des umweltschädlichsten Brennstoffs Braunkohle, Kapitalinteressen stehen hinter der ungebremsten Luftverschmutzung durch Dieselaautos, Kapitalinteressen stehen hinter der Verseuchung von Luft und Grundwasser durch Massentierhaltung. Ein eingängigerer Titel für unseren Schwerpunkt könnte daher evtl. "**Systemwandel statt Klimawandel**" sein. Oder spezifischer: "**Kapitalismus überwinden statt Klima zerstören!**".

In Auswertung der Vorschläge und Diskussionen auf dem Frühjahrsratschlag in Bamberg hatte die PG Sozialökologische Transformation drei große Felder identifiziert, wo derzeit in Deutschland eine Transformation schon auf der Tagesordnung steht:

die **Energiewende**, die **Verkehrswende** und die **Agrarwende**. Zu allen drei Feldern gibt es in Attac bereits Aktivitäten, sei es in Bundesarbeitsgruppen (EnergieKlimaUmwelt, Jenseits des Wachstums), sei es in Regionalgruppen (z.B. in Niedersachsen, Schleswig Holstein, Baden Württemberg).

Für eine erste gemeinsame Kampagne von Attac (das Gesamtthema wird uns sicher über viele Jahre beschäftigen und verschiedener Kampagnen bedürfen) scheint mir derzeit das Thema Energiewende mit dem speziellen Fokus auf den **Kohleausstieg** das geeignetste. Wie die großen Proteste gegen die Rodung des Hambacher Forstes und die Weiterverfeuerung der Braunkohle zeigen, bewegt das Thema viele Menschen, insbesondere auch junge, die zu gewinnen sich Attac ja als eine vordringliche Aufgabe gestellt hat. Außerdem hat es inzwischen europaweit eine große symbolische Bedeutung erlangt, woran die Brutalität von Kapitalinteressen bei der Zerstörung von Mensch und Natur besonders sinnfällig wird und die besondere Rolle Deutschlands mit seiner klimazerstörenden statt -schützenden Bundesregierung als Hegemon Europas ebenfalls.

Wer am 7.10.18 die Sendung von Anne Will zum Hambacher Forst gesehen hat, konnte aber auch beobachten, dass das Publikum in der Unterstützung der Vertreterin der gegen die Rodung Protestierenden und des Vorsitzenden der IG Chemie Bergbau Energie zum Erhalt der Arbeitsplätze praktisch 50:50 gespalten war. D.h. die Frage der Sicherung der **Arbeitsplätze** oder mindestens das Aufzeigen von Alternativen dazu spielt in der Frage des Kohleausstiegs eine nicht zu unterschätzende Rolle (und nicht nur des Kohleausstiegs: beim Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor oder beim Ausstieg aus der Massentierhaltung entsteht das gleiche Problem, und wenn die Folgen von Digitalisierung und Automatisierung - **Arbeit 4.0** - in Gestalt von Arbeitsplatzabbau in sehr vielen Branchen in ein paar Jahren richtig durchschlagen, wird es flächendeckend zum Problem, das Umfragen zufolge jetzt schon die Mehrheit der Menschen in Deutschland sehr ängstigt, aller Beschwichtigungspropaganda von Industrie, Regierung und Gewerkschaften zum Trotz).

Deshalb möchte ich als 1. Kampagne für den Gesamtschwerpunkt Sozialökologische Transformation anknüpfend an Alexis und Emilios Anregungen von Anfang 2018 "**Kohleausstieg und Arbeitszeitverkürzung**" vorschlagen. Durch das Aufzeigen von Alternativen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Umverteilung der beim Ausstieg aus der Kohle (wie aus andern umweltschädlichen Produktionen) verbleibenden Arbeit könnten die Menschen für eine Strategie des Klimaschutzes gewonnen und mitgenommen werden, die jetzt noch aus Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und ihrer Existenz trotz ihrer gleichzeitig existierenden Ängste vor den Folgen des Klimawandels gegen einen Kohleausstieg sind. Das alleine reicht natürlich nicht. Nur radikale Arbeitszeitverkürzung für sämtliche Branchen, wie Attac sie mit seiner Forderung einer 30-Stundenwoche mit vollem Lohn- und Personalausgleich seit 2013 im Programm stehen hat, könnte das Arbeitskräfteangebot so verknappen, dass Menschen, die sinnvollerweise ihren Arbeitsplatz in einer klimaschädlichen Branche verlieren, eine Chance hätten, in einer anderen Branche, insbesondere solchen, die sinnvollerweise wachsen sollten wie erneuerbare Energiebranchen und Careberufe, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dazu bedarf es natürlich flankierend Umschulungsmaßnahmen und Entwicklung von Ausbauprogrammen für u.a. Solarenergie, Wärmedämmung, wie sie in Frankreich die Kampagne "1 Million Arbeitsplätze für das Klima" vorschlägt.

Dabei könnte an die durch die IG Metall wiederbelebte Bewegung für Arbeitszeitverkürzung angeknüpft werden, die mit ihrem Motto "Arbeitszeiten, die zum Leben passen" selbst nur das wachsende gesellschaftliche Bedürfnis nach mehr **Zeitwohlstand** aufgegriffen hat. Mit den **Gewerkschafter*innen für den Klimaschutz** gibt es auch eine Gruppe innerhalb der Gewerkschaften, mit denen wir den Gedanken, dass die Biosphäre das größte soziale Sicherungssystem ist - "**there are no jobs on a dead planet**" - gemeinsam vorantreiben könnten. Radikale Arbeitszeitverkürzung ermöglicht nicht nur die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in einer klimaschonenden Form (im Gegensatz zu Wachstum, das üblicherweise als einziges Mittel dazu behauptet wird), sondern bildet auch die Voraussetzung eines **ökologischen Lebensstils**. Ein solcher braucht für Reparieren, Recyceln, Teilen, ökologische und teilweise Subsistenzlandwirtschaft Zeit. Und insbesondere brauchen wir Zeit für **Carearbeit**, d.h. für die Sorge für unsere Kinder, Alten, Hilfsbedürftigen und uns selbst. So ist Erwerbsarbeitszeitverkürzung und Umverteilung jeglicher Arbeit zentraler Bestandteil einer Postwachstumsstrategie und aller Strategien einer geschlechtergerechten Transformation der Gesellschaft und damit ein entscheidender Baustein für die andere, u.a. ökologische, feministische, solidarische Welt, die wir wollen.

Daneben könnte am Kohleausstieg die Frage der **Energiedemokratie** thematisiert werden, d.h. der Enteignung/Verstaatlichung der Energiekonzerne und des parallelen Aufbaus von dezentraler Energieversorgung in Bürger*innenhand.

Zu all diesen Fragen hätte Attac eine beträchtliche Zahl von Bündnispartner*innen und es arbeiten in Attac bereits eine Reihe von Arbeits- und Regionalgruppen dazu, an deren Arbeit bei der Entwicklung einer Kampagne angeknüpft werden kann.

6.1.4 Verkehrswende aus Attac-Sicht: Weniger Güterverkehr, mehr Lebensqualität

- Skizzierung einer möglichen Kampagne -

Spätestens seit dem 'Dieselskandal' ist die Verkehrswende in aller Munde. Angesichts der Tatsache, dass der Verkehrssektor etwa 25% der THG-Emissionen verursacht mit steigender Tendenz, ist es höchste Zeit. Zudem ist der zunehmende Personen- und Frachtverkehr mit weiteren ökologischen und sozialen Problemen verbunden, vom Ressourcenmangel (-> Kobalt, Lithium) über Flächenfraß, Schadstoff- und Lärmbelastung, tödliche Unfälle und Erkrankungen bis zur Zerstörung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Gerade Großstädte kommen durch Flächenkonkurrenz, Abgase, Staus und Zeitverluste an ihre Grenzen bzw. darüber hinaus.

In der öffentlichen Debatte überwiegen technische Lösungen wie e-Autos und intelligente digitale Vernetzung. Diese können zwar ein Teil der Antwort sein - notwendig ist aber auch ein umfassender struktureller Wandel unserer Wirtschaft, durch den der Verkehr nicht nur ökologisch modernisiert, sondern auch drastisch reduziert wird.

Die Wende beruht auf drei Säulen:

- A. (Recht auf) Nahmobilität für Alle
- B. ökologischer Umbau des Verkehrssystems
- C. Verkehrsreduzierung durch Stärkung dezentraler Wirtschaftsstrukturen

Die drei Säulen gehören zusammen, doch drängt sich für Attac ein Schwerpunkt auf die Vermeidung von (insbes. Güter-)Verkehr auf, da dieser Aspekt bisher wenig thematisiert wird, und da es der spezifischen Stärke und Sichtweise von Attac entspricht, ökonomische Strukturen und deren mögliche Veränderung ins Bewusstsein zu rücken. Eine Reduzierung würde mehr regionale Arbeitsplätze schaffen und die Demokratisierung der Ökonomie befördern. Dem Ruf nach Abschottung und reaktionärem Provinzialismus muss dabei offensiv entgegengetreten werden.

Das Thema bietet **vielfältige Bündnisoptionen** mit alten und neuen Bekannten. Es würde nicht nur diejenigen ansprechen, die sich für Verkehrspolitik im engeren Sinne interessieren, sondern auch entwicklungspolitisch oder freihandelskritisch Aktive, Umweltgruppen, Initiativen gegen Verkehrslärm und Luftverschmutzung, Unterstützer*innen solidarischer Ökonomie sowie lokal Produzierende und an Regionalwirtschaft Interessierte.

Zentrale Forderungen:

- Verteuerung des Transports (insbes. Straße und Luft) durch Subventionsabbau, Steuern
- Förderung kleiner, auf regionale Märkte orientierter Unternehmen (beginnend bei Energie und Nahrung), z.B. durch progressive Regulierung & Besteuerung, günstige Finanzierung
- d.h sanfte De-Globalisierung, weniger globale Arbeitsteilung, freier aber reduzierter Handel
- Ausbau des Bahnnetzes in der Fläche, phase-out des Verbrennungsmotors, weniger Flüge (d.h. Ausbau der 'grünen' zulasten der 'roten' Verkehrswende auch im Güterbereich)
- europaweite, demokratisch kontrollierte Investitionen in ökologische Infrastruktur
- digitale statt physische Transporte, dazu mehr freie Software & Informationsaustausch

Aktionsorte und -formen:

(Güter-)Verkehr gibt es fast überall, ebenso damit zusammenhängende Konflikte. Große Bauprojekte oder Raffinerien/ Ölterminals können zum Kristallisationspunkt werden, aber auch stark belastete Straßen und (Flug-)Häfen oder Anlässe wie Logistik-Messen und - Kongresse.

- klassische Aktionsformen wie Infoveranstaltungen, Lesungen, Kundgebungen, Infostände

- Fahrraddemos auf Hauptverkehrsstraßen
- Atemschutzmasken an Straßen mit viel (LKW-)Verkehr verteilen
- Entwicklung des Güterverkehrs veranschaulichen: Wie weit sind Produkte gereist?
- Subventionen anprangern: LKW / Flugzeug frisst Natur, wird mit Geld betankt
- Bürgerbegehren gegen Verkehrs-Bauprojekte, für Deckelung des LKW-Verkehrs...
- Proteste vor Messen, Kongressen, HVen, verkehrspolitischen Gesprächen
- ziviler Ungehorsam, z.B. Blockaden von Baustellen oder Raffinerie-Zufahrten

6.1.5 Kampagne „Kommunale Versorgungs-Demokratie“ (Arbeitstitel)

Pippa Lüttkemeyer ist weltoffen, umweltbewusst und möchte sich einbringen. In ihrer Stadt gibt es verschiedene Gruppen, die zu verschiedenen Themen arbeiten, wo sie ihren Platz finden könnte. Sie möchte aber nicht nur an einem Rädchen drehen, wo doch so Vieles sich dringend ändern müsste. Sie fühlt sich zwar von diesem Anspruch an sich überfordert, kann aber davon auch nicht ablassen. Schließlich steht die Zukunft der Menschheit auf Messers Schneide.

Können wir ihr helfen?

Ortswechsel: in der Projektgruppe des Rates von Attac laufen die Köpfe heiß darüber, welches Thema als nächstes einem schlagkräftigen Kampagnen-Schwerpunkt zugrundeliegen könnte.

Drei Themen sind in die engere Auswahl gekommen, aber es ist auch klargeworden, dass es um ein Ganzes, um das Zusammenwirken vieler Komponenten geht. Es geht nicht darum, die Rädchen neu zu erfinden, sondern darum sie ineinandergreifen zu lassen und zum Drehen zu bringen.

Da fällt den Diskutanten auf, dass bereits im Initialentwurf des Attac-Schwerpunktes von Energie-Demokratie die Rede war.

Warum aber nur die Energieversorgung berücksichtigen, und nicht stattdessen auch die Daseinsvorsorge, die regionale Nahrungsversorgung und die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln in den Blick nehmen und in einem gemeinsamen Paket zusammenfassen?!

Die Kampagne „Kommunale Versorgungs-Demokratie“ (Arbeitstitel) ist geboren!

Exposé

Themen-Entwurf – Schlaglichter

- Die „Stadt“ könnte als dritte Position gegenüber Neoliberalismus und Rechtspopulismus ins Feld geführt werden: das Zoon Politikon (= Städtisches Wesen; Aristoteles' Definition des Menschen), gegen das gesellschaftslose Individuum des Neoliberalismus und gegen den im Volk aufgehenden Wutbürger.
- „Ende Geländewagen“ hat mit seiner Blockade in München bereits gezeigt, dass z.B. Energie- und Verkehrskämpfe zusammengefasst werden können.
- Die „Seebrücke“ hat die Handlungsfähigkeit von Städten und ihre Bündnisfähigkeit quer zu den nationalen Direktiven ins öffentliche Bewusstsein gerückt.
- Die Umsetzung der Konzeption von Gesine Schwan zur Kopplung der Förderung von Kommunen über europäische Gelder mit der Aufnahme von Migrant*innen steht noch aus und könnte an Auftrieb gewinnen.
- Vielleicht ist genau dieses, eine lebendige in sich gut vernetzte Stadt die Form von Organisation, die der Organisation von Konzernen und Staat etwas entgegensetzen kann. Vielleicht ist genau sie das An-und-Für-Sich, das kein Proletariat mehr vollenden kann, weil ihm im Zuge der Vereinzelungsstrategie des Neoliberalismus die Nähe zu sich selbst abhandengekommen ist.

Gesellschaftliches Umfeld – Problemstellungen und Kämpfe

In Beiträgen zu öffentlichen Kundgebungen und Themen wie „Freihandelsabkommen“, „Klimagerechtigkeit“, „Seebrücke“ oder „Wir sind mehr“ wird immer wieder auf den Zusammenhang von Migration, Ausbeutung, Klimagerechtigkeit und Kapitalismus Bezug genommen. In den Kreisen, die Attac nahesteht, wird der Zusammenhang der vielfältigen Problemlagen gesehen und die Lösung eines Problems als abhängig von der Lösung der jeweils anderen Probleme erkannt. Was fehlt, sind Konzepte zu umfassenden Lösungsstrategien.

Dabei gibt es vielfältige Initiativen, die in den verschiedenen Themenfeldern Expertise entwickelt haben, davon viele, die mehr oder weniger über Attac vor Ort oder überregional mit Attac verbunden sind.

Attac hätte hier mit seinem jahrelangen Bemühen um Bündnisbildungen und seiner finanzpolitischen Expertise ein Alleinstellungsmerkmal: die Akteure zusammenzubringen und die finanzpolitischen Rahmenbedingungen sichtbar zu machen und zum „Schwingen“ zu ringen.

Aktionselemente – für die Regionalgruppen

„Musterkoffer-Wechseltausch“

Betätigungselemente (Musterkoffer: Argumentationsmuster, Antragsmuster, Einladungsmuster, Vernetzungsmuster, Moderationsmuster) – die Muster können im Wechselspiel zwischen Bundes- und Städte-Ebene entwickelt werden.

Muster auf Bundesebene entwickeln, dann vor Ort erproben, schließlich ortsspezifisch oder nach Rückmeldung in den Regionalgruppen oder auf Bundesebene verfeinern.

Jahresplanung oder Dreijahresplanung für städtische Ereignisse wie Vortragsabenden, Themenwochen, Aktionstagen und Festivals:

z.B.

- erst Vernetzungsarbeit für ein städtisches Gespräch zum Thema Versorgungs-Demokratie,
- darin: Auslotung der Stadt-spezifischen Stärken und Beschränkungen
- als Resultat: Formulierung eines konkreten Bürgerantrags,
- Kultur-politisches Wochenende: Was kann Kultur zur Transformation des städtischen Wirtschaftens(!) / zur städtischen Selbstwirksamkeit beitragen?
- Mitmachwoche für Schulen: Kinder an die Macht – Enkeltaugliche Zukunft
- Abschluss (besser: erster Höhepunkt) mit einem kreativen solidarischen Welt-Wunsch-Punsch-Festival

Attacs spezifischer Beitrag:

Dabei das finanzpolitische „Hintergrundrauschen“ – und damit die finanziellen Rahmenbedingungen kommunaler Handlungsfähigkeit – aufschlüsseln und enttarnen. Felder wie Beteiligungen an Atom- und Kohleenergiekonzernen und daran gekoppelte Renditeerwartungen der Kommunen, wie Subventionen, Länderausgleichsverfahren, Wohnungsbaufinanzierung, Steueraufkommen, Verteilungsschlüssel und -zugriff nach Steuerarten und Verwaltungsebenen ...

6.1.6 Finanzierung der Sozial-Ökologischen Transformation

Die SÖT erfordert Investitionen in neue, nachhaltige Technologien, Produktionskapazitäten, Verteilstrukturen, Dienstleistungen und Infrastruktur. Das gilt unabhängig davon, ob ein neuer „grüner“ Wachstumsschub angestrebt oder das Wachstumsparadigma der heutigen Wirtschaft überwunden werden soll.

Die Frage der Finanzierung dieser öffentlichen und privaten Investitionen ist entscheidend, um in der öffentlichen Debatte zu überzeugen; wir sollten darauf fundierte Antworten präsentieren. So könnten wir auch unsere Expertise rund um Steuern, Finanzmärkte und -regulierung in die Auseinandersetzung um Kohleausstieg, Energie-, Verkehrs- und Agrarwende einbringen und innerhalb der sozialen Bewegungen unser Profil als Attac schärfen.

Die Investitionen tragen nicht nur zur Nachhaltigkeit, sondern auch zur Stärkung der Demokratie und Verringerung der Ungleichheit bei, wenn sie zu wesentlichen Teilen öffentlich, demokratisch kontrolliert erfolgen und keine bzw. nur minimale Renditen für private Kapitalgeber zulassen. Das Ziel ist eine dezentralisierte Wirtschaft, die nicht zwingend auf Wachstum angewiesen ist.

Derzeit werden folgende Möglichkeiten der Finanzierung diskutiert:

1. Steuerflucht und -vermeidung von Konzernen und Vermögenden werden in internationaler Kooperation konsequent bekämpft, Steueroasen ausgetrocknet.
2. Energie- und Ressourcenverbrauch wird stärker besteuert, ebenso die Nutzung transnationaler Netze (Güterverkehr, Energie, Daten, Finanzen).
3. Die EZB schafft durch ihre Bereitschaft, diese anzukaufen, einen Markt für (real negativ verzinst) nachhaltige Anleihen. Dazu gehören insbesondere solche von Investitionsbanken wie der EIB, die damit europäische Investitionsprogramme in den sozial-ökologischen Umbau der Infrastruktur finanziert.
4. Förderbanken wie KfW oder EIB werden gestärkt und auf Nachhaltigkeit verpflichtet. Sie vergeben zinslose/ günstige Kredite für öffentliche Infrastruktur sowie an sozial-ökologisch wirtschaftende, regional orientierte Unternehmen.

Die AG Finanzmärkte & Steuern plant die Durchführung einer Tagung zur „Finanzierung der Sozial-Ökologischen Transformation“ mit prominenten Gästen, möglichst vor der Europawahl.

Mit einer späteren Aktion soll öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt werden. Dazu sind ein geeigneter Zeitpunkt und ein symbolischer Ort (z.B. Tagung von EZB, EIB oder KfW) zu wählen. Ergänzend könnte eine Pressekonferenz durchgeführt werden.

Vorschläge für weitere Aktivitäten, die dezentral von Regionalgruppen durchgeführt werden können, sollen noch erarbeitet werden. Die KfW hat z.B. Niederlassungen in Frankfurt, Berlin und Bonn sowie eine Tochtergesellschaft in Köln, die EIB ihren Sitz in Luxemburg.

6.2 Vorschlag: Beteiligung an der Kampagne „Ausstieg aus der Kohle“ (von Marie-Dominique Vernhes)

Die Dringlichkeit eines starken Umsterns zur Reduzierung der Treibhausgase und zur Klimagerechtigkeit wird offenkundig. Die Kohleverbrennung wird von einer großen Mehrheit abgelehnt.

Es ist ein günstiges Moment zur Durchsetzung von Veränderungen, das wir nicht verpassen dürfen.

Wir Attacies sind in den lokalen Kämpfen und Demonstrationen dabei.

1. Wir bauen darüber hinaus eine **dreifache Vernetzung** auf, um wirksamer zu werden:

a. Vernetzung von Anti-Kohle-Bewegungen

(s. <https://power-shift.de/kohle-protest-karte-2-ueberarbeitete-auflage-jetzt-online-und-gedruckt/> und <https://www.rosalux.de/dossiers/klimagerechtigkeit/schwarze-fakten/>)

- erstmal durch eine Vernetzung unserer eigenen lokalen Aktivitäten gegen Kohleverbrennung.

- durch Zusammenarbeit mit den Inis und insbesondere Absprachen über gemeinsame Forderungen.

b. Vernetzung von einzelnen Forderungen /Kampagnen: Kampagne zur Energiewende (Ausstieg aus Kohle UND Atom), und das nicht auf dem Rücken der Kolleg*innen

Über die Kampagne in anderen Ländern („1 Million Arbeitsplätze für das Klima“) informieren wir, debattieren wir durch die Organisation einer Rundreise.

c. Vernetzung von a und b über die Grenzen hinaus

2. Attac DE hätte eine besondere Rolle in der **Kritik der Finanzkonzerne und Energiekonzerne** zu spielen, ähnlich Attac FR: Attac Frankreich führt eine Kampagne gegen Banken, die in fossile Rohstoffe investieren (100 Mrd. Euro sollen es sein, 36 Banken weltweit), <https://france.attac.org/actus-et-medias/images-militantes/article/la-mobilisation-pasavecnotreargent-en-images>

6.3 Vorschlag zur Sommerakademie (von Marie-Dominique Vernhes)

Der Attac-Ratschlag im Herbst 2018 in Frankfurt/Main möge beschließen:

1. für die **Sommerakademie 2019** als zentrale Bildungsveranstaltung von Attac <https://www.attac.de/bildungsangebot/sommerakademie/>

werden im November 2018 Attacies, wissenschaftlicher Beirat, aber auch soziale Bewegungen und Mitgliedsorganisationen zur Gestaltung des Programms eingeladen.

Die Regionalgruppen werden um Vorschläge für den Ort noch im November gebeten.

Die Rats-VG stellt dem Rat (24.-25.Nov) den Stand der Vorbereitung und das angedachte Motto der SoAk vor. Sie listet auf, welche Mitarbeit sie wann braucht.

Ein schriftlicher Vertrag zur Anmietung der Räumlichkeiten sollte spätestens Ende Januar erfolgt sein. Ein „Plan B“ ist festzulegen.

2. Die Absage der **SoAK 2018** fand zu einem Zeitpunkt statt, wo die Veranstaltungen, die Workshops schon feststanden.

Das Attac-Büroteam wird darum gebeten, noch im November das Programm auf der Webseite „Sommerakademien“ zu veröffentlichen, als Information und vor allem als Anregung für die nächste SoAK und als Veranstaltungsideen für die Regionalgruppen.

3. Die **Europäische Sommerakademie 2020** sollte turnusmäßig in Deutschland stattfinden. Bis jetzt arbeitet keine Gruppe von Attac DE daran, aber im Januar will sich das Europäische Attac-Netzwerk damit befassen.

Der Ratschlag begrüßt die Entstehung einer ad-hoc Gruppe, die in Zusammenarbeit mit Hugo Braun (dafür verantwortlicher Kokreis Mitglied) bis Januar den möglichen Ort klärt, eine Liste von potentiellen Kooperationspartnern erstellt und schon Kontakte aufbaut. Ebenfalls bis Januar soll eine Finanzplanung für das Jahr 2020 gemacht werden. Für 2019 werden keine Extramittel beantragt, außer den Reisekosten für die vorbereitende Gruppe.

6.4 Vorschlag zur Änderung der TO

6.4.1 Alternative TO von Marie-Dominique Vernhes

FREITAG 02.11.

Vor 16:30 Uhr: Aufbauen/Ankommen

16:30 Uhr – 18:00 Uhr
Haushaltsvorbesprechung
Ratschlag für Neue
AG Treffen

18:00 Uhr – 18:45 Uhr: Abendessen

18:45 Uhr - 19:00 Uhr: Begrüßung

19:00 Uhr – 21:00 Uhr

**Auftaktveranstaltung mit Referentin Nilda Inkermann, I.L.A. Kollektiv:
„Vom Leben auf Kosten anderer, zu einem guten Leben für alle“**

21:00 Uhr – X: Cafeteria

SAMSTAG 03.11.

08:30 Uhr – 10:00 Uhr

Schulungen

Datenschutz (Roland Schäfer, Datenschutzbeauftragter)
Für Finanzverantwortliche (Andreas van Baaijen)

10:00 Uhr – 10:15 Uhr: Begrüßung, Vorstellen und Abstimmen der Tagesordnung,
Organisatorisches

10:15 Uhr – 13:15 Uhr Plenum: „Quo Vadis attac“

Gegen die *"dominierenden Wirtschaftsinteressen von großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern"* (Attac Grundsatzerklärung vom 2002) gibt es mannigfaltigen Widerstand.

Uns allen ist klar, dass wir mit enormen Herausforderungen konfrontiert sind: Nur durch sofortige radikale Schritte das 1,5%-Ziel beim Klima erreicht werden kann (IPCCC Bericht); Überfluss versus Hunger und Armut; Instabilität des politischen Systems in fast alle Industrieländern; dramatischer Umbruch des internationalen Systems; Kriege und die Kriegsgefahr u.a.m.

In dieser Situation sollten wir als attac eine Weile über unsere Ziele und Rolle nachdenken, um dann mit frischem Elan Aktivitäten zu vereinbaren.

1. Debatte entlang von Leitfragen (75 Min.):

a. Welche sind die Herausforderungen 2018? Wer sind die Akteure, die positive Veränderungen bewirken können? Mit welchen Mitteln?

b. Was sollte die Rolle von attac sein - 20 Jahre nach der Gründung? Was ist die Besonderheit von Attac im Vergleich zu anderen Organisationen / Netzwerken / Initiativen?

Es kann nur ein Aufschlag sein. Mögliches Verfahren: 2 Beiträge am Anfang von je ca. 10 Min.: Ein Mitglied vom Ko-Kreis und ein Mitglied vom Wiss. Beirat (Thesen am 28.10.) - Anfragen laufen.

Danach Diskussion von 50 Minuten (Fishbowl), in die auch die Berichte von Kokreis und Rat (im Herbstratschlags-Reader veröffentlicht) einfließen.
Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats machen am Ende einen Vorschlag zur Fortführung der Debatten. Der neugewählte Rat wird darauf achten, dass diese Debatten solidarisch, partizipativ und produktiv geführt werden.

(15 Min Kaffeepause)

2. Welche Schwerpunkte wollen wir – aktive Mitglieder von attac DE - in den nächsten Jahren anpacken /fortführen? „Soz. ökol Transformation“ (90 Minuten)

- Die PG trägt ihre Überlegungen und Vorschläge vor/ Diskussion und Abwägen mit evtl. anderen vorgeschlagenen Schwerpunkten (30 Min) – >Zur Vorbereitung dieses TOP veröffentlicht die PG spätestens am 22.10. ihr Konzept.
- Kleingruppen (30 min): Inputs zu konkreten Vorschlägen für Kampagnen in Attac
- Diskussion / Plenum (30 Min): Vereinbarungen über die Fortführung der Schwerpunktlärung.

13:15 Uhr – 14:15 Uhr: **Mittagspause**

14:15 Uhr – 15:45 Uhr

Workshop Phase

Mach mit bei Attac
Freihandel (Binding Treaty)
Polizeigesetz
Rechtspopulismus
Austausch unter den Regionalgruppen

15:45 Uhr – 16:00 Uhr **Kaffeepause**

16:00 Uhr – **16:15 Uhr:** Vorstellung der Workshop-Ergebnisse

16:15 Uhr – 18 Uhr: **Europa**

Leitthemen:

- Rückblick und Bewertung Europakongress
- Wie können wir Debatten in den Regionalgruppen über die EU /Europa und über die Strategien fördern?
- Europapolitische Eckpunkte
- Aktivitäten im Vorfeld der Europawahlen
- "Europa von unten" - welche Kampagnen, Aktionen, Konferenzen tragen wir als attac DE?

Input von Peter Wahl (Zusage, mdv) und ?

18:00 – 19:00 Uhr: **Abendessen**

19:00 Uhr – X **Wahlen**

Alternativangebot für Nichtwähler*innen

SONNTAG 04.11.

09:00 Uhr – 09:15 Uhr:

Vorstellung der Wahlergebnisse
Verabschiedung - Danke!

9:15 Uhr – 10:45 Uhr:

Diskussion und Verabschiedung von Vorschlägen

10:45 Uhr – 12:30 Uhr

Vereinsvorstand zur Gemeinnützigkeit

Bericht zu Finanzen und Haushalt / Fragen dazu

[Kaffeepause](#)

Diskussion und Beschlüsse zu Finanzen und Haushalt

12:30 Uhr – 13:00 Uhr: **In 3 Minuten auf den Punkt**

Ab 13:00 Uhr **Abschluss** gemeinsames Aufräumen

6.4.2 TO-Änderung von Attac Freiburg (nur relevant, wenn Vorschlag 6.4.1 abgelehnt wird)

Der Europakongress hat das Interesse an und den Diskussionsbedarf zur EU und an einem anderen Europa gezeigt. Diese Diskussion wird mit Sicherheit in den nächsten Monaten zur Vorbereitung der Europa-Wahlen von anderer Seite öffentlich massiv verstärkt stattfinden. Wollen wir als Attac der neoliberalen Argumentation etwas entgegensetzen, ist es notwendig, dass wir uns gut vorbereiten und damit auch an den Zwischenergebnissen des Europa-Kongresses weiterarbeiten - im Sinne von Europa-Kongress als Prozess und nicht als einmaliger Event.

Deshalb beantragen wir:

Der TO - "Europa - Kongress - eine Zwischenbilanz und wie weiter (- besonders im Europa-Wahlkampf ?)" wird Samstag behandelt - dies ist auch notwendig, um den Finanzantrag von der PG-Untergruppe "Europa-Kongress als Prozess" beurteilen zu können! Zweitens sind mindestens 2 Stunden, besser 2,5 Stunden dafür notwendig.

6.5 Vorschlag Attac Cottbus

Attac Cottbus ist ein regionaler Zusammenschluss von Attac-Mitgliedern und –Sympathisanten aus Cottbus und Umgebung. Die Gruppe wurde im Mai 2007 neugegründet. Die alte Attac-Gruppe, die sich 2003 gegründet hatte, war da bereits schon einige Jahre inaktiv = aufgelöst.

Unsere Arbeitszielstellung sehen wir in der Bildungsarbeit, Vernetzung mit anderen kohlekritischen, globalisierungs- und kapitalismuskritischen sowie friedenspolitisch aktiven Gruppen und Menschen, die wie wir die Ausbeutung von Mensch und Natur für Profitgier und veraltete Energieerzeugung, die damit einhergehenden Kämpfe um die letzten Rohstoffreserven unseres Planeten, ob sie als illegale NATO-Angriffskriege für „freie Handelswege“ oder als Handelsabkommen wie TTIP oder JEFTA daherkommen, verurteilen.

Anlass unserer Wortmeldung sind Zweifel, ob wir uns mit unserem Selbstverständnis „Eine bessere Welt ist möglich – und nötig“ noch im Einklang mit den Zielen von Attac-Deutschland befinden. Diese Zweifel wurden hervorgerufen, in dem bisher unwidersprochen der Schweizer Historiker, Umweltaktivist und Friedensforscher Daniele Ganser in Attac-Veröffentlichungen als „Verschwörungstheoretiker“ bezeichnet wurde. Wir selbst haben mit Dr. Daniele Ganser zum Thema „Das Spannungsfeld von Energiepolitik und Frieden“ am 7. April 2017 einen Vortrag in Cottbus organisiert. Der damalige Präsident der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, Prof. Dr. Steinbach, hat uns damals die Nutzung des Hörsaales an der BTU verweigert. Heute ist er als typischer

Wirtschaftslobbyist, als Mitglied im Aufsichtsrat der LEAG, dem privaten tschechischen Energiekonzern in der Lausitz, der sich mit fadenscheinigen Begründungen dem Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung widersetzt und Stilllegungsprämien für die Abschaltung überflüssiger Kraftwerksblöcke in Jänschwalde fordert, gleichzeitig Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg.

Die Studie der ROSA LUXEMBURG STIFTUNG von Hendrik Sander zeichnet ein verwirrendes Bild über Attac Deutschland, das nicht geeignet ist, Klarheit über aktuelle Zielstellungen, Organisations- und Aktionsformen zu gewinnen.

Um Unterwanderungs- und Desinformationsbestrebungen zu verhindern, sollte der Attac Ratschlag 2018 Einigung über folgende Grundsätze erzielen und veröffentlichen:

1. Attac Deutschland ist demokratieverbunden und hilft mit Aufklärung und Aktionen den Einfluss von Banken, Konzernen und den dahinter stehenden Oligarchen auf politische Entscheidungen - zum Wohle des Volkes - zurückzudrängen.
2. Attac Deutschland ist Bestandteil der weltweiten Friedensbewegung und fordert das Gewaltverbot der UNO ein, das durch Vetorechte hochgerüsteter UNO-Mitglieder, insbesondere den USA, ständig verletzt wird.
3. Attac Deutschland wendet sich gegen jegliche Bestrebungen, die Menschheitsfamilie untereinander zu entzweien sowie Volksgruppen und Völker durch Kriegslügen gegeneinander aufzuhetzen.
4. Attac Deutschland tritt für naturverbundene und untereinander solidarische Wirtschaftsformen der Menschheitsfamilie ein.
5. Attac Deutschland beruft sich nach wie vor auf die „Charta der Prinzipien“ vom Weltsozialforum 2001 in Puerto Alegre. Hier nur ein paar Auszüge:
 1. Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und Herrschaft der Welt durch das Kapital und jeder möglichen Form des Imperialismus widersetzen, und sich im Aufbau einer planetarischen Gesellschaft engagieren, die auf fruchtbare Verhältnisse innerhalb der Menschheit und zwischen dieser und der Erde engagieren.
 10. ... Es unterstützt Respekt für die Menschenrechte, die Praxis echter Demokratie, partizipatorische Demokratie, friedliche Beziehungen in Gleichheit und Solidarität zwischen Menschen, Ethnien, Geschlechtern und Völkern, und verurteilt alle Formen von Herrschaft und jede Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen.

6.6 Vorschlag zur Ratschlagsvorbereitung (Barbara Volhard)

Im Interesse von Basisdemokratie und Transparenz findet künftig die Vorbereitung von Ratschlägen folgendermaßen statt:

Die Ratschlags-VG schickt rechtzeitig vor dem jeweiligen Ratschlag eine Mail an die Regionalgruppen und Mitgliedsorganisationen, mit der sie daran erinnert, dass die Gruppen Wünsche/Vorschläge hinsichtlich eines Schwerpunktthemas und auch der Auftaktveranstaltung für den nächsten Ratschlag äußern können und setzt eine Frist, bis wann solche Wünsche eingebracht werden müssen. Sie bittet die Gruppen, diese

sowohl an die VG zu schicken als auch auf der Gruppenliste attac-öffentlich zu machen. Die Ratschlags-VG veröffentlicht ihrerseits eigene Vorschläge oder solche, die aus Rat bzw. KoKreis stammen, ebenfalls auf der Gruppenliste.

Vor der Erstellung der Tagesordnung teilt die Ratschlags-VG auf der Gruppenliste mit, aus welchen Gründen sie sich für dieses oder jenes Schwerpunktthema bzw. diese oder jene Auftaktveranstaltung entschieden hat. Sie setzt eine zweite Frist, innerhalb derer Gruppen (keine Einzelpersonen) nur noch ein Veto einlegen können, andernfalls geht sie davon aus, dass es einen Konsens für ihre Entscheidung gibt.

Begründung:

Grundsätzlich können Gruppen schon immer derartige Wünsche/Vorschläge an die Ratschlags-VG schicken. Insofern scheint der Basisdemokratie Genüge getan. Dem Prozess aber mangelt es an der für echte Basisdemokratie notwendigen Transparenz. Niemand weiß, wer welchen Vorschlag aus welchem Grund gemacht hat, noch weiß man, nach welchen Kriterien die Auswahl erfolgt.

Viele Regionalgruppen tagen nur einmal monatlich, und ihre Plena sind dann randvoll mit Orgafragen und Themen, mit denen sie auf lokaler oder regionaler Ebene aktiv sind. Da liegt der nächste Ratschlag oft sehr fern und wird nicht thematisiert. Solche Gruppen werden oft durch die Einladung zum Ratschlag samt Themensetzung kalt überrascht und haben nicht mehr genug Zeit sich einzubringen geschweige denn vorzubereiten. Eine rechtzeitige Erinnerung kann ihnen helfen, das Thema auf ihre nächste TO zu setzen.

Die attac-interne Veröffentlichung aller Wünsche/Vorschläge auf der Gruppenliste kann dafür sorgen, dass alle Gruppen erfahren, welche Themen im Gespräch sind und dass sich Gruppen u.U. dem schon bestehenden Vorschlag einer anderen Gruppe (oder auch des Rats/KoKreises) anschließen können. So erhält die Ratschlags-VG einen Überblick über das, was an der Basis tatsächlich mehrheitlich gewünscht wird. Zudem kann das Für und Wider eines Vorschlags auf der Gruppendiskussionsliste debattiert werden.

Auch hinsichtlich der Auftaktveranstaltung könnte es sein, dass die eine oder andere Gruppe interessante Referent*innen kennt und sie der VG vorschlagen kann, die für derartige Anregungen sicher dankbar wäre.

Schließlich: Eine so geschaffene Transparenz des Prozesses dürfte oftmals unerfreuliche Debatten zum Thema auf der Gruppendiskussionsliste überflüssig machen.

6.7 Vorschlag zum Internetauftritt von Attac (D. Dörper, F. Eschbach, K. Schwietz und M-D. Vernhes)

1. Eine neue Web-Seite (mit responsive Design) wird es erst im Laufe von 2019 geben.

Wir beantragen, dass, ohne auf die neue Seite zu warten, Mängel, wie sie im Bericht über die Webseiten (1) benannt wurden, behoben werden:

a. Die veralteten Web-Seiten auf attac DE , auch die von bundesweiten Arbeitsgruppen und von einzelnen Regionalgruppen sind Negativwerbung, sie sollten also schnell – Termin: Ende November - von den jeweils Zuständigen „repariert“ werden, und sei es nur, dass der Hinweis deutlich platziert wird „ wird überarbeitet“ + Datum.

Für die Regionalgruppen schlagen wir zur Unterstützung eine „Patenschaft“ unter Regionalgruppen der gleichen Region vor.

b. Die Typo3-Probleme der Regionalgruppen werden gelöst.

c. Die Kampagnen-Seite wird aktualisiert.

d. Die Aktivitäten der Regionalgruppen sollten auf der Startseite von attac DE sichtbar werden.

e. Die Seiten über die Sommerakademien und die Europäischen Sommerakademien werden wieder sichtbar.

Dafür findet alle 2 Monate eine TK zwischen dem Webteam und Mitgliedern der Web-Seiten AG des Rats statt.

2. Wir regen an, dass Attacies zum Umgang mit Facebook, Google usw., zur Frage vom Datenschutz bei dem Zugriff auf Web-Seiten eine Arbeitsgruppe bilden.

3. Wir befürworten eine regelmäßige Kommunikation zwischen der Rats-AG Webseite, der Ko-Kreis-Presse-AG und der Internet-AG.

4. Wir beschließen für den Frühjahrsratschlag den TO-Punkt „Öffentlichkeitsarbeit von attac“. Dazu laden wir auch die Autor*innen der zentralen Seiten wie auch die Redaktion des Rundbriefes ein, damit sie den aktiven Attac-Mitgliedern ihre Arbeitsweise und ihre Vorhaben vorstellen.

Antragssteller/-innen: Dani Dörper, Franz Eschbach, Klaus Schwietz, Marie-Dominique Vernhes

(1) Der Bericht steht im Reader für den Herbstratschlag,

hier die einzelnen Ausführungen:

zu 1

zu a): Seiten 2 und 3 (Punkt 5)

zu b): Seite 3 (Punkt 5)

zu c): Seite 3 (Punkt 3)

zu d): Seite 3 (Punkt 5)

zu e): Seite 2 (Punkt 3)

zu 2: Seite 4 (Punkt 6)

zu 3: Seite 3 (Punkt 4)

zu 4: Seite 4 (Punkt 7)

6.8 Vorschlag: Onlineforum für Attacis (Achim Lübbecke)

Attac möge ein Forum für alle Attacies auf dem Attac-Server einrichten.

Attac kommuniziert zu einem erheblichen Teil über Emaillisten. Es gab hinlänglich Diskussionen über deren Nachteile und Alternativvorschläge. Mein Antrag auf Einrichtung eines Forums zielt nun nicht auf das Ersetzen der Emaillisten, sondern auf die Bereitstellung eines Forums für diejenigen, die von den Vorteilen einer solchen Onlinekommunikation bereits überzeugt sind.

Der Erfolg eines Forums hängt sehr wesentlich von seinen Nutzer*innen und der Ordnung, die sie dem Forum geben, ab. Diese Ordnung muss wachsen, deshalb muss es kein Nachteil sein, wenn zunächst nur interessierte Attacies daran arbeiten, und dann später vielleicht weitere hinzustoßen, die dann einen unmittelbaren Vergleich zu den bestehenden Emaillisten anstellen können.

6.9 Vorschlag: Gründung eines poetisch-künstlerischen Beirats (Achim Lübbecke)

Der Ratschlag möge die Gründung eines poetisch-künstlerischen Beirats beschließen.

Ein poetisch-künstlerischer Beirat soll im weitesten Sinne Aktivist*innen und Künstler*innen zusammenbringen, um die wirtschaftspolitische Aufklärung und wirtschaftspolitische Selbstbestimmung der Gesellschaft voranzutreiben.

Wer einmal einige der gelungenen Darstellungen wirtschaftspolitischer Zusammenhänge eines Hagen Rether oder Volker Pispers erlebt hat, bekommt eine Ahnung davon, was an tiefgreifend wirkender Aufklärung noch möglich sein könnte.

Ob nun über Kabarett, Liedertexte, Bilderbücher, Romane, Sachbücher, Videoclips, Poetry Slams, Videospiele (Computerspiele, Konsolenspiele, Handyspiele oder Apps) usw. - wirtschaftspolitische Kompetenz sollte über alle Kanäle die Gesellschaft durchdringen, um die Vorherrschaft des wachstumsorientierten Weiterso zu brechen.

Es gab und gibt immer mal wieder Kooperationen von Attac mit Künstler*innen, ein Beirat soll weitergehende Möglichkeiten der Zusammenarbeit erkunden und auf- und ausbauen.

6.10 Vorschlag zur Gemeinnützigkeit von Achim Lübbecke

Attac möge eine einstweilige Verfügung gegen die Zurückhaltung der Gemeinnützigkeit des Finanzamts erwirken

Ein Amt hat Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt. Ein Gericht hat dies verurteilt. Dennoch wird an dem Status der Nichtanerkennung festgehalten.

Das Amt maßt sich damit einen Vorrang ihrer Amtsvollzüge vor richterlichem Urteil an. Normalerweise würde Attac gegen solche Anmaßungen sofort eine einstweilige Verfügung erwirken. Jetzt, wo es nicht die Durchsetzung einer Kundgebung betrifft, sondern Attac selbst, kneift Attac. Der Widerstand gegen Willkür ist eines der unverzichtbaren Kernelemente von Attac. Ohne diesen kann Attac nicht die treibende Kraft für einen gesellschaftlichen Wandel sein, die Attac sein sollte.

Die fehlende Gemeinnützigkeit bedroht Attac zudem akut. Die nachlassenden Spendeneinnahmen gehen zu einem erheblichen Teil darauf zurück. Dass Attac dagegen nicht in den Kampfmodus schaltet, verstößt gegen sein ureigenes Ethos, gegen das, was Attacs Kraft ausmacht. Attac hat sich so seinen Schneid abkaufen lassen.

Ich verstehe, dass dabei Ängste vor nervenaufreibenden Dauerscharmützeln mit dem Finanzamt und vor weitergehenden amtlichen Übergriffen und Schikanen aufkommen. Aber dann würde daraus entsprechend eine unserer Kampagnen, einer unserer Kämpfe werden, für die wir Verbündete zu mobilisieren wüssten. Oder nicht?

6.11 Vorschlag zur Funktion des KoKreises von Achim Lübbecke

Der Ratschlag möge feststellen, dass der Kokreis Veranstaltungen die Unterstützung aufkündigen darf, wenn er denkt, dass die Veranstaltung Attacs Ruf schadet.

Dieser Antrag soll etwas mehr Klarheit in die Funktion des Kokreises bringen.

Es heißt auf <https://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/gremien/kokreis/was-ist-der-kokreis/>:

„Der Koordinierungskreis von Attac Deutschland ist ein Arbeitsgremium. Es vertritt Attac im Rahmen der politischen Beschlüsse von Attac-Rat und Ratschlag nach Außen und organisiert die Durchführung bundesweiter Aktionen und den internen Kommunikationsfluss.“

Darin ist von einem „Rahmen“ die Rede, der dem Kokreis von Ratschlag und Rat vorgegeben ist, innerhalb dessen er handeln kann. Ein „Rahmen“ sollte eigentlich verstanden werden als etwas, innerhalb dessen es Spielräume für Entscheidungen gibt.

Das scheint aber nicht in der Form von allen so verstanden zu werden.

Mit diesem Antrag möchte ich herausstellen, dass die Mitglieder des Kokreises, auch wenn dieses nicht unmittelbar aus seiner Funktionsbeschreibung hervorgeht, „nach bestem

Wissen und Gewissen“ entscheiden können müssen, und keine Befehlsempfänger*innen sind.

Da ich erlebt habe, dass versucht wurde, den Kokreis zu einer Entscheidung zu zwingen, und das anhand eines Ratschlagsbeschlusses, der diese Erzwingung nicht hergab, möchte ich mit diesem Antrag erreichen, dass auf diesem Ratschlag den Mitstreiter*innen im Kokreis ausdrücklich die Würde von Leuten zuerkannt wird, die selber „Wissen und Gewissen“ haben.

7 Finanzanträge

7.1 Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2019 und Beschluss-Empfehlung zu den Projektanträgen für das Jahr 2019

Finanz-AG des Attac-Kokreises

Liebe Aktive in Attac,

zunächst möchten wir erläutern, weshalb wir in diesem Jahr den Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 erst jetzt haben veröffentlichen können. Es gibt dafür einen wichtigen Grund: Die Einnahmeerwartung für das nächste Jahr ist im Vergleich zu den Vorjahren so stark gesunken, sodass wir teilweise einschneidende Kürzungen im Haushalt vornehmen mussten. Hierfür bedurfte es vieler Beratungstreffen und Abstimmungen mit dem Kokreis und der Büro AG. Zuletzt mussten wir die außerordentliche Kokreis-Sitzung am 27.10.18 abwarten.

Ziel der Finanz AG war es immer, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, um eine konsistente und sichere Finanzierung unserer Aktivitäten zu gewährleisten. Daher auch die gute Nachricht: Wir werden uns nicht verschulden, es ist uns gelungen, jetzt einen Haushalt vorzustellen, der kein Jahresdefizit aufweist.

1. Haushaltsentwurf 2019

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 kann ab sofort auf der Attac-Webseite unter www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/finanzen eingesehen werden, sowohl als Gesamt-Haushaltsdatei als auch in Form einer Zusammenfassung (pdf). Die Finanz AG des Kokreises hat gemäß ihres Mandats den Entwurf zusammengestellt. Er wird dem Herbstratschlag 2018 am 4.11.2018 zur Verabschiedung vorgestellt.

29.10.2018

Haushaltsentwurf	Einnahmen (Prognose)	Ausgaben (Prognose)
2017	2.087.600 €	2.089.200 €
2018	2.020.900 €	2.035.700 €

Änderung zum Vorjahr:	-3,2%	-2,6%
2019	1.730.406 €	1.730.660 €
Änderung zum Vorjahr:	-14,5%	-15,1%

Die geplanten Gesamt-Ausgaben für 2019 (1.730.660 €) liegen im Haushaltsentwurf 2019 um 305.040 € niedriger, als dies noch der Haushalt für 2018 (2.035.700 €) vorsah. Dies liegt an der sehr reduzierten Einnahmeproggnose für 2019, die nur noch bei 1.730.406 Euro liegt – für 2018 erwarteten wir noch Gesamteinnahmen i.H. von 2.020.900 €.

Leider vermerken wir seit ca. zwei Jahren monatlich leicht sinkende Mitgliederzahlen, und damit Mindereinnahmen bei den Beiträgen. Viel schwerer wiegt jedoch der Einbruch, den wir seit etwa eineinhalb Jahren im Bereich Spenden verzeichnen müssen.

Die Finanz AG musste also etwa 300.000 Euro für 2019, im Vergleich zu 2018, einsparen. Dies war ein leidvoller Prozess, der aber immerhin zur Folge hatte, dass im Projektbereich keine relevanten Aktivitäten eingespart werden mussten. In allen Bereichen – Personal, Regionalgruppen, Verwaltung, Gebühren, Projekte – hat die Finanz AG allerdings Budgets streichen oder mindern müssen. Im Ergebnis können wir nun einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen, der kein Minus aufweist.

In welchen Bereichen hat die Finanz AG Kürzungen umsetzen müssen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen?

Bereich Personal: ca. 55.000 Euro

Offene Stellen und Personalbudgets werden nicht besetzt, das spart 55.000 Euro ein.

Bereich Verwaltung: ca. 54.000 Euro

Bereich Öffentlichkeitsarbeit: ca. 28.000 Euro

Bereich Projekte, Aktionen, Kooperationen: ca. 40.000 Euro

Bereich Regionalgruppen: ca. 100.000 Euro

Sonstige Bereiche: ca. 30.000 Euro

Es liegt auf der Hand, dass diese Kürzungen schmerzhaft Eingriffe in die Finanzstruktur und die Handlungsmöglichkeiten von Attac darstellen. Die Finanz AG hat sich bemüht, dass alle Kostenbereiche ihren Teil zu den notwendigen Kürzungen beitragen. Die Grundausrüstung der AGen ist von Kürzungen nicht berührt.

Die Einsparungen sind nicht zu umgehen. Der Finanz AG sieht ihre Aufgabe darin, auch in Zukunft ausreichend Mittel für Projekte, Kampagnen, Außendarstellung und Sichtbarkeit zur Verfügung zu stellen. Das ist auch deshalb wichtig, um neue Mitglieder und Anhänger anzusprechen. Die Finanz AG wird die Finanzentwicklung eng begleiten. Auf dem Frühjahrsratschlag werden wir auf einem TOP Finanzen die Entwicklung der Einnahme- und der Ausgabesituation darstellen.

2. Attac-Finzen - Wie weiter?

In unsere Analyse zu den sinkenden Einnahmezahlen finden wir einige Gründe, ein entscheidender Faktor ist aus unserer Sicht das Fehlen der Gemeinnützigkeit: Als uns diese vom Finanzamt Frankfurt vor über vier Jahren entzogen wurde, erlebte Attac eine Welle der Solidarität, es gab praktisch keine Austritte von Mitgliedern. Nach und nach erleben wir aber, dass für viele Spender*innen – und hier insbesondere diejenigen, die höhere Summen spenden möchten – die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden doch von größerer Bedeutung ist, als wir das angenommen haben. Sie spenden vermehrt bei anderen, gemeinnützigen Organisationen. Insofern erwarten wir mit Druck die Verhandlung vor dem Bundesfinanzhof, die Verhandlung ist noch immer nicht terminiert.

Aus dem Kokreis heraus haben wir unterschiedliche Initiativen ins Leben gerufen, um Menschen einen guten Einstieg bei Attac zu gewährleisten (z.B. „Mach mit bei Attac“ und Junges Attac; wir verweisen auf die entsprechenden Workshops auf dem Herbststratschlag). Darüber hinaus wollen wir

unsere Mitglieder ansprechen, ob sie uns womöglich einmalig oder durch Erhöhung des Mitgliedsbeitrags stärker unterstützen können.

Klar ist, dass wir alle daran arbeiten müssen, unsere Themen in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und für sie zu werben, neue Mitglieder zu gewinnen und Menschen auch außerhalb von Attac von uns und unseren politischen Ideen zu überzeugen.

Aber es kann nicht nur gespart werden! Wir müssen durch Projekte und Aktionen auch in die Zukunft von Attac investieren, damit wir sichtbar werden und Interessierte und Mitglieder gewinnen können.

So werden wir auch in schlechteren finanziellen Zeiten unser Engagement nicht reduzieren. Wenn Attac sich auch finanziell zurücknehmen muss, so wird Attac durch intelligente Leuchtturmprojekte, helllichtige Aktionen und gute inhaltliche Arbeit, verbunden mit gelingender Öffentlichkeitsarbeit, Menschen erreichen, die offen sind für unsere Themen. Attac muss weiterhin Zeichen setzen, als starkes, lautes Attac!

3. Projektmittel 2019

Die AGen sind im Haushaltsentwurf mit der üblichen Grundfinanzierung von insg. 19.800 € ausgestattet. Für die Finanzierung einzelner Projekte und Kampagnen finden sich im Haushalt bereits Mittel i.H.v. insg. 74.900 € (Aktionsakademie, Attacademie, Sommerakademie, die neuen Bildungsmaterialien, sowie andere, kleinere Beiträge).

Alle genannten Summen sind rein operative Mittel, ohne Personalkosten.

Die zugewiesenen Projektmittel für die eingereichten Projekte erläutern wir unter 4. Projektanträge / Beschlussempfehlung.

4. Regionalgruppen

Den Regionalgruppen werden nach Plan 210.000 € durch die quartalsmäßigen Überweisungen zur Verfügung gestellt, der Regionalgruppentopf, der lt. Beschluss des Herbststratschlags 2017 30.000 Euro vorhält, unterstützt Gruppen weiterhin in einzelnen Projekten.

Die Regionalgruppen bilden mit ihrer Arbeit vor Ort eine wichtige Säule der Aktivitäten des Attac- Netzwerks. Sie erhalten für ihre Arbeit bisher quartalsweise 33% der in ihrem jeweiligen PLZ-Bereich aufgekommene Mitgliedsbeiträge. Sie profitieren damit selbst auch davon, wenn in ihrer Region neue Mitglieder gewonnen werden.

Ab 2019 müssen wir die Zuweisung der Quartalsmittel an die 160 Regionalgruppen begrenzen, die 33% sind künftig nicht mehr finanzierbar. Die Gruppen erhalten deshalb 2019 rd. 100.000 Euro weniger als nach dem alten Modell. Dabei wollen wir aber die kleineren Gruppen nicht benachteiligen und führen deshalb einen Sockelbetrag je Quartal von 200 Euro für jede Regionalgruppe ein. Die Mittel im Regionalgruppentopf stehen den Regionalgruppen wie bisher zur Verfügung.

In den vergangenen Jahren haben die Regionalgruppen jährlich zwischen 45.000 und 50.000 Euro an nicht benötigten Mitteln zurücküberwiesen. Die reale Reduzierung der Mittel für die Arbeit vor Ort im Jahr 2019 liegt also de facto in der Gesamtheit bei „nur“ etwa 50.000 Euro.

5. Projektanträge / Beschlussempfehlung

Die Finanz AG hatte die Arbeitsstrukturen aufgefordert, Anträge für Projekte und Kampagnen 2019 zu stellen. Wir haben jeden einzelnen Antrag sehr genau geprüft und besprochen. Es liegt nicht in unserem Mandat, per Beschluss oder Kürzung darüber zu entscheiden, ob ein vorgeschlagenes Projekt für Attac aus politisch-strategischer Sicht tatsächlich taugt. Dies müssen jeweils Ratschlag, Rat und Kokreis steuern. Die Aufgabe der Finanz AG des Kokreises ist es, die vorgelegten Anträge auf Realisierbarkeit und Kohärenz zu prüfen. Nach intensiver Beratung haben wir Projekte in einer Gesamthöhe von 35.920 Euro bewilligt.

Für alle bewilligten Projekte und Arbeitsstrukturen weisen wir hierauf hin: Jede Bewilligung ist verbunden mit der unbedingten Aufforderung, die Inhalte/Themen/Aktivitäten auf der Website für die Öffentlichkeit attraktiv und verständlich darzustellen. Jede Veranstaltung, Aktivität und Erarbeitung eines Themas muss ihr Anliegen in der interessierten Öffentlichkeit bewerben.

Projektanträge für 2019 - Beschlussempfehlung der Finanz AG

1. PG Europa: Die beantragten 3.000 Euro werden bewilligt.

Alter Summit in der PG Europa: Von den beantragten 1.500 Euro bewilligt die Finanz AG 1.000 Euro. Die Kürzung nehmen wir nicht aus inhaltlichen Gründen vor, müssen aber für 2019 alle Ausgaben sehr knapp halten.

2. AG Soziale Sicherung: 500 Euro werden bewilligt; der Bündnisbeitrag wird auf 500 Euro begrenzt, Der AG stehen 2019 somit 1.500 Euro zur Verfügung.

3. AG Arbeit Fair Teilen: 500 Euro werden bewilligt; der erste und der dritte Antragspunkt ist über die AG-Grundausstattung abgedeckt. Der zweite ist zu unkonkret („evtl.“, „in der Hoffnung“), ebenso der fünfte Punkt: Hier bitten wir um konkrete Anträge, wenn die Planung vorliegt. Der Bündnisbeitrag (Antragspunkt vier) wird auf 500 Euro begrenzt. Der AG stehen 2019 1.500 Euro zur Verfügung.

4. AG Kommunen: Wir kürzen den Antrag um 500 auf 1.000 Euro und gehen nach den Informationen im Antrag davon aus, dass die AG die Tagung auch mit 1.000 Euro finanzieren kann. Der AG stehen neben einem Übertrag aus 2018 im Jahr 2019 1.500 Euro zur Verfügung.

5. Altvater / Attac-Rat: Wir berechnen Gesamtkosten von 4.000 Euro bei fünf Partnern, daher begrenzen wir die bewilligte Summe auf 1.000 Euro.

6. AG Genug für Alle: Der Antrag und die Planungen erschließen sich uns nur schwer. Die für 2018 angesetzten Kosten der AG können wir für einen Projektantrag 2019 nicht berücksichtigen. Die Planung für 2019: a) regionale Veranstaltungen („regionales Treffen“?)

„Bündnistreffen“? (Welches?): Wir bewilligen 800 Euro (von 1.600 Euro); b) Beitrag AK Digitalisierung beim Netzwerk GE: keine Bewilligung (beantragt 1.000 Euro), c) UBIE: Beitrag UBIE 200 Euro bewilligt (beantragt 200 Euro), Vernetzungskosten (Fahrtkosten und Übernachtung auf den Treffen je für eine Person: 450 Euro bewilligt (beantragt 900 Euro). Gesamt: 1.450 Euro. Der AG stehen 2019 2.450 Euro zur Verfügung.

7. Binding Treaty-Kampagne

Thema/Produkt	Beantragt	bewilligt	Ergebnis
Druckkosten Materialien	4.000 €	2.000 €	2.000 €
Fahrtkosten, auch international	4.000 €	2.000 €	2.000 €
Übergabe Unterschriften	500 €	500 €	500 €
Binding Treaty-Bündnis Materialien&Aktivitäten	1.500 €	1.000 €	1.000 €
Handelspolitik Materialien&Aktivitäten	2.500 €	2.000 €	2.000 €
Bündnisbeiträge - Europ. Unterschr.-aktion - Netzwerk Gerechter Welthandel - Deutsche Sorgfaltspflichtkampa - Beitrag CorA	2.000 € 2.000 € 1.000 € 100 €	1.500 € 1.500 € 500 € 100 €	3.600 €
Gesamt	17.600 €		11.100 €

Bewilligt werden 11.100 Euro. Der Finanz AG erscheinen die beabsichtigten Bündnis-- Beitragssummen zu hoch, die geplanten Materialien sollten auch mit weniger Mitteln in ausreichender Auflage produziert werden können.

8. AG Aktion: ** Von den beantragten 2.500 Euro, die über die Grundausrüstung hinausgehen, bewilligt die Finanz AG 1.300 Euro: Die Finanzierung der Posten 1 (Treffen der AG) und 4 (Vernetzungstreffen) sind durch die Grundausrüstung finanziert. Die Bewilligung erfolgt unter der Maßgabe, dass die selbst formulierte inhaltliche Beschränkung und das Kooperationsgebot an die Arbeitsstrukturen eingehalten werden. Die AG verfügt 2019 über 2.300 Euro.

9. AG EKV: ** Von der Antragssumme i.H. von 2.860 Euro bewilligt die Finanz AG 770 Euro. Die im Antrag genannten Planungen bleiben noch sehr unkonkret und vage. Die ersten beiden Posten werden über die Grundausrüstung der AG abgedeckt. Punkt drei (Bündnisbeteiligung (welches Bündnis?): 270 Euro statt 550 Euro Fahrtkosten. Punkt vier: Vernetzung Klimagerechtigkeit: 200 Euro statt 350 Euro Fahrtkosten. Punkt fünf, Bündnisbeitrag (welches Bündnis?): 350 Euro statt 700 Euro. Bildungsveranstaltungen auf Camp (welches Camp?): 150 Euro statt 500 Euro. Bewilligung gesamt: 770 Euro. Der AG stehen 2019 somit 1.770 Euro zur Verfügung

10. AG Finanzmärkte und Steuern I: **: Beantragt wurden 8.500 Euro für zwei Projekte. Für das Projekt Steuerflucht bewilligt die Finanz AG 3.000 Euro (beantragt: 5.000 Euro). Für das Projekt Finanzierung Sozial-ökolog. Transformation bewilligt die Finanz AG 2.500 Euro (beantragt: 3.500 Euro). Der AG stehen im Jahr 2019 2.000 Euro an Grundausrüstung zur

Verfügung. 1.000 davon werden für die o.g. Projekte benötigt. Der AG stehen 2019 insg. 6.500 Euro zur Verfügung.

11. AG Finanzmärkte und Steuern II: Die AG beantragt eine halbe Stelle über zwölf Monate. Die Mittel (ca. 32.000 Euro) sind hierfür nicht vorhanden. Mit der Idee der AG, eine bereits vorhandene Stelle umzuwidmen, bitten wir die Antragsteller, sich an die Büro AG zu wenden. Es werden keine Mittel zur Verfügung gestellt.

12. AG Gruppenunterstützung: Die Finanz AG bewilligt den Antrag in voller Höhe (3.700 Euro). Die Summe wird, wie in den vergangenen Jahren, aus dem Regionalgruppentopf finanziert. Der AG stehen 2019 somit 3.700 Euro zur Verfügung.

13. AG Solidarische Ökonomie: ** Die Finanz AG bewilligt den Antrag in voller Höhe (1.000 Euro). Der AG stehen 2019 somit 2.000 Euro zur Verfügung.

14. Aufstehen gegen Rassismus (Antrag des Kokreis): Der Kokreis beantragt einen Bündnisbeitrag i.H. von 2.500 Euro und begründet ihn mit der politischen Dringlichkeit des Themas und den vielfältigen Projekten des Bündnisses. Ausserdem ist Attac Deutschland Mitbegründerin der Initiative. Die Finanz AG bewilligt 2.500 Euro, 1.000 Euro davon stehen allerdings bereits im Haushaltsentwurf.

15. Marie Dominique Vernhes: Alter Summit Die Bearbeitung erübrigt sich, der Antrag wurde doppelt gestellt (s. Antrag 1.)

16. Marie Dominique Vernhes: Förderung Vernetzung Reg.Gruppen Die Bearbeitung erübrigt sich, da es bisher weder eine Struktur gibt, die das Projekt umsetzen würde, noch einen Beschluss eines Gremiums, diesen Antrag stellen zu wollen. Die im Antrag genannten Ideen zur Unterstützung von Regionalgruppen sind keine anderen als die, die die AG Gruppenunterstützung seit Jahren umsetzt.

17. PG „Alternative für eine solid. Welt“: Keine Bewilligung (Antrag: 1.400 Euro). Die PG hat vom Attac Rat das OK bekommen, zunächst einmal ihre Arbeit aufzunehmen und 2019 den Status einer AG zu beantragen. Der Haushalt sieht bereits eine Grundausstattung für die AG vor.

18. PG Sozial-ökologische Transformation: ** Die Finanz AG bewilligt insg. 5.800 Euro von beantragten 7.500 Euro: Posten a) Fahrtkosten 800 Euro (beantragt 1.200 Euro); Posten b) Materialien 1.000 Euro (beantragt 1.500 Euro); Posten c) Veranstaltungen 3.300 Euro (beantragt 4.000 Euro); d) Aktion 700 Euro (beantragt 800 Euro).

19. Sand im Getriebe: Die Finanz AG bewilligt 500 Euro. Der erste Posten im Antrag (1.000 Euro) ist durch die Grundausstattung bereits gedeckt. Die Finanz AG weist darauf hin, dass SiG bei Beauftragung einer Honorarkraft die Frage des Auftraggebers klären muss (SiG ist keine juristische Person).

** Die folgenden Arbeitsstrukturen bearbeiten in Teilen sehr ähnliche oder identische Themenbereiche: EKV AG, AG Aktion, AG Finanzmärkte und Steuern, AG Solidarische Ökonomie und Schwerpunkt „Sozial-ökologische Transformation“. Wir bitten die genannten Arbeitsstrukturen, sich miteinander zu vernetzen und abzusprechen.

Danke für Euer Vertrauen!

Eure Finanz AG des Kokreises: Maria-Luisa Werne, Kerstin Sack, Dirk Friedrichs, Franz Eschbach, Christian Blank, Johannes Döring, Detlev von Larcher, Andreas van Baaijen

7.2 Haushaltsentwurf 2019

Inhalt	Liquidität	Jahr		
		Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Haushaltsbeschluss				
Jahressumme	Ist	1.730.406,98 €	1.730.660,99 €	-254,01 €
Haushalt 2019	Plan	1.730.406,98 €	1.730.660,99 €	-254,01 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	
1 Attac Bundespräsenz	Ist	1.632.906,98 €	1.137.121,02 €	495.785,96 €
	Plan	1.632.906,98 €	1.137.121,02 €	495.785,96 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.1 Mitglieder / Spendende	Ist	1.626.506,98 €	146.380,81 €	1.480.126,17 €
	Plan	1.626.506,98 €	146.380,81 €	1.480.126,17 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.2 Verwaltung	Ist	400,00 €	132.600,00 €	-132.200,00 €
	Plan	400,00 €	132.600,00 €	-132.200,00 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.3 Personalmittel Verw.	Ist	6.000,00 €	463.565,51 €	-457.565,51 €
	Plan	6.000,00 €	463.565,51 €	-457.565,51 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.4 Gremien	Ist	0,00 €	53.000,00 €	-53.000,00 €
	Plan	0,00 €	53.000,00 €	-53.000,00 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.5 Allg. Öffentlichkeitsarbeit	Ist	0,00 €	181.203,91 €	-181.203,91 €
	Plan	0,00 €	181.203,91 €	-181.203,91 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.6 Internet Präsenz	Ist	0,00 €	149.370,79 €	-149.370,79 €
	Plan	0,00 €	149.370,79 €	-149.370,79 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.7 Investitionsgüter	Ist	0,00 €	7.000,00 €	-7.000,00 €
	Plan	0,00 €	7.000,00 €	-7.000,00 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.8 Internationale Arbeit	Ist	0,00 €	4.000,00 €	-4.000,00 €
	Plan	0,00 €	4.000,00 €	-4.000,00 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2 lokale Gruppen	Ist	40.000,00 €	277.929,22 €	-237.929,22 €
	Plan	40.000,00 €	277.929,22 €	-237.929,22 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3 Zweck-/Gesch.Betrieb	Ist	22.500,00 €	30.425,77 €	-7.925,77 €
	Plan	22.500,00 €	30.425,77 €	-7.925,77 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4 AG	Ist	0,00 €	19.800,00 €	-19.800,00 €
	Plan	0,00 €	19.800,00 €	-19.800,00 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5 Projekte/Schwerpunkte	Ist	35.000,00 €	265.384,98 €	-230.384,98 €
	Plan	35.000,00 €	265.384,98 €	-230.384,98 €
	Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €

7.3 AG Aktion

Finanzantrag zum Herbststratschlag 2018
für die im September 2015 gegründete **AG AKTION**

Die AG AKTION beantragt für das neue Haushaltsjahr eine finanzielle Zuwendung von insgesamt

2.500.- €

Aktivitäten 2017:

Es fanden im vergangenen Jahr zwei physischen Treffen mit den Mitgliedern der AG statt. Sonstige Absprachen fanden in Telefonkonferenzen, bei konkreten Aktionen und der Aktionsakademie statt.

Die AG organisierte 2017 für die Regionalgruppen in Attac insgesamt **10 Aktionsworkshops**, davon zwei auf Regionalgruppentreffen. Die aktivistische Unterstützung der Regionalgruppen soll im kommenden Jahr weitergeführt werden.

Zum Ratschlag soll der **Flyer „Zehn 10-Minuten-Aktionen“** (Arbeitstitel) der AG erscheinen.

Zum Ratschlag sollen **Aufkleber und Banner zum Thema „Rechtsruck“** erscheinen.

Die AG-Aktion bemüht sich um die Gründung lokaler Aktions-AGn und um die Vernetzung lokaler Ansprechpartner für kreative Aktion. 2018 hat sich **in Bremen eine lokale AG-Aktion** gegründet.

Die AG-Aktion beteiligt sich an den Prozessen „Junges Attac“ und „Mitmachen bei Attac“

Die AG-Aktion hat 2018 u. a. folgende Aktionen umgesetzt bzw. war daran beteiligt:

- Adbusting zum Frühjahrsratschlag (Bamberg) → Erstellung, Durchführung, Fotodok.
- Attac-Präsenz bei „Stopp Kohle“ am Hambacher Forst (Buir) → Blockbildung, Twitter
- Attac-Präsenz bei „Ende Gelände“ (Rh. Braunkohlerevier) → für Ende Okt. geplant
- Attac-Block bei NoPoIGNRW (Düsseldorf) → Aktion „Käfig“, Lauti-Orga
- Finance for the people (Frankfurt) → Fotodok., Requisitenerstellung
- Paulskirchenbesetzung (Frankfurt) → mit „Personal“
- STOP RWE-Aufkleberaktion (Köln) → Materialerstellung, Filmen, Videodok.
- Mitmachen bei Attac → Filmclip, Darstellung

Die AG wird aktuell von ca. 13 Aktiven aus Attac betrieben.

Kommende Aufgaben und Schwerpunkte:

Ein Schwerpunkt der AG liegt weiterhin in der aktivistischen Unterstützung der von attac anzugehenden Themen. Hohe Aufmerksamkeit liegt dabei auf Themen, die derzeit ohne eigenen Arbeitszusammenhang bearbeitet werden, z.B. der Kampf gegen Polizeigesetze und Rechtsruck.

Die vernetzte Zusammenarbeit mit Menschen, die kreativen politischen Protest betreiben und die Bereitstellung von Ausdrucksformen, z.B. in den Sozialen Medien wird weiterhin ein wichtiges Handlungsfeld sein. Die Erstellung von Mobiclips und anderer Kurzvideos als

Ausdrucksform und zur Aktionsdokumentation ist gerade für die sozialen Medien und damit für die Attraktivität von Attac bei jüngeren Menschen Attac sehr wichtig.

Im Bereich der Unterstützung größerer Kampagnen taucht die Aktionsform „Klettern“ für Bannerdrop-Aktionen etc. immer wieder auf. Hier arbeitet die AG weiter am Aufbau einer aktionsfähigen Truppe und stellt derzeit Klettermaterial fürs Training zur Verfügung.

Insgesamt gehen die prognostizierten Kosten über die pauschale Gruppenzuwendung von 1.000,- € hinaus. Bei allen aufgeführten Kosten gehen wir von vorsichtigen Schätzungen aus.

Kostenaufstellung:

Posten	Erläuterung	Kosten
Treffen der AG	Fahrtkosten, Raummiete zwei mal jährlich für 8 Leute	800,-€
AdBusting- & Klettermaterial	Farben, Plakate, etc.	500,-€
Grafiken, Videodokumentation	Erstellung, Videoschnitt	800,-€
Vernetzungstreffen	Fahrtkosten, Material	400,-€
Gesamt		2500,- €

Wir bitten den Finanzausschuss, unseren eingereichten Finanzantrag in dieser Form und in der beantragten Höhe zu befürworten und dem Ratschlag vorzuschlagen.

Vielen Dank
Für die bundesweite AG Aktion

Boris Loheide

Die AG Aktion ist unabhängig wie Regionalgruppen und führt eigenständig Aktionen durch. Die Zusammenarbeit mit themenbezogenen AG ist wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Zu speziellen Orten und Zeitpunkten, die bereits durch bestehende Kampagnenkonzepte anderer Attac AGs bestimmt sind, soll möglichst enger Austausch zwischen beteiligten AGs stattfinden. Grundsätzlich überlassen wir in diesem Fall der zuständigen Kampagnengruppe die Wahl der Bild- und Eskalationssprache .

7.4 AG ArbeitFairTeilen

Für zwei bundesweite AG-Treffen benötigen wir an Raummieten, Fahrt- und Übernachtungskosten: 2.200 €

Für eine größere bundesweite Veranstaltung zu Arbeitszeitverkürzung, evtl. im Zusammenhang mit den Europawahlen, werden, in Hoffnung auf Kofinanzierung durch andere, ebenfalls benötigt: 2.200 €

Für den Druck von Flyern und Aufrufen, z.B. zum 1. Mai, brauchen wir: 600 €

Für die Beteiligung am Europäischen Netzwerk für ArbeitFairTeilen (European Network for the Fair Sharing of Work) benötigen wir: 1.000 €

Für die Erstellung von Bildungsmaterialien könnten evtl. noch benötigt werden: 1.000 €

Gesamt 7.000 €

7.5 AG Energie, Klima, Umwelt

Geplante Aktivitäten der EKU AG ab Herbst 2018

Ziel unserer Aktivitäten ist es auch in diesem Jahr wieder, auf einen sofortigen Kohleausstieg hinzuwirken und ökonomische Strukturen als Grund für Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit zu entlarven.

Darum wird die EKU AG weiterhin in den Netzwerken der Klimagerechtigkeits- und Anti-Kohle-Bewegung aktiv sein. Wir möchten dort für Attac wieder stärker eine vernetzende Rolle einnehmen. Hierbei sehen wir einen Schwerpunkt in der Unterstützung der Aktiven und Graswurzelgruppen vor Ort.

Damit knüpfen wir an die Arbeit der AG an, die in diesem Sinne seit 2015 das Ende Gelände Bündnis mit aufgebaut und begleitet hat.

Attac hat sich auch dieses Jahr wieder am Ende Gelände Bündnis beteiligt, und will dies auch für die anstehenden Proteste im Jahr 2019 tun.

Es ist davon auszugehen, dass auch 2019 wieder mindestens eine Massenaktion zivilen Ungehorsams stattfindet, die u. a. von Ende Gelände ausgeht.

Darüberhinaus wird es 2019 wohl auch wieder (mindestens) ein Klimacamp mit Bildungsprogramm geben, auf dem wir mit Angeboten präsent sein wollen.

Die EKU wird außerdem die Vernetzung der europäischen Klimabewegung unterstützen wie z. B. das Climate Justice Action Network, ein Zusammenhang, der sich aus den Mobilisierungen zum Klimagipfel 2015 gebildet hat

Unsere Aufstellung der Posten:

Posten	Erläuterung	Betrag
Treffen der AG	Fahrtkosten, Raummiete (2 Treffen, 7 AG Mitglieder)	560,-€
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der AG	Flyerdruck und sonst. Infomaterial	200,-€
Beteiligung im Bündnis für eine großangelegte Mobilisierung zu den Massenprotesten zum Kohleausstieg	Fahrtkosten (4 Vorbereitungs- 1 Nachtreffen / 2 Menschen der AG)	550 €
Beteiligung an Vernetzungstreffen der europäischen Klimagerechtigkeitsbewegung (Climate Justice Action Network)	Fahrtkosten zu Treffen im europäischem Ausland (2 Personen)	350 €
	Bündnisbeitrag Anteilige Übernahme von Kosten für Flyer, Material, Raummieten	700,00,-€
	Bildungsveranstaltungen auf Camp	500,-
Gesamt		2860,00

Rückfragen an berndliefke@posteo.de, stephan.kettner@attac.de

7.6 AG Finanzmärkte und Steuern

7.6.1 Finanzantrag zu Projektmitteln für zwei Projekte der AG

- a) Fortsetzung Kampagne zu Steuerflucht und Gesamtkonzernsteuer / Europa-Wahl
- b) „Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation“

a) Fortsetzung Kampagne zu Steuerflucht und Gesamtkonzernsteuer / Europa-Wahl

Das Thema Steuertricks der Konzerne begleitet die Arbeit von Attac seit mehreren Jahren. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass Attac in diesem Themenfeld Kompetenz zugebilligt wird und daher die Aktivitäten von Attac bemerkenswerte Medienresonanz finden. Dieses Alleinstellungsmerkmal sollten wir gezielt nutzen, auch um das Attac-Profil in der Öffentlichkeit zu schärfen, unsere Sichtbarkeit zu erhöhen und die Mitgliederbasis wieder auszubauen.

Ziel der Kampagne ist es, die Forderung eines Systemwechsels in der Unternehmensbesteuerung hin zu einer Gesamtkonzernsteuer stärker in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Aktuell laufen hierzu politische Prozesse auf europäischer und internationaler Ebene, die eine Möglichkeit zur wirkungsvollen politischen Intervention geben. Die aktuelle Diskussion um eine Digitalsteuer bieten ebenfalls Interventionsmöglichkeiten. Insbesondere im Vorfeld der Europa-Wahlen sollen Aktionen/Veranstaltungen durchgeführt werden.

Auf Grund der vielfältigen Aktivitäten mussten wir leider unsere Jahrestagung auf Anfang Dezember verschieben. Die konkreten Festlegungen zur Fortsetzung der Kampagne befinden sich daher noch im Vorbereitungsprozess.

Einen großen Stellenwert wird wieder die Einbeziehung von Lokalgruppen in Aktionen und Veranstaltungen haben. Das letzte Jahr hat uns gezeigt, dass hier vermehrt eine persönliche Aktivierung von regionalen Schlüsselpersonen notwendig ist.

Für die Kampagne beantragen wir:

Überarbeitung und Nachdruck vorhandener Flyer	1.000 €
Veranstaltungen: ReferentInnenhonorare, Raummiete (u.a. zur Europa-Wahl)	2.500 €
Aktionsmaterial (Banner, Material für Medienbild, Aktionspakete für Gruppen)	1.500 €
Kurzvideoclip für soziale Medien	1.000 €

Gesamtbedarf Kampagne Unternehmensbesteuerung	5.000 €
---	---------

b) „Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation“

Die Sozial-Ökologische Transformation ist die große gesellschaftliche Aufgabe der nächsten Zeit. Der umfassende Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur in Richtung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit erfordert massive staatliche und private Investitionen. Um glaubwürdig dafür eintreten zu können, benötigen soziale Bewegungen Konzepte, wie diese zu finanzieren sind. Attac wird in Fragen des Finanzsystems besondere Kompetenz zugesprochen; damit bieten sich diese als Schwerpunkt und Alleinstellungsmerkmal für Attac innerhalb des Themenfelds an. Die AG will sich dieser Herausforderung stellen. Sie plant zur Vorbereitung einer Aktion zur „Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation“ eine Tagung mit prominenten Gästen und öffentlicher Resonanz durchzuführen. Dies soll im Vorfeld einer Aktion stattfinden.

Mit der späteren Aktion wollen wir öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema gewinnen. Dazu sind ein geeigneter Zeitpunkt und ein symbolischer Ort (z.B. Tagung von EZB oder KfW) zu wählen. Ergänzend könnte eine Pressekonferenz durchgeführt werden. Da das Problem der Finanzierung eine der entscheidenden Stellschrauben, wenn nicht die entscheidende ist, halten wir es für gerechtfertigt, dieses Thema eigenständig durchzuführen. Selbstverständlich wird dies in Abstimmung mit der zuständigen Projektgruppe erfolgen. Dies ist auch durch personelle Kopplungen gesichert.

Tagung zum Thema	1.500 €
Flyer / Flugblätter	500 €
Aktionskosten / Pressekonferenz	1.500 €
<hr/>	
Gesamtbedarf „Finanzierung sozial-ökologischen Transformation“	3.500 €

Die AG Finanzmärkte und Steuern stellt daher den folgenden Finanzantrag an den Herbststratschlag:

Gesamtbedarf Kampagne Steuerflucht / Gesamtkonzernsteuer	5.000 €
Gesamtbedarf für Projekt „Finanzierung der Sozial-ökologischen Transformation“	3.500 €
<hr/>	
Gesamt	8.500 €

Für die AG Finanzmärkte und Steuern, Alfred Eibl

7.6.2 Verlängerung der Kampagnenstelle

Die AG beantragt die Verlängerung der Stelle für Koordination und Kampagnenkonzeption für die AG um ein Jahr beziehungsweise eine bereits bestehende Stelle dafür umzuwidmen.

Begründung:

Das Thema Finanzmärkte und Steuern ist ein Kernthema und Gründungsthema von Attac (association pour la taxation des transactions financière et pour l'action citoyenne).

Es gibt wenige Gruppen in der Zivilgesellschaft, die neben analytischer Arbeit diese Themen auch mit Aktionen in die Öffentlichkeit tragen. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass Attac in diesem Themenfeld Kompetenz zugebilligt wird und daher die Aktivitäten von Attac bemerkenswerte Medienresonanz finden.

Sehr viele Menschen innerhalb und außerhalb von Attac wünschen sich mehr Aktivitäten in diesen Bereichen, dem die AG aber ohne zusätzliche Unterstützung nicht gerecht werden kann.

Die Aktivitäten der AG im letzten Jahr zeigen, dass die Unterstützung positive Ergebnisse bringt.

Es wurden eine ganze Reihe inhaltlich und organisatorisch erfolgreicher Aktionen durchgeführt:

- Zum Thema Steuerpolitik und unserer Forderung „pay your taxes“ und nach einer Gesamtkonzernsteuer
- Aktionen an Banken
- Aktionen in und vor Apple-Stores in verschiedenen Städten
- Aktionstag mit verschiedenen Aktivitäten an vielen Orten
- Verstärkung der Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Attac-Netzwerkes
- Beteiligung an der europäischen Initiative zu „Finance for the people“ und in deren Rahmen
- Podiumsdiskussion am 14. September zum 10. Jahrestag der Pleite der Lehman Brothers Investment Bank sowie
- Performance in Frankfurt am 15. September

Im nächsten Jahr gilt es nun diese Aktivitäten fortzuführen. Daneben wollen wir uns in die Aktivitäten zum Attac-Schwerpunkt „Sozial-Ökologische Transformation“ einbringen und in diesem Rahmen das Thema „Finanzierung der Transformation durch die Fiskal- Steuer- und Geldpolitik“ bearbeiten und in die Öffentlichkeit tragen. (Siehe dazu auch unseren getrennten Antrag.)

Die Aufgabenstellung für die Stelle bleibt unverändert:

- mit der AG Aktionen für lokale Gruppen konzipieren (die Kommunikation mit den lokalen Gruppen muss von den Kampagnern laufen)
- Monitoring der Entwicklungen (Finanzmärkte, Steuervermeidung, Steuerpolitik usw.)
- Koordination – BundesAG – EAN-AG – KoKreis – Pressegruppe
- Netzwerk aufbauen von Personen vor Ort, um die AG regional verankern

Im Auftrag der Bundes-AG, die den Antrag einhellig unterstützt
Alfred Eibl

7.7 AG Genug für Alle

Einleitung

Im Haushaltsjahr 2017/18 hat die AG die Bündnisarbeit, die mit der BGE17-Tournee mit ca. 12 Veranstaltungen im Jahr 2017 ihren Höhepunkt hatte fortgeführt. Die öffentlich geführten Debatten um Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz (KI) in Verbindung mit einem Grundeinkommen waren Anlass sich verstärkt mit diesen Themen zu befassen. Zusammen mit Personen aus Parteien, Linke, Grüne und Piraten und aus anderen Netzwerken sowie auch Einzelpersonen, wurde im Mai 2018 eine Veranstaltung und im Anschluss eine eintägige Tagung „Digitalisierung, Arbeit 4.0 und Grundeinkommen“ in Frankfurt durchgeführt. Für die Veranstaltung und Tagung konnten Wissenschaftler mit Arbeitsschwerpunkt im Bereich Digitalisierung gewonnen werden. Auf der Tagung wurde das „Frankfurter Manifest emanzipatorisches Grundeinkommen, Digitalisierung? Grundeinkommen!“ verabschiedet.

Planungen für 2018/19

Inhaltlich wird der **Schwerpunkt auf Digitalisierung, KI, Arbeit 4.0 in Kombination mit einem bedingungslosen Grundeinkommen** liegen. Hierzu wird eine umfangreichere Vernetzung mit Akteuren aus der Wissenschaft und den Befürwortern eines Grundeinkommens angestrebt. Der Aufbau eines Arbeitsfähigen Koordinierungskreises auf Bündnisebene für Aktion, Kampagnen und Veranstaltung wird ebenfalls angestrebt. Erste Vernetzungen hierzu sind vorhanden.

Vorgesehen sind eine Tagung im Herbst 2019, der genaue Umfang wird erst noch festgelegt, sowie mehrere Veranstaltungen. In diesem Zusammenhang wird auch verstärkt die Ausstellung Grundeinkommen eingesetzt. Wir werden ein Paket anbieten aus Ausstellung, Vorträgen (zusammen mit Bündnispartnern), Werbematerial und möglichst auch anderen visuellen Darstellungen.

Die schon seit Jahren bestehende **europaweite Vernetzung (UBIE)** wird fortgeführt. Es finden zwei Konferenzen im Jahr statt, an denen die AG mit zwei Personen teilnimmt.

Die Arbeit der AG GfA wird in TKs und auf halbjährlichen Arbeitstreffen koordiniert und geplant.

Finanzen

Tagung bits & bäume vom 17. – 18.11.2018 in Berlin

Bündnistreffen am 16.11.2018 in Berlin

(An beiden Veranstaltungen nimmt die AG teil / 5-6 Personen)

Fahrtkosten	600,00 €
Übernachtungen	600,00 €
Faltblatt Digitalisierung Grundeinkommen	200,00 €

Für das nächste Jahr wird eine **Reihe von regionalen Veranstaltungen** geplant. Sie werden als halbtags, bzw. ganztags Veranstaltungen eine Kombination aus Ausstellung, Vorträgen und Videos sein.

Am 16.11.2018 (Bündnistreffen) werden ebenfalls Planungen für das nächste vorgenommen. Über eventuelle Kosten kann noch keine Aussage getroffen werden.

Kosten am Beispiel eines regionalen Treffens:

Raummiete	50,00 €
Honorare für Referenten (zwei Personen)	500,00 €
Technik	50,00 €
Fahrtkosten (zwei Personen / Referenten)	200,00 €
Gesamt:	800,00 €

Die AG geht davon aus, dass mindestens die Hälfte der Kosten von den regionalen Partnern getragen wird, somit beträgt der Kostenansatz für ein regionales Treffen 400,00 €. In einem ersten Ansatz sind vier Veranstaltungen geplant, die anschließend zu evaluieren sind und bei positiven Ergebnissen durch weitere ergänzt werden.

Kostenansatz für vier Veranstaltungen daher 1.600,00 €

Beitrag Arbeitskreis Digitalisierung (beim Netzwerk GE) 1.000,00 €
Beitrag UBIE 200,00 €

UBIE-Vernetzung

Fahrtkosten ca. 150 € pro Person 600,00 €
Übernachtungen ca. 150 € pro Konferenz 300,00 €

Gesamt: 5.100,00 €

Aus dem Etat für AGen (1.000 €) werden die allgemeinen Aufgaben der AG finanziert.

Allgemeine AG-Arbeit – Arbeitstreffen 2019 600,00 €
Flugblätter und weitere Flyer

Die AG wird sehr viel mehr als bisher auf mediale Darstellung ihrer Inhalte und Ziele setzen. Wir versprechen uns eine wesentlich größere Wahrnehmung unserer Arbeit, als dies durch doch relativ statische Webseiten möglich ist. Erste Erfahrungen auf Facebook zeigen dies. Ebenso die Verlinkung des Films in Netzwerke hinein, die bisher nicht mit dem Grundeinkommen in Berührung gekommen waren.

Für diese neue mediale Ausrichtung werden wir weitere Videos produzieren, die einfach in der Herstellung sind, wenn sie dann und nicht unbedingt professionellen Ansprüchen genügen dürften. Hierfür werden wir Interviews, Statements und andere Materialien zusammentragen. Kosten können hierfür noch nicht benannt werden.

Ansprechpartner: Hardy Krampertz

7.8 AG Kommunen

Tagung „Kommunen und Wohnen“

Die Attac AG „Kommunen“ führt 2019 in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern eine Tagung zum Thema Wohnen und Kommunen (Arbeitstitel) durch. Die Tagung soll im Format an die bisher bereits drei Mal durchgeführten Tagungen anknüpfen. Als neues Element sollen bei mindestens einer der Diskussionsrunden bei der Tagung Teilnehmende aus anderen europäischen Ländern über Internet zugeschaltet werden um neue Möglichkeiten der Vernetzung auszuprobieren.

In einer wachsenden Zahl europäischer Städte - von London bis Barcelona, von Stockholm bis Frankfurt, von Oldenburg bis Rüsselsheim - herrscht ein zunehmender Wohnungsmangel. Diese Wohnungsnot ist keine allgemeine, wie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern eine besondere, auf bestimmte Teilräume, Teilmärkte und Bevölkerungsgruppen beschränkte. Einem anhaltend schrumpfenden Marktsegment „bezahlbarer Wohnungen“ steht – vor allem in Großstädten und Wachstumsregionen - eine steigende Zahl hochpreisiger Luxuswohnungen gegenüber. Hauptbetroffene sind nicht nur die Angehörigen unterer Einkommensschichten, sondern zunehmend auch Angehörige der Mittelschicht.

Ursache dieser Entwicklung sind nicht allein die renditeorientierten Aktivitäten Privater: Aufwertung von Altbaubeständen für einkommensstarke Mieter und Käufer wie auch Errichtung teurer, zunehmend der Kapitalanlage dienender Neubauwohnungen. Sie ist auch Ergebnis der Wohnungspolitik der öffentlichen Hand: drastische Reduzierung des öffentlich geförderten „Sozialen Wohnungsbaus“, der allerdings das Manko hat, immer nur befristet und nicht dauerhaft angelegt zu sein, Streichung der Wohnungsgemeinnützigkeit, Verkauf kommunaler Wohnungsbestände an internationale Finanzinvestoren („Finanzialisierung“ des Immobilienmarktes) etc. Eine maßgebliche Rolle spielt aber auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes mit ständig steigenden Zahlen prekärer Beschäftigungsverhältnisse und stagnierenden wie rückläufigen Löhnen.

Die Wohnungsfrage gehört also in Deutschland ganz oben auf die politische Agenda.

Die Tagung soll

- sich mit den oben genannten Ursachen für die Wohnungsmisere beschäftigen und Auswege aus der Wohnungskrise aufzeigen (Neue Gemeinnützigkeit, Reform des Bodenrechts und der Grundsteuer, kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbau, Schaffung eines dauerhaften, bezahlbaren und der Renditelogik entzogenen Wohnungsbestandes),
- positive Beispiele kommunaler Wohnungspolitik beleuchten und
- politische Interventionsmöglichkeiten diskutieren.

Mögliche Kooperationspartner für die Veranstaltung sind: Ver.di, Mehr Demokratie, KAB, RLS, Wohnungspolitische Initiativen, Mietervereine

Die Tagung soll in Frankfurt stattfinden.

Finanzierung:

Kosten (8.000 Euro):

- Personalkosten / Honorare: 5.500 Euro
- Reisekosten 1.000 Euro
- Materialien 500 Euro
- Kosten für Raum, Technik, etc. 1.000 Euro

Einnahmen(6.500 Euro):

- Teilnehmendenbeiträge 500 Euro
 - Beiträge Bündnispartner 6.000 Euro
- Mittel Attac 1.500 Euro

7.9 AG Solidarische Ökonomie

Die attac-AG Solidarische Ökonomie propagiert seit ihrer Gründung 2007 solidarisches und damit ökologisches und gemeinschaftliches, selbstverwaltetes Wirtschaften auf regionaler und globaler Ebene. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in Deutschland.

Im vergangenen Jahr haben wir begonnen einen Kurzfilm zu Solidarischer Ökonomie zu konzipieren. Diesen Film möchten wir in 2019 fertigstellen.

Hierzu beantragen wir zusätzliche 1000,- €.

Inhaltlich geht es uns darum, dass Demokratie vor der Ökonomie nicht halt machen darf. Und: Wir wollen Alternativen aufzeigen, indem wir deren praktische Umsetzung sichtbar machen – und zum Mit- und Nachmachen aufrufen. Denn so wie die Abschaffung der Atomkraft ohne die Entwicklung und Stärke der erneuerbaren Energien kaum durchsetzbar gewesen wäre, so braucht es auch eine solidar-ökologische Ökonomie, um die vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen zu durchbrechen und mittelfristig zu überwinden. Wer keine Alternative kennt, schließt sich nicht an, sondern hat im Gegenteil Angst vor Veränderung und Chaos. Und wählt dann womöglich noch neoliberale bis Fremdenfeindliche Parteien, um sich an den Resten von Sicherheit und Bekanntem oder den eigenen Pfründen festzuhalten.

Für die Realisierung des Films möchten wir unsere Kooperationspartner von imWandel e.V. beauftragen, die bereits zu dem Thema arbeiten und teilweise vorhandenes Film-Material über solidar-ökologische Betriebe und Projekte nutzen könnten - s.

<http://berlin.imwandel.net/> und <http://brandenburg.imwandel.net/>

Nur so wird es möglich, mit einem so kleinem Budget einen Film zusammen zu stellen.

7.10 AG Soziale Sicherungssysteme

Wir beantragen für das neue Jahr zusätzlich zu den regulären Mitteln, die bei 500 Euro? liegen, 1000 Euro als Beitrag der AG für die im kommenden Jahr vom Bündnis "Krankenhaus statt Fabrik" geplanten Veranstaltungen. Zwar ergibt eine Auskunft des Büros, dass wir im laufenden Jahr nur 44 Euro ausgegeben hätten, aber da sind einige Posten noch nicht gebucht (allein deutlich über 200 Euro Fahrkosten) beziehungsweise fallen in den beiden letzten Monaten erst an, nämlich der Kongress des Bündnisses Krankenhaus statt Fabrik "Was kommt nach den Fallpauschalen" am 19.-21.10. in Stuttgart und die Arbeitstagung/Workshop der Plattform Globale Gesundheit "Digitalisierung im Gesundheitswesen. Ein Wundermittel auf dem Weg zu Gesundheit für Alle?" am 9.11. in Berlin. In beiden Arbeitszusammenhängen sind wir aktives Mitglied und müssen uns anteilig an den Kosten beteiligen. Die lassen sich allerdings erst genau beziffern, wenn die Veranstaltungen abgerechnet sind. Wir rechnen in beiden Fällen mit einigen Hundert Euro. Für Berlin werden noch Fahrkosten hinzukommen. Beide Bündnisse planen weitere Aktivitäten für das kommende Jahr, sodass wir auf die beantragten Gelder angewiesen sind.

7.11. PG Freihandel

TTIP/CETA-Proteste haben viele Menschen für Welthandelsthemen sensibilisiert. Seit TTIP auf Eis gelegt und CETA vorläufig angewendet ist, flaut der öffentliche Protest ab, obwohl von der EU an zahlreichen anderen Verträgen verstärkt weiterverhandelt wird. Die TTIP-Bündnisse wie auch Attac finden es weder strategisch sinnvoll noch erfolgversprechend, sich nur immer wieder mit denselben Argumenten gegen immer neue Abkommen in Stellung zu bringen – stattdessen generalisieren wir unsere Kritik und setzen auf positive Gegenmodelle. Eines unserer Arbeitsvorhaben ist die Arbeit an Diskurs-Beiträgen für einen gerechten Welthandel, das andere eine Kampagne zur Unterstützung einer konkreten UN-Initiative zu einem Binding Treaty: Menschenrechte müssen endlich Vorrang bekommen vor Handels- und Investitionspolitik.

Zu diesem Zweck arbeiten wir bereits seit Mitte 2017 in den entsprechenden deutschen und internationalen Bündnissen mit und ergänzen deren Expertise- und Lobbyarbeit um unser Bewegungsmoment. Vor kurzem starteten wir unsere Binding Treaty-Kampagne „Menschenrechte vor Profit - weltweit!“, die wir zusammen mit medico international organisieren; sie wird Anfang 2019 in die auf europäischer Ebene beginnende Unterschriftenkampagne gegen Konzernklagerechte und für Konzernverantwortung münden. Die Unterstützung des Binding Treaty sowie abgeleiteter Gesetzgebungen auf europäischer und auf nationalen Ebenen wird spätestens dann zu einem großen, allgemeinen Bewegungsthema werden.

In Verbindung damit werden wir auch unsere Arbeit zu den laufenden Handelsabkommen und in den handelspolitischen Netzwerken weiterführen. In den Bündnisdebatten wurde die Abwehr von Konzernklagerechte (sei es als private Schiedsgerichte ISDS oder als Schiedsgerichtshof MIC) als gleichermaßen öffentlich, politisch wie auch strategisch wirksamster Aspekt festgestellt, um der Konzernagenda in der EU-Handelspolitik einen empfindlichen Dämpfer zu verpassen. Die o.g. breit aufgestellte, vielversprechende europäische Unterschriftenaktion ist das Ergebnis dieser Debatten, ihre Zusammenführung mit Forderungen nach mehr Konzernverantwortung ist nicht zuletzt dem Impuls von Attac zu verdanken. Wir rechnen damit, dass die Aktion EU-weit eine hohe Durchschlagskraft bekommen wird und hoffen auf eine Dynamik vergleichbar zur sEBI gegen TTIP/CETA 2014/2015. Um dies zu bewerkstelligen, müssen wir sicherstellen, dass wir 2019 mit den Bündnisaktivitäten mithalten können: Hinsichtlich aktiver Beteiligung im Bündnis, Materialbestellung und -verteilung, Beteiligung an Aktionstagen und Demos etc. Im Rahmen dieser Aktivitäten werden die laufenden Proteste gegen CETA, JEFTA, EPAs etc. aufgegriffen und weitergeführt werden.

Finanzaufstellung und Antrag

Ausgaben	Vss. Höhe
Druckkosten div. Kampagnenmaterialien (Flyer, Postkarten, Factsheets; Nachdrucke)	4.000 €
Fahrtkosten, incl. Fahrt- und Übernachtungskosten zu internationalen Treffen	4.000 €
Übergabe unserer gemeinsamen Attac/medico-Unterschriften im Januar; (Appell für die Achtung der Menschenrechte im Welthandel!) weitere Medienaktionen	500 €
Beteiligung BT-Bündnismaterialien und -aktivitäten 2019	1.500 €
Handelspolitische Aktionen und Materialien 2019 (z.B. Demo 19.01. "Wir haben es satt", Aktionskonferenz NGW, Aktionstag)	2.500 €
Bündnisbeiträge 2019 (beinhaltet: Beitrag für europ. Unterschriftenaktion 2.000 €; Beitrag Netzwerk Gerechter Welthandel 2.000 €; Beitrag Deutsche Sorgfaltspflichtkampagne 1.000€; Mitgliedsbeitrag CorA-Netzwerk (100 €)	5.100 €

7.12 KoKreis

Finanzantrag zur weiteren Unterstützung von „Aufstehen gegen Rassismus“

Direkt, nachdem im Frühjahr 2016 die AfD mit erschreckend hohen Prozentzahlen in drei Landtage hat einziehen können, haben sich tausende von Menschen und viele Organisationen, darunter Attac, auf den Aufruf „Aufstehen gegen Rassismus“ verständigt. Aus diesem Aufruf ist mittlerweile eine öffentlichkeitswirksame Kampagne entstanden, die sich dem gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck sowohl mit Aktionen und der Unterstützung von Gruppen vor Ort als auch mit ehrenamtlich getragenen Bildungsangeboten entgegen stellt, und die von Attac Deutschland seit zwei Jahren engagiert unterstützt werden.

Die Kampagne möchte ihre Aktivitäten gerade angesichts der erschreckenden rassistischen Mobilisierungen der vergangenen Monate und der ungebremsten Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts bis rechtsaußen unbedingt weiterführen:

- Mit der Fortführung der von Multiplikator*innen getragenen Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung sollen politische und gewerkschaftliche Gruppen, aber auch Vereine, Kirchenverbände, Initiativen für Geflüchtete etc. weiterhin Zugang zu einem antirassistischen Empowerment-Training erhalten, das Menschen in der gesamten Breite der Gesellschaft mit Kompetenzen in der Begegnung rechtspopulistischer und rassistischer Äußerungen ausstattet.
- Vor den Europawahlen im Jahr 2019 baut die Kampagne darüber hinaus den europäischen Erfahrungsaustausch aus und sucht die Vernetzung mit weiteren Organisationen.
- Die Kampagne will darüber hinaus Menschen und Gruppen empowern und unterstützen, die sich der AfD und rechtsradikalen Gruppen entgegenstellen und erfolgreich in vielen Städten breite Bündnisse gegen rechts auf die Beine stellen.

Für Attac steht dieses Engagement nicht nur in einem unmittelbaren Kontext zu seinem – durch die Bündnisbeteiligung öffentlich verdeutlichtem – Selbstverständnis, gemäß dem Rassismus und andere Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ebenso wie Chauvinismus und ein antiemanzipatorischer Anspruch keinen Platz in einer solidarischen Welt finden dürfen, sondern die Einbringung in die Kampagne unterstreicht auch unseren Anspruch, neoliberale Konzepte umfassend zu bekämpfen und dabei möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen, die unter diesen leiden, einzubeziehen. Offene Bildungsangebote wie die niedrigschwellige Stammtischkämpfer*innen- Ausbildung gegen Rassismus, die auch von vielen Attacies angeboten wird, sind für zahlreiche Teilnehmer*innen darüber hinaus oftmals ein erster Kontakt zu praktischem und wirksamem politischen Engagement vor Ort, der sie zum Beitritt bei Attac oder verwandten Organisationen ermutigen kann.

Attac hatte für „Aufstehen gegen Rassismus“ anfangs 5.000 EUR im Jahr reserviert, wovon 2.500 EUR direkt in die Kampagne eingeflossen sind und weitere 2.500 EUR für interne Kosten (für Reisen etc.) vorgesehen waren. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzsituation von Attac wurden für die Weiterführung der Kampagne für die Periode 10/2017 bis 10/2018 die internen Kosten deutlich reduziert und nur noch 3.500 EUR beantragt. Um der Kampagne selbst nicht eine notwendige Säule ihrer bislang noch mangelnden Finanzierung zu entziehen, soll sie auch weiterhin mit 2.500 EUR unterstützt werden – eine Neubeantragung von Mitteln erfolgt angesichts der verschlechterten Haushaltslage von Attac D mit diesem Antrag dagegen nicht mehr.

Der KoKreis beantragt somit zur Weiterführung von „Aufstehen gegen Rassismus“ den Bündnisbeitrag i. H. v. 2.500,- EUR

7.13 PG Alternative für eine solidarische Welt

Rund zwanzig Jahre nach der Gründung von Attac zeichnen sich als Folge der fortschreitenden Dauerkrise des Wirtschaftssystems europaweit Entwicklungen ab, die Ähnlichkeiten zu denen der 1920er/30er Jahre aufweisen: Durchsetzung von Austerität und Sündenbockpolitik anstelle von Umverteilung und Regulierung, die Bildung eines Bündnisses von Konservativen und nationalistischen Kräften gegen marginalisierte Gruppen und linke Politik, Tendenzen der nationalen Abschottung anstelle von internationaler Kooperation. Damals entluden sich die ungelösten Spannungen in Weltkriegen. Heute können und wollen wir daran mitwirken, dass es nicht wieder soweit kommt:

Vor diesem Hintergrund hat sich zu Beginn des Jahres 2018 eine Projektgruppe gegründet, die sich dieses Themas annehmen möchte. Der Rat ist über die Gründung dieser neuen PG informiert, ebenso wie über deren Ziel, sich nach dem üblichen Jahr nachgewiesener Arbeit als dauerhafte Arbeitsgruppe zu etablieren:

Die AG will den aufklärerischen, emanzipatorischen und solidarischen Konsens innerhalb der Bewegung stärken und dessen Unvereinbarkeit mit den Diskursen der alten und Neuen Rechten deutlich machen. Dazu gehören die De-Mystifizierung und argumentative Zurückdrängung der anti-aufklärerischen und menschenfeindlichen Diskurse rechter Kräfte, einschließlich ihres Antisemitismus und der Verschwörungsideologien, die in Attac keinen Platz haben, sowie die Schulung von Medien- und Methodenkompetenz zur Unterscheidung von Informationen und anti-aufklärerischen Scheinwahrheiten als auch die Beteiligung an neuen, kritischen Analysen zur Globalisierung und Finanzialisierung.

Um arbeitsfähig zu sein, beantragt die Projektgruppe zum Herbststratschlag 2018 folgende Mittel:

Die Höhe der beantragten Mittel orientiert sich an Erfahrungswerten a) aus einem bisher ersten Treffen der Projektgruppe und b) zu den Kosten des Drucks eines üblichen Flyers von Attac.

Mittelfristig plant die PG bzw. (nach einem Jahr nachgewiesener Tätigkeit) AG die Veranstaltung einer Konferenz zu den von ihr bearbeiteten Themen. Angesichts der extrem schwierigen Haushaltslage von Attac Deutschland werden für diese derzeit keine Mittel beantragt – dies soll entweder zum Herbststratschlag 2019 erfolgen oder durch eine Beantragung von Drittmitteln kompensiert werden.

7.14 PG Europa

Die ohne eigene Finanzausstattung arbeitende Projektgruppe Europa möchte nach der erfolgreichen Arbeit zum Thema Europa und insbesondere der Kongressvorbereitung ihre Arbeit im Jahr 2019 fortsetzen. Wir gehen davon aus, dass der Herbststratschlag zu dem Ergebnis kommen wird, dass die vom Kongress angestoßene gesellschaftliche Debatte zu dem Thema Europa fortgesetzt werden sollte. Da eine Anerkennung als AG nicht mehr rechtzeitig möglich ist, beantragen wir für die Durchführung europapolitischer Projekte für den Haushalt 2019 den Betrag von 3000 €.

Dieser Betrag dient der Realisierung folgender Projekte:

1. Arbeitstreffen der PG zur internen Diskussion der Arbeit des vergangenen Jahres einschließlich des Kongresses und Arbeitsplanung für 2019.
2. Öffentliche Veranstaltung im April (nach dem voraussichtlichen Brexit und unmittelbar vor den Wahlen zum Europaparlament) unter Beteiligung von Attac UK, RLS Brüssel

und Organisationen aus dem Kreis der Kongress-Kooperationspartner.

3. Gemeinsame Veranstaltung mit den AGen Internationales, Globalisierung und Krieg sowie mit den Kooperationspartnern Bundesausschuss Friedensratschlag und Informationsstelle Militarisierung zum Thema „Frieden von Lissabon bis Wladiwostok – Für ein gesamteuropäisches Abkommen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“.
4. Eine Attac-interne Veranstaltung „Positionen und Konflikte in der EU-Debatte“. Gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Beirat.
5. Umwandlung der Kongress-Website in eine ständige Seite zur Europapolitik.

Die Ausgaben betreffen Raummieten und Fahrgelder.

Die Projekte 2 und 3 sind schon jetzt erkennbare Ergebnisse aus der Kongressvorbereitung. Dazu würden wir Büroressourcen aus den Bereichen Presse und Öffentlichkeitsarbeit und Drittmittel in Anspruch nehmen. Für das Projekt 5 benötigen wir die Beteiligung des Webteams.

Da die Aktivitäten zum europäischen Netzwerk Altersummit der PG zugeordnet wurden, wird des weiteren der Betrag von 1.500 € beantragt. Für die Beteiligung an Alter Summit wurde für dieses Jahr (wie in den Jahren zuvor) 500 Euro als Mitgliedsbeitrag (Attac DE ist Mitglied von Alter Summit) und 1000 Euro für Material und Reisekosten. Es wäre auch gut, wenn mehr als eine Person (meistens nur ich) an den Treffen teilnehmen würde.

Finanzverantwortlicher: Hugo Braun

7.15 PG Sozial-ökologische Transformation

Die Finanzierung soll die Planung und Durchführung des Schwerpunkts im nächsten Jahr sichern.

Fahrtkosten sollten für mindestens drei physische Treffen gewährleistet sein.

Eine möglichst rege Beteiligung der Regionalgruppen ist Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des Schwerpunkts. Entsprechend sollte eine Speakerstour teilweise aus den Töpfen der Regionalgruppen finanziert werden, auch eine Beteiligung an Reisekosten ist denkbar.

Eine Fachtagung sollte in Kooperation mit anderen Organisationen veranstaltet werden, jedoch unter Federführung von Attac. Bei einem Pixibuch wäre eine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren denkbar, denen ebenso wie Attac an leicht verständlichen Darstellungen komplexer Zusammenhänge liegt. Möglicherweise kann an das in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung entstandene Video „Die Wachstumsmaschine“ angeknüpft werden.

Wir möchten deshalb 7.500 Euro aus dem Projektetopf beantragen:

Kosten fallen an für	
Reisekosten für drei PG-Treffen	1.200,00 €
Kampagnenmaterial	
Plakat/Flyer	500,00 €
besonderes Kampagnenmaterial (z.B. Pixibuch)	1.000,00 €

Veranstaltungen	
Speakers' Tour (Teilfinanzierung, Rest von RGs)	1.000,00 €
Fachtagung	2.000,00 €
Teilnahme an Konferenzen	1.000,00 €
medienwirksame Aktion	800,00 €
Summe	7.500,00 €

7.16 Rat-AG Gruppenunterstützung

Die AG Gruppies beantragt für 2019 ein Budget von **3700,00 Euro**. Das Geld soll für die folgenden Vorhaben verwendet werden.

Gruppengründungen, bzw. Wiederbelebungen: 1600,00 Euro

Kopien, Porto und Fahrtkosten für 15 Gründungs- bzw. Wiederbelebungsprozesse

Porto	: 400,00	Euro
Kopien	: 200,00	Euro
Fahrtkosten	: 1000,00	Euro

	1600,00	Euro

Veranstaltungen (Gruppenfortbildungen und Unterstützung von Regionaltagen 2019): 1500,00 Euro

Räume	: 250,00	Euro
Fahrtkosten	: 600,00	Euro
Versand	: 400,00	Euro
Flyer	: 250,00	Euro

	: 1500,00	Euro

Fahrtkosten: 600,00 Euro

2 Treffen pro Jahr jeweils ca. 5 Leute Fahrtkosten

3700,00 Euro

Erläuterung/Begründung

Die ersten beiden Posten des Antrages entsprechen denen der vergangenen Jahre, nur dass wir zusätzlich verstärkt Fortbildungstage für Regionalgruppen zum Thema, wie gestalte ich meine Gruppe attraktiv, initiieren.

7.17 Rat AG Altvater-Symposium

»Zu welchem Ende betreiben wir Kapitalismuskritik?«, hat Elmar Altvater in seiner Abschlussvorlesung am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin gefragt. »Wir betreiben sie in praktischer Absicht, weil wir die Welt verändern müssen, wenn wir wollen, dass sie bleibt. Die Geschichte ist nicht am Ende. Es gibt Alternativen.«

Diese Sätze verdeutlichen das Spezifische seines Wirkens: die wissenschaftliche Analyse als Hebel und Werkzeug für politisches Handeln - gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen, die in hohem Maße gefahrenträchtig und destruktiv sind. Und Altvater durchleuchtete nicht nur die ökonomischen Kontexte, sondern mischte sich ein in die politischen Auseinandersetzungen - auch da geprägt vom Marx'schen Impuls: die Welt nicht nur genauer zu verstehen, sondern sie durch konkrete gesellschaftliche Intervention zu verändern. So in zivilgesellschaftlichen Bündnissen wie ATTAC und IPPNW, in deren wissenschaftlichen Beiräten er mitwirkte, aber auch auf dem schwierigen, nicht selten entbehrensreichen Terrain politischer Parteien – er war über Jahre in der Partei der GRÜNEN aktiv, nach deren Abkehr vom Pazifismus (anlässlich des Jugoslawienkriegs) dann später als ein wichtiger Inspirator der LINKEN.

Früher als viele andere setzte sich Altvater in seiner wissenschaftlichen Arbeit mit Globalisierung auseinander. Wesentlich für sein Wirken sind seine zahlreichen Publikationen und Buch-Veröffentlichungen, so etwa die 2005 erschienene Untersuchung „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“, in der er sich insbesondere mit dem angesichts von Klimakatastrophen und Ressourcenerschöpfung offenkundig unabdingbaren Ende des fossilen Energiezeitalters und den damit verbundenen, dringlichen und tiefgreifenden Strukturveränderungen befasst – ein bedeutendes Thema für ATTAC. Sein besonderer analytischer Beitrag ist ein „holistischer“, ein ganzheitlicher Ansatz - aus der Überzeugung heraus, dass „eine umfassende politische Antwort auf die multiple, auf die ‚Mehrebenen‘-Krise nur gegeben werden kann, wenn der systemische Zusammenhang der Krisenprozesse geklärt ist.“

Durch seine erhellenden Analysen verdeutlichte er uns den „Entropie“-Gehalt der herrschenden Rohstoffwirtschaft – etwa die Zerstörung hochkomplexer, genetisch reicher ökologischer Systeme zum Zweck der Energiegewinnung, zur Befriedigung kurzfristiger Profitinteressen.

Mit einer Fülle wissenschaftlichen Materials belegte Altvater seine These, dass die kontinuierlich sich verschärfende globale Klima- und Umweltkrise innerhalb eines auf permanentem Wirtschaftswachstum basierenden kapitalistischen Systems mit ständig steigendem Ressourcenverbrauch nicht zu lösen ist.

Dieser systemische Blick auf die historische Entwicklung - die Folgen und die lebensnotwendige Überwindung des Zeitalters der fossilen Energiegewinnung mit allen ihren Konsequenzen- stellt eine wichtige Ressource für unsere politische Arbeit dar, die wir unbedingt für unsere weitere Praxis sichern sollten.

Deshalb unser Projekt eines Symposions, welches wichtige Impulse von Altvaters wissenschaftlich-politischer Arbeit präsentiert, und zum Diskurs darüber einlädt, wie wir solche Elemente für unsere Ziele weiter wirksam werden lassen können.

Organisatorisches:

zu diesem Projekt von ATTAC sollen als weitere Träger eingeladen werden:

- IPPNW –
- PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft
- Verlag Westfälisches Dampfboot - -
- BdWi Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Das Symposium soll am voraussichtlich am 11. Mai eintägig in Berlin stattfinden.

Kostenschätzung: Raum € 500 Fahrkosten € 1.500 Sonstiges € 500
ggfs. Honorare (für Organisationsarbeit) € 1.500

Die Kosten sollen unter den Kooperationspartnern aufgeteilt werden.

Link zur Seite von PROKLA: Die neue Ausgabe ist nun erschienen und die Sonderseite findest du unter: altvater.prokla.de

Bisherige Rückmeldungen:

PROKLA hat Interesse und wartet auf unseren Text

BdWI hat Interesse

Westfälisches Dampfboot hat Interesse

7.18 Sand im Getriebe

„Sand im Getriebe“ ist ein elektronischer Newsletter der deutschsprachigen Attac-Bewegung (Attac Deutschland, Österreich, Schweiz)

<http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at>

Die **Internationalität**, also der Blick über die (Sprach)grenzen hinaus, ist uns wichtig. Wir berichten über Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung in den verschiedenen Kontinenten und über die **Widerstände** der sozialen Bewegungen weltweit. Wir dokumentieren die vielfältigen **Debatten** in der altermondialistischen Bewegung. „Sand im Getriebe“ soll einen **Bildungsbeitrag** leisten nach dem Motto „Comprendre pour agir“ (Verstehen um zu handeln).

Seit Ende 2001 sind 129 Nummern und 28 weitere Veröffentlichungen (Reader, Sondernummer usw.) erschienen.

Mit Hilfe des Gesamtverzeichnisses können Artikel nach Theman /Autoren gesucht werden. http://www.attac.de/uploads/media/Inhaltsverzeichnis_aller_Nummern_2002-2017_-_Stand_Dezember_2017.pdf

Ende 2014 haben wir zusätzlich die **SiG-Werkstatt** eingerichtet: wir veröffentlichen dort einzelne Texte vor dem Erscheinen der neuen Ausgabe, Zusatzmaterialien bzw. Texte, die für das Format von SiG zu groß sind. Dazu gehören auch „Sondernummern“ z.B. über Frankreich, Griechenland, Dokumente für das Seminar über die Beziehungen zwischen Afrika und der EU auf der europäischen Sommeruniversität 2014 in Paris, u.a.m. . <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

Ca. die Hälfte der SiG-Texte sind Übersetzungen, die ehrenamtlich - zum großen Teil von dem Übersetzungsnetzwerk coordinat - gemacht wurden. (<http://www.coordinat.attac.org/?lang=de>).

Die redaktionelle Arbeit erfolgt seit Anfang an ehrenamtlich.

Attac Deutschland hat bisher einen Teil der Unkosten (Druck für kostenlose Exemplare, Info- und Werbematerial, Büromaterial und Fahrtkosten) mit rund 1000 Euro pro Jahr getragen. Außerdem wurden Kosten für eine Hardwareanschaffung, die zeitweilige Unterstützung durch eine Honorarkraft (ca. 3500 Euro) und Teilkosten einer umfangreichen Übersetzung (http://www.attac.de/uploads/media/Wahrheitskommission_DE.pdf) übernommen.

Finanzantrag

Wir beantragen für die laufenden Tätigkeiten von „Sand im Getriebe“ im Jahr 2019

1. **1000 Euro** (Druckkosten für Flyer und kostenlose Druckexemplare; Büromaterialien; Fahrtkosten).

2. Unterstützung der Verwaltungsarbeit der Redaktion durch eine Honorarkraft: **500 Euro** (Fortführung der thematischen Ordnung der Artikel und Aktualisierung des gesamten Inhaltsverzeichnisses; Hard- und Software-Unterstützung; Versand von gedruckten Exemplaren).

Marie-Dominique Vernhes, für die SiG-Redaktion, 14.10.2018

sig@attac.de

7.19 Marie-Dominique Vernhes für Alter Summit

Für die Beteiligung von Attac DE an den Aktivitäten und Treffen von AlterSummit beantrage ich für das Jahr 2019 **1500 Euro**:

- Beitrag (Attac DE ist Mitglied von AlterSummit) von 500 Euro
- Reisekosten von möglichst 2 Attac-Mitgliedern und Veröffentlichungskosten: 1000 Euro

Alter Summit wurde **2012** gegründet; es ist ein **Netzwerk** von Organisationen, Gewerkschaften und Sozialbewegungen aus ganz Europa: „Die führenden Kräfte Europas, insbesondere die der Kommission, des ECOFIN-Rats und der Europäischen Zentralbank, nutzen die gegenwärtige Krise, um eine neoliberale Ordnung durchzusetzen, die dem Ideal eines demokratischen, sozialen und ökologischen Europas entgegensteht. (...) **Alternativen existieren. Was heute fehlt, ist ein Kräfteverhältnis, mit dem diese Alternativen auch realisiert und politische Prozesse in Gang gesetzt werden können**“ (Aufruf von 2012)

Auf dem Europa-Kongress in Kassel (Okt. 2018) waren die TeilnehmerInnen am WS von AlterSummit einhellig der Meinung, dass eine europäische Vernetzung der Kämpfe und Analysen dringend nötig ist.

Einige Aktivitäten von AlterSummit:

- gegen das Transatlantische Abkommen (**TTIP**) und andere Wirtschaftsabkommen, z.B. **EPAs**

- **Griechenland:** Die **Vernetzungsversammlung vom 28. März 2015 auf dem Weltsozialforum in Tunis**, die u.a. von Alter Summit initiiert worden war, schlug eine Reihe von **Solidaritäts-Aktionen** vor, die von den Alter Summit-Mitgliedsorganisationen in den darauf folgenden Monaten mitgetragen wurden.

- **Oktober 2015:** Aktionstage in Brüssel unter dem Motto „**Oxi! Basta! Enough! Bauen wir ein anderes Europa auf!** NEIN zu Austerität, Armut, TTIP, Rassismus und Korruption! JA zur grenzenlosen Solidarität!“

- Alter Summit hat die Kämpfe in **Frankreich** gegen das neue Arbeitsgesetz unterstützt und zu Solidaritätsaktionen aufgerufen: „**Rote Karte für das Loi Travail**“ (Juni 2016)- Solidaritätserklärung (Nov 2017); Frühjahr 2018: Alter Summit unterstützt eine **öffentliche Eisenbahn in Frankreich und anderswo**.

- Teilnahme an der **Kampagne gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens, Aufruf zur Verteidigung und zum Ausbau der öffentlichen Dienste** (Okt. 2017)

Erklärung von 2014 gegen das Aufkommen von Rechtsextremismus und Faschismus
Solidarität mit den Geflüchteten und Migranten ,
Aufruf gegen den Deal EU-Türkei, März 2016

In ca. halbjährlichen **Vollversammlungen** tauschen die Mitglieder Erfahrungen, Analysen und Aktionsvorschläge aus.

Fachkonferenzen : **Konferenz im November 2016 über „Rights4all“** , **im Dezember 2017 über die Zerstörung des Arbeitsrechts; Fachkonferenz über Klima („Just Transition“)** u.a.m.

2018: Die Mitgliederorganisationen setzen ihre Aktivitäten zu „Rights4all“ fort. Eine Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung fand Ende Mai statt.

*Zu den Arbeitsbedingungen bei **Kurier- und Lieferdiensten** und zu den – zum Teil erfolgreichen - **Widerständen der Beschäftigten** wird eine Konferenz in Brüssel am 25. und 26. Oktober organisiert.*

Ab März 2018 berichtet ein **Newsletter** über Analysen der Situation in Europa, über einzelne Kampagnen und Kämpfe.

Weitere Informationen über AlterSummit:

<https://www.attac.de/kampagnen/europa/internationale-netzwerke/alter-summit/>

Marie-D. Vernhes, attac-Vertreterin bei AlterSummit

7.20 Marie-Dominique Vernhes

Finanzantrag: Förderung der Vernetzung der Regionalgruppen

(dieser Antrag hat nur Gültigkeit, wenn der WS „Austausch der Regionalgruppen“ ihn verabschiedet.)

Für Treffen der erweiterten AG "Gruppenunterstützung" (also nicht nur Ratsmitglieder), für Reisen von Mitgliedern der erweiterten AG „Gruppenunterstützung“ zu einzelnen Regionalgruppen, zur Unterstützung einzelner Mitglieder, die eine Regionalgruppen (neu) beleben wollen

werden **5000 Euro** für das Jahr 2019 beschlossen.

Ein erster Bericht über die Aktivitäten wird dem Frühjahrsratschlag vorgelegt.

Marie-Dominique Vernhes

8 Wahlen

Es werden nach regionaler Zugehörigkeit (**Süden**: Bayern, Baden-Württemberg; **Osten**: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen; **Westen**: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland; **Norden**: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen) in vier Räumen Wahlen für den deutschlandweiten Attac-Rat und den Attac-Koordinierungskreis abgehalten.

Wahlen zum Koordinierungskreis: Pro Region wird ein Frauen- und ein offener Platz gewählt. Im Plenum werden anschließend noch jeweils zwei offene und zwei Frauenplätze aus den Gruppen gewählt. Danach werden Vertreter*innen von drei bundesweiten Arbeitsgruppen (AG) ohne Quotierung gewählt.

Wahlen zum Rat: Pro Region werden drei offene und drei Frauenplätze gewählt.

Grundsätzlich gilt für alle Wahlen für die bundesweiten Gremien, dass nur gewählt ist, wer mindestens 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erhält. Alle Kandidat*innen haben Gelegenheit, sich vorzustellen. Dabei müssen sie offen legen, welchen anderen politisch aktiven Organisationen und Parteien sie angehören und ob sie dort Ämter bzw. Mandate bekleiden. Die Wahl findet geheim statt.

9 Sonstiges

9.1 Bericht zur Arbeit der Steuerungsgruppe

Zur Klarstellung: Es handelt sich hier nicht um einen Bericht der Steuerungsgruppe. Warum das so ist, sollte aus dem Weiteren verständlich werden. Ein Bericht der Steuerungsgruppe müsste weitere Aspekte und auch unterschiedliche Sichtweisen abbilden. Dies ist nur die Darstellung einer Einzelperson.

Nehmen wir an, es gibt in großen Teilen von Attac ein Bedürfnis bzw. einen starken Wunsch, innere kommunikative, soziale, organisatorische oder auch inhaltliche Strukturen zu verändern, nehmen wir weiter an, aus einer fiktiven objektiven Sicht erweisen sich diese Veränderungen sogar als Notwendigkeit, um den selbstgewählten Zielen (wieder) näherkommen, – wie ließe sich dann erreichen, dass das auch geschieht? Diese Frage steht als permanente Hintergrundfrage über der hier folgenden Betrachtung.

Da ja nun eine objektive Sicht immer eine Fiktion bleiben wird, müsste der Ausgangspunkt dieser Frage zu Beginn des Prozesses diskutiert und konsensual geklärt werden. Die Verständigung darüber, was verändert werden soll, schafft die Grundlage, die Motivation für den weiteren Veränderungsprozess: Welches ist das konkrete Ziel und dann – wie wird es erreicht? Ein solcher Prozess ließe sich also darstellen als eine Abfolge von Klärungen und Entscheidungen, die von Schritt zu Schritt konkreter und damit auch differenzierter (und zeitaufwendiger) werden.

Wie es begann

Auf dem Frühjahrsratschlag 2016 in Halle gab es eine breit angelegte Diskussion der künftigen Entwicklung und gewünschter/notwendiger Veränderungen von Attac D. Aber das war nicht der Anfang des Prozesses. Vorausgegangen war die Entscheidung, diesen Fragen ernsthaft und gründlich (zunächst in einer beauftragten Studie) nachzugehen. Halle 2016 konnte noch nicht entscheiden, ob und was geändert werden soll, aber entschied, die begonnene Diskussion fortzusetzen und zur Unterstützung und Moderation eine "Steuerungsgruppe" einzurichten, die sich noch auf dem Ratschlag bildete und zum ersten Mal zusammensetzte.

Die Arbeit der Steuerungsgruppe (StG) begann ausgesprochen systematisch. Zunächst ging es um die Klärung des eigenen Arbeitsauftrages, der Arbeitsgrundlagen und Kompetenzen. Die StG wollte nicht ergebnis- sondern prozessorientiert arbeiten, einen Prozess steuern (aussteuern), der geeignet ist, sich seine Ergebnisse selbst zu generieren. 'Fortsetzung' der Diskussion des Ratschlages bedeutet nicht die Bildung einer Projektgruppe, die Ergebnisse erarbeitet, über die dann auf einem kommenden Ratschlag abgestimmt wird. Beobachtungen vergangener Versuche (Saarbrücken/Jena) bestätigen zudem die Erfolglosigkeit solch einer Strategie. Auch um solchen bereits wahrgenommenen Erwartungen entgegenzutreten, entschied die StG, dem vereinzelt geäußerten Wunsch, einen Namen PG 'XY' anzunehmen, nicht nachzukommen, sondern die sperrige, aus der Studie stammende und mit unklaren Assoziationen behaftete Bezeichnung 'Steuerungsgruppe' beizubehalten.

Erste Widerstände

Das blieb nicht die einzige Irritation. Die Analyse, dass die zentral wahrnehmbaren Verhältnisse von Attac, ihre Veränderungen und Nicht-Veränderungen ganz wesentlich geprägt sind durch die Logik des Agierens der zentralen Gremien Rat und Kokreis, führte zu der Folgerung, dass der Prozess ergebnisoffener verlaufen könnte, wenn diese Gremien bzw. ihre Mitglieder mit ihrem Routinevorsprung ihn nicht von vornherein prägen und so die herrschenden Verhältnisse auch nicht unbeabsichtigt reproduzieren bzw. axiomatisch implementieren. Das und vermutlich auch eine ungeschickte Kommunikation, führte zu dem Verdacht, die StG wolle sich absondern, einigeln, intransparent und nicht für alle offen arbeiten.

Solcherlei Vorbehalte verstärken den Widerstand, der Veränderungen systembedingt entgegensteht, und sei es auch nur den vorübergehenden Verschiebungen der Prioritäten und Arbeitsressourcen, ohne die ein zusätzlicher Arbeitsprozess nicht stattfinden kann. Diese Widerstände waren also in die Arbeit mit einzubeziehen. So scheiterte die Vorstellung, alle mehr oder weniger aktiven Attacies anzusprechen und damit auch die einzubinden oder zumindest zu informieren, die nicht auf dem Ratschlag gewesen waren, an den verfügbaren bzw. der StG zugänglichen oder zugänglich gemachten Kommunikationsstrukturen (Email-Verteiler). Insbesondere Aktivisten, die aufgrund von Frustration und Unzufriedenheit bereits in einem eher zurückgezogenen Status angekommen waren, konnten so eher gar nicht erreicht werden.

(Selbst)kritische Reflexion

Ich will aber nicht den Eindruck erwecken, dass ich für die Widerstände regelmäßig das Verhalten konkreter Personen verantwortlich machen würde. Auch wenn ein anderer Ablauf durchaus vorstellbar gewesen wäre, musste die StG bald erkennen, dass die Vorstellung, den größten Teil der Attacies in eine kontinuierlich über längere Zeit andauernde Diskussion einzubinden, eine Illusion war. Selbst wenn es gelungen wäre, alle Attacies anzusprechen und zu einem ideal eingerichteten virtuellen Diskussionsraum einzuladen, wäre die Resonanz anzunehmenderweise außerordentlich selektiv geblieben. Auch Aktivisten, die im Kontakt grundsätzlich positiv ansprachen, erwirkten in der Summe nicht die gewünschte Multiplikation.

Auch die StG hat nicht immer optimal "funktioniert". Kommunikationsprobleme und unterkomplexe Vorstellungen gab es auch dort. So begründet z.B. der Ansatz gewesen sein möchte, die Beteiligung von Rats- und Kokreismitgliedern in der StG vorerst zu vermeiden, er berücksichtigte nicht einen anderen Aspekt: In den bestehenden Strukturen geht jede Organisation gemeinsamer attac-weiter Prozesse über die zentralen Gremien (Inhalte und Schwerpunkte gemeinsamer Arbeit, Tagungen der Gremien selbst und deren inhaltliche Ausrichtung, zentrale organisatorische Strukturen). Dort verteilen sich auch die verfügbaren Ressourcen. Der Versuch, einen gemeinsamen Prozess abseits dieser Gremien zu organisieren, gleicht einer Quadratur des Kreises. So gesehen wäre es genauso vernünftig gewesen, für die ständigen Mitglieder der StG einen automatischen Sitz zumindest im Rat zu fordern.

Die erste und einzige Moderation der Steuerungsgruppe

Man könnte meinen, dass aus der Entscheidung des Ratschlages, die Diskussion weiterführen zu wollen, auf den kommenden Ratschlägen dafür selbstverständlich ein ausreichender Zeitraum vorgehalten worden wäre, bis die Diskussion zu einem Ergebnis geführt hätte. Tatsächlich gab es auf dem folgenden Herbstratschlag in Frankfurt ein Zeitfenster von 1,5 Stunden, welches zum größten Teil die StG nutzen konnte. Dieses war natürlich gemessen an den ehrgeizigen Zielen nicht gerade üppig, so entschied sich die StG zu einem Experiment: Ein Speed-World-Café als Ergänzung und zum Abgleich mit den Ergebnissen der Studie von Hendrik Sander. Wenn wir über Unzufriedenheiten und Änderungen sprechen, worum soll es dann konkret gehen, was ist uns als Attacies wichtig? Und sind die von irgendwelchen Meinungsführern (die sich immer zuerst melden) genannten Bedürfnisse auch die der Basis?

Das "World-Espresso" war durchaus ein Erfolg, was für das anschließend vorgesehene Exzerpt und Diskussion im Plenum nicht gilt. Wen wundert's – die Auswertung der Antworten und Statements hat die StG Wochen beschäftigt und – ganz nebenbei – einen Großteil der Aussagen Hendrik Sanders in der Studie als Spiegel von Attac noch einmal bestätigt. Kann man natürlich fragen, wozu das dann noch nötig war? Ganz einfach, weil wir das vorher nicht mit Gewissheit sagen konnten und weil, wenn wir über unsere Bedürfnisse sprechen wollen, wir uns Klarheit darüber verschaffen sollten, dass es tatsächlich unsere Bedürfnisse sind, die kollektiv relevant und nicht nur als interessantes Thema auf dem Tisch gelandet sind. Was leider wiederum nicht stattfand, war die gewünschte Anschlussdiskussion auf dem zwischenzeitlich von der StG eingerichteten Weblog.

Das Ende der Zuversicht

Statt dessen gab es eine indirekte Reaktion. Der neu gewählte Kokreis stellte auf seiner konstituierenden Sitzung fest, der Raum, den die Steuerungsgruppe eingenommen habe, sei in Anbetracht der Resultate zu groß gewesen, das müsse bei der Vorbereitung des Frühjahrsratschlages beachtet werden. Zweifellos hätte man aus der gleichen Wahrnehmung (oder auch Analyse) auch ganz andere Folgerungen ziehen können. Es entspricht vermutlich der Attac-Logik, den so in Frage gestellten Zeitraum als den der StG (zugeordnet zu ihrem Interesse) zu verstehen, statt als den, den sich der vorangegangene Ratschlag zur Fortsetzung seiner Diskussion ausbedungen hatte. Mit der Übernahme des Auftrages durch die StG, fühlten sich der Kokreis und auch der Rat und deren Untergremien offenbar von ihrer

Mitverantwortung befreit. Auf dem folgenden Frühjahrsratschlag fand die Fortsetzung dieser Diskussion nicht mehr statt. Sie schien nurmehr ein Privatanliegen der StG zu sein.

Die intensive Beschäftigung mit der Problematik sensibilisiert und schärft Wahrnehmung wie auch Verständnis für derlei Vorgänge. So bewirkte dieses Erlebnis im Verbund mit weiteren Beobachtungen eine so nachhaltige Desillusionierung bei den Mitgliedern der StG, dass es ihnen als Gruppe nicht mehr gelang, diese in eine neue Strategie in Sinne ihres Auftrags zu transformieren. Danach hatte die StG in dieser personellen Besetzung aufgehört, ihrer Aufgabe nachzugehen.

Eine grundsätzliche Analyse

In der gemeinsamen Analyse der Vorgänge sollten wir nicht auf individuelle Handlungen und Verantwortungen zielen. Das darf gerne jeder für sich tun, aber da wären sicher sehr unterschiedliche Interpretationen und Bewertungen zu erwarten. Eine Diskussion darum würde uns kaum weiterbringen. Selbst wenn alle sich einig wären, wer was falsch gemacht hat, was würde das nützen? Wesentlich ist doch, wie ein künftiges Vorhaben gelingen könnte. Unbefriedigende und unzuweckmäßige Vorgänge und Verhältnisse sind meist weniger die Folge von "Fehlern" – die gibt es auch, sind aber in der Summe nicht das Entscheidende – als vielmehr Ergebnisse einer Systemlogik, also das, was dabei herauskommt, auch wenn alles "richtig" gemacht wird.

So entstehen in einer selbstorganisierten Bewegung mit der Zeit Strukturen – teils gewollt, teils unbeabsichtigt –, die einer optimalen Funktion dienen sollen und das i.d.R. auch – zunächst – tun. Wenn sie es zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr tun, weil sich Verhältnisse geändert haben, setzen diese Strukturen einer Anpassung an diese Veränderungen Trägheit, Widerstand entgegen. Ungünstigenfalls kann das dazu führen, dass die Bewegung ihre Rolle als Vorreiter und Motor gesellschaftlicher Veränderung verliert, weil die Veränderung selbst sie überholt, "links liegen lässt" oder zumindest andere Bewegungen diese Rolle übernehmen. Welcher Art wären "politische" Prozesse, die geeignet wären, solch eine Krise zu überwinden?

Wie könnte es gehen?

Debatten und abschließende Beschlüsse, die nicht nur kosmetische Veränderungen bewirken, sondern eine nachhaltige Veränderung der eigenen Wirksamkeit (und Wirklichkeit), ziehen komplexe, weitreichende Auswirkungen nach sich. Diese können nicht im Rahmen eines Ratschlages erörtert und ausdiskutiert werden. Unter den Teilnehmern eines Ratschlages wird immer eine große Anzahl sein, die an vorangegangenen Diskussionen nicht beteiligt waren und denen dann eine Beschlussfassung viel zu schnell käme. Sie werden in dem Fall mit Veto stimmen, weil sie sich überfahren fühlen und nicht einsehen, warum eine so weitreichende Entscheidung so "überstürzt" getroffen werden soll. Es erscheint also notwendig, die Diskussion so breit und kontinuierlich zu führen, dass fast alle Ratschlagsteilnehmer "im Bilde" sind, ja an der Erarbeitung der Beschlussvorlagen beteiligt waren. Wenn – oder da? – das aber nicht gelingt, wird es auf dem Wege keine solchen Beschlüsse geben.

So haben sich im Lauf der Zeit auch Vorstellungen in der StG geändert: Wenn es gelänge, die Diskussion auch nur mit einem gewichtigen Anteil von Attac zu führen, müssten Veränderungen nicht zwingend von Konsensbeschlüssen des Ratschlages ausgehen. Die Diskussion könnte vielmehr als Katalysator für die Initiative autonomer Gruppen fungieren, die Veränderungen nach dem Prinzip 'wer macht, der macht' in die attacische Wirklichkeit instituieren. Also nicht nur den Diskurs, sondern die Veränderungen selbst als Prozess denken.

Klar scheint, dass eine Organisation wie Attac die eingangs gestellte Frage beantworten können oder zumindest nach einer Antwort suchen sollte. Und das nicht nur zum Erhalt ihrer selbst. Sich selbst gestaltend zu verändern erweist sich als eine im Grundsatz vergleichbare

Herausforderung wie die Veränderung der Gesellschaft. Wie will Attac diese erreichen, wenn schon jenes nicht gelingt?

27. September 2018

Detlev Matthias Daniel D.M.Daniel@gmx.de

9.2. Bericht zur Webseite

Dieser Bericht übernimmt manche Ausführungen des Berichts der Rats-AG „Webseite“ von Februar 2018,

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Berichte/20180220_Bericht_RAG_a_ttac-Webseite_.pdf

Der aktuelle Bericht wurde von 4 Mitgliedern der AG verfasst (Marie-Dominique V. , Klaus S. , Franz E. und Dani D.), die anderen Mitglieder haben sich an der Erarbeitung nicht beteiligt.

Kurz zusammengefasst:

1. Eine neue Web-Seite (mit responsive Design) wird es im Laufe von 2019 geben. Wir sind der Meinung, dass nicht auf die neue Seite gewartet wird, sondern noch auf der aktuellen Webseite einiges zu ändern wäre; zu den hier benannten Mängeln haben wir jeweils Änderungsvorschläge formuliert.
2. Veraltete Web-Seiten auf attac DE sind Negativwerbung und sollten schnell „repariert“ werden.
3. Die Kampagnen-Seite bildet nicht die tatsächlichen Aktivitäten von attac DE ab.
4. Über die Inhalte von verschiedenen Unterseiten gibt es Kontroversen.
5. Die Aktivitäten der Regionalgruppen sollten schon auf der Startseite sichtbar werden. Mehrere Regionalgruppen haben keine funktionierende Web-Seite; Typo3-Probleme wurden nicht behoben.
6. Der Umgang mit Facebook, Google usw., die Frage von Datenschutz bei dem Zugriff auf Web-Seiten ist Gegenstand von Debatten innerhalb von attac.
7. Allgemeiner Vorschlag zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Webseiten-Produzenten und attacies.

Mitglieder der Rats-AG Webseite (2017-2018):

Gabi, Dani, Lutz, Alfred, Klaus, Franz (Hut), Marie-Dominique, Henry

Aufgaben der AG:

Aus dem Bericht der Rats-AG , 23. November 2016:

„Die AG hat nur eine beratende Funktion, sie erarbeitet Vorschläge zur politisch-inhaltlichen und ergonomischen Verbesserung der attac-Webseite (und sie freut sich auf Anregungen seitens der Attacies).

Gegenstand der Betrachtung sind <http://www.attac.de/> und Unterseiten davon, sowie <http://www.attac-netzwerk.de/> (nach Umstellung)

Die Web-AG des Ko-Kreises entscheidet über Veröffentlichungen auf der Webseite.“

Zu den früheren AG-Tätigkeiten siehe den Bericht der Rats-AG, 23. November 2016:

http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Berichte/20161121_Bericht_der_Web-AG_des_Rats.pdf

Wir beziehen uns jetzt auf den Bericht an den Frühjahrsratschlag 2017 (unten, Seite 5):

„Am 25.2.2017 haben sich Vertreter*innen der Web-AG des Rats, der Internet-AG des KoKreises, des IT-Teams und der Webredaktion getroffen, um über eine Verbesserung des Webauftritts von attac.de zu sprechen.“

1. „Attac.de soll in absehbarer Zeit ein **responsive Design** bekommen (...). Konkrete Planungen sollen nach G20 beginnen und eine Umsetzung soll 2018 stattfinden.“

Info 1: Andreas v. B. hat uns über den Stand informiert (1.2.2018): „*Responsive Design: Beteiligt sind zunächst: Webteam (Nico und Olli), Jule (ÖA), Bodo (Website Content) und Andreas (GF). In der Durchführung werden wir alle Schritte mit der Internet AG des Kokreises absprechen. Der Kokreis wird involviert werden, da wir die Seite ja auch textlich/redaktionell umarbeiten müssen, und viele Texte müssen gekürzt werden. Der nächste Schritt ist ein Treffen mit einer Agentur, die uns bei dem Prozess zu einem „responsive Design“ beratend begleiten wird.*“

Nico (7.10): Der Entwurf der neuen Web-Seite wird noch 2018 dem Ko-Kreis vorgestellt; die Seite wird 2019 online gehen.

Info 2: andere Attac-Web-Seiten sehen so aus: <http://www.globaljustice.org.uk> , <https://france.attac.org> / , <https://www.schweiz.attac.org> / , <http://attac.no> / , <http://www.attac.at/> ,

2. Inhalt der Seiten:

„Viele Webseiten in attac.de sind veraltet. (...) Ein guter Webauftritt ist für eine erfolgreiche Kampagne mindestens genauso wichtig wie Flyer oder Veranstaltungen.“

Wir haben im Laufe des Jahres immer wieder auf veraltete Seiten hingewiesen und es ist meistens - manchmal erst nach Erinnerungsmails - darauf eingegangen worden. Jedoch ist durch weitere veraltete Seiten zu viel „Negativwerbung“ für attac zu befürchten. Neue Mitglieder lassen sich mit veralteten Seiten nicht gewinnen.

Verfahren der Rats-AG beim Entdecken von veralteten Seiten:

1. Mitteilung schicken an die Web-Redaktion bzw. die Internet-AG schicken.
2. Möglichst direkt mit den Verantwortlichen für die veraltete Seite kommunizieren. Manche AGn haben ein Impressum mit Kontaktangaben der Web-Verantwortlichen. Für die anderen Seiten wäre es hilfreich, die jeweils Verantwortlichen zu erfahren.
3. Vorschlagen, die Seite entweder als deutliche „Baustelle“ zu kennzeichnen oder ins Archiv zu verlegen – bzw. offline zu setzen. (Hinweis von Andreas: Eine Seite mit „Baustelle“ zu beschriften ist allerdings seit ca. 15 Jahren nicht mehr üblich.)
4. Das ist nur die schnelle „Notbremse“ - mit wenig Zeitaufwand: Jede dieser drei Alternativen kostet nur einige Klicks - Wenn die Seite online bleiben soll, dann fängt die Arbeit erst an ;)

„Gleichzeitig bitten wir alle, das Webteam zu unterstützen und über tote Links oder völlig überholte oder veraltete Inhalte zu berichten.“ Hiermit wiederholen wir diese Bitte.

Wir sind der Meinung, dass mit wenig Aufwand unser aktueller Web-Auftritt auf eine lebendige Organisation hinweisen könnte, unabhängig von dem hoffentlich bald stattfindenden Relaunch auf ein zeitgemäßes und für mobile Endgeräte geeignetes Design.

3.

Alle Informationen über vergangene **Sommerakademien** waren vor kurzem auf der Webseite unauffindbar, Links zu den europäischen Sommerakademien waren falsch: <https://www.attac.de/bildungsangebot/sommerakademie/> . Inzwischen ist es - nur zum Teil - behoben: ESU 2014 und 2017 fehlen, auch die Sommerakademien vor 2010.

Die **Kampagnenseite** enthält folgende Themen

[Menschenrechte vor Profit](#), [Handelsabkommen](#), [Europa](#), [konzernbesteuerung](#), [Finance for the People](#), [Finanztransaktions-steuer](#), [Jetzt erst recht!](#)

Diese Seiten sind auf aktuellem Stand.

„Kampagnenarchiv“ sollte in mehreren Unterthemen und /oder zeitlich geordnet werden.

Wir stellen fest, dass zu den Bereichen Umverteilen (allg. soziale Frage), Migration, Ökologie und Frieden keine Kampagnen/Aktivitäten benannt werden, obgleich attac Mitglieder stark an Kampagnen beteiligt waren/sind.

Insgesamt betrachten wir es als eine Aufgabe des gesamten Rats, nicht der Rats-AG Webseite allein, zu überprüfen, inwiefern die Kampagnen-Seite den tatsächlichen Aktivitäten von Attac entspricht.

Auch rufen wir die Rats-Mitglieder dazu auf, einen Blick auf „ihre“ jeweilige Kampagnen-Seite zu werfen – zwecks Verbesserungen.

Für Hinweise, das gilt ja für alle problematischen Bereiche bzgl. Website, ist Bodo (Attac-Büro) immer dankbar.

Themenseite:

Eine Seite „Krieg und Frieden“ wurde geschaffen <http://www.attac.de/themen/krieg-frieden/> – diese aber ohne Mitarbeit der AG Glob. und Krieg. Die Internet-AG (jetzt Alfred, Franz, Johannes, Judith) ist nach Aussage von Bodo zuständig. Die AG Glob. und Krieg hat zum Inhalt Änderungsvorschläge formuliert, wir gehen davon aus, dass in den nächsten Wochen ein Austausch stattfindet. Andreas v. B. „*Die Texte zu den Themen verantworten Internet AG und KoKreis, da es um die Außendarstellung von Attac geht. Natürlich sollten dabei die Hinweise der zuordenbaren AGen gehört und, wenn möglich, umgesetzt werden.*“ Wir bitten die AG Globkrieg darum, ihren Textvorschlag vorzulegen.

4. „Für redaktionelle Themen ist die Pressegruppe und / oder der KoKreis zuständig und verantwortlich. Die Internet-AG des KoKreises wird ebenfalls über Verbesserungen und Aktualisierungen diskutieren.“

Unser Informationsstand: Das Redigieren der Themen wird von Bodo Pallmer übernommen, die Pressegruppe und/oder der KoKreis gibt sein OK (oder auch nicht).

Über einzelne Inhalte hat es auf Listen Kritiken gegeben.

Wir schlagen vor, dass regelmäßig eine Kommunikation zwischen der Rats-AG, der Ko-Kreis Presse-AG und der Internet-AG stattfindet.

5. Sichtbarkeit der „Mitmach“-Möglichkeiten bei attac:

Wer die Startseite von attac DE anschaut, wird erst auf der dritten Ebene überhaupt von der Existenz von **Regionalgruppen** und **bundesweiten AGs** erfahren:

<https://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/>

Wir schlagen vor, dass es einen ständigen Teaser auf der Startseite gibt: „Mach mit bei attac“ mit u.a. einem deutlichen Hinweis auf die attac-Strukturen Regionalgruppen, die bundesweiten AGs und a.m. .

Ein neuer Baustein könnte auch sein, erfolgreiche Aktionen von Regionalgruppen auf der Startseite sichtbar zu machen. Hier wiederholen wir den Aufruf an die Regionalgruppen, dem Webteam entsprechendes Material zu schicken. Im Einzelfall, sagt Bodo, macht er das gerne. Die Entscheidung darüber treffen jeweils Presse- oder Internet AG.

Wir stellen fest: Mehrere funktionierenden Regionalgruppen haben keine funktionierende Web-Seite mehr (s. Brief von Stephan K. Anfang August) ; die Gründe sind uns unklar . Ob andere Regionalgruppen unterstützend aktiv werden könnten?

Regionalgruppen haben vor langer Zeit auf Typo3-Probleme hingewiesen; diese wurden bisher nicht behoben.

Wir stellen auch fest, dass die Seiten „**Was ist attac**“ in sich nicht stimmig sind (welche sind die Strukturen, wo jede® mitmachen kann? Junges attac und Aktions-AG fehlen z.B. in den Auflistungen bei „Strukturen“ und „Mitgliedern“)

Auch wird hier <https://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/attac-netzwerk/junges-attac/> auf eine Sommerakademie hingewiesen , die vorbei ist (bzw. nicht stattfand).

6. Datenschutz:

Der Umgang mit Facebook, Google usw., die Frage von Datenschutz bei dem Zugriff auf Web-Seiten ist Gegenstand von Debatten innerhalb von attac.

Wir regen an, dass eine ad-hoc AG „Datenschutz“ initiiert wird. TeilnehmerInnen: interessierte Attacies. Beginn: Herbstratschlag. Diese hätte u.a. zur Aufgabe

- auf "ordentliche" User-E-Mail-Adressen bei Anbietern hinzuweisen, die BDSG-konforme Leistungen gewährleisten. Anm: Die Verschlüsselung bei den Mailing-Listen, die Attac verwendet, soll jedoch nahezu unmöglich sein.
- einen Leitfaden mit Empfehlungen über Datenschutz beim Umgang mit Webseiten und bei der Weitergabe von Links zu entwickeln.

Anmerkung von Andreas v. B. : „Ich befürchte hier zu viele Baustellen zum Thema Datenschutz. Wir haben einen Datenschutz- Beauftragten, wir haben das Webteam im Büro, das sich regelmäßig um Datenschutzfragen kümmert, wir haben die Datenschutz-Schulungen für die Adressverantwortlichen in den Regionalgruppen. Und wir haben den Beschluss des Kokreises, dass in der Außendarstellung von Attac auch Facebook und Twitter genutzt werden sollen. Sind diese Voraussetzungen nicht ausreichend? Verschlüsselung: Das Thema, ob und wie Mailingverkehr verschlüsselt werden kann, hat mit dem Thema oben (Datenschutz) nichts zu tun, ich würde das trennen. Die Einrichtung eines PGP-Schlüssels für eine Mailadresse ist einfach (es gibt zuhauf Tutorials im Internet) - Attac-Listen-Kommunikation kann leider nicht verschlüsselt werden.“

7.

Unabhängig von der „Kosmetik“ und Benutzerfreundlichkeit, unabhängig von einer grundlegenden Umgestaltung der Attac.de Seite, und von Aktualisierungen, gibt es immer wieder viel Bedarf an einer inhaltlichen Klärung der Seiten.

Ein solcher Bedarf bedeutet gleichzeitig eine gute Chance zur Bildung von Attacies durch Sichten und „Produktion“ von Texten, Bildern, Videos.

Wir schlagen vor, dass die Autoren der zentralen Seiten wie auch die Redaktion des Rundbriefes auf dem **Ratschlag** im Rahmen eines TO-Punktes „**Öffentlichkeitsarbeit von attac**“ sich, ihre Arbeitsweise und ihre Vorhaben vorstellen.

Hinweis von Andreas v.B.: Es gab ein Treffen aller, die im Büro und im Kokreis mit unseren Öffentlichkeits-Instrumenten zu tun haben. Alfred und Judith waren dabei.

8-18. Oktober 2018

Arbeit an den Webseiten von attac:

Bericht an den Frühjahrsratschlag 2018

Am 25.2.2017 haben sich Vertreter*innen der Web-AG des Rats, der Internet-AG des Kokreises, des IT-Teams und der Webredaktion getroffen, um über eine Verbesserung des Webauftritts von attac.de zu sprechen.

Von der ursprünglich von der Web-AG des Rats auf dem Herbstratschlag vorgeschlagenen Vorgehensweise, für dieses Treffen möglichst viel Input und Beteiligung durch Interessierte und Web-Admins der AG- und Regionalseiten zu sammeln, wurde aus gutem Grund Abstand

genommen: Zunächst mussten die Zuständigkeiten und Aufgaben der o.g. Beteiligten sowie die zukünftigen Kommunikationswege geklärt werden. Tatsächlich hatte es hier in der Vergangenheit immer wieder Missverständnisse und Probleme gegeben, die wir nun, nach diesem produktiven und angenehmen Treffen vom 25.02., hoffentlich hinter uns lassen werden. Davon abgesehen hatten wir mit den bereits vorhandenen Themen und Anregungen nach Abschluss der Planungen für den 25.02. sowieso schon eine sehr umfangreiche Tagesordnung für einen Tag.

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

- Wir haben uns viel vorgenommen, was eine Verbesserung der Kommunikation untereinander aber auch zwischen uns und den Nutzer*innen und Web-Admins der Regional- und AG-Seiten betrifft. Die Web-AG des Rats wird in Zukunft Zugriff auf das Ticket-System des Webteams im Büro bekommen. Die Webredaktion und das IT-Team sowie die Web-AG des Rats leiten Anfragen dorthin. Im Ticketsystem werden diese so gesammelt und an die richtigen Ansprechpartner*innen verteilt. Details über die Erreichbarkeit werden später veröffentlicht.
- Abgesehen von Kleinigkeiten wurden sämtliche Punkte zu Handling, Optik und Navigation zurückgestellt: Attac.de soll in absehbarer Zeit ein Responsive Design bekommen, um eine ansprechende Darstellung auf allen Displaygrößen – vom Smartphone bis zum hochauflösenden Schreibtischmonitor zu erreichen. Konkrete Planungen sollen nach G20 beginnen und eine Umsetzung soll 2018 stattfinden. Im Zuge dessen werden die Menüstrukturen u. A. sowieso neu gestaltet. Unabhängig davon gilt die Forderung an alle Autoren, klar, allgemeinverständlich, gegliedert und vor allem kurz zu formulieren, um Webseitenbesucher*innen nicht durch Text-Dschungel abzuschrecken.
- Viele Webseiten in attac.de sind veraltet. Zuständig sind unterschiedliche Ansprechpartner*innen. Meist sind dies Beauftragte in AGen, Projekt- oder Regionalgruppen. Wir wollen diese erreichen und das notwendige Verständnis für die Wichtigkeit des Webauftritts wecken. Ein guter Webauftritt ist für eine erfolgreiche Kampagne mindestens genauso wichtig wie Flyer oder Veranstaltungen. Unser Arbeitstitel ist „Kampagne nach innen“. Gleichzeitig bitten wir alle, das Webteam zu unterstützen und die Anstrengungen zu verstärken und über tote Links oder völlig überholte oder veraltete Inhalte zu berichten. Details darüber, an wen zu berichten ist, werden noch veröffentlicht.
- Die Web-AG des Rats bemüht sich, Webverantwortliche für AG- und Kampagnenwebseiten anzuwerben.
- Für redaktionelle Themen ist die Pressegruppe und / oder der KoKreis zuständig und verantwortlich. Die Internet-AG des KoKreises wird ebenfalls über Verbesserungen und Aktualisierungen diskutieren.
- Ebenfalls wurde über Anregungen von Admins der Regional- und AG-Seiten gesprochen sowie über Workshops für Web-Verantwortliche. Auch hier folgen Details.

9.3. Positionspapier des KoKreises zu „Europa“

22.10.2018

Das Papier kann Grundlage unserer Positionsbestimmung auf dem Herbstratschlag 2018 werden, u.a. für die Europawahlen Frühjahr 2019

Ein anderes Europa ist möglich

.... sozial, demokratisch, ökologisch, geschlechtergerecht, friedlich!

Das Europa, in dem wir leben, ist nicht das Europa, das wir wollen: Die Abschottung gegenüber Geflüchteten tritt Menschenrechte mit Füßen. Neoliberale Politik vertieft wirtschaftliche Ungleichheiten in Europa und treibt – nicht nur in Griechenland - Sozialabbau voran. Gemeinwohlaufgaben werden privatisiert und abgebaut, Steuerdumping und -flucht entziehen der öffentlichen Daseinsvorsorge Milliarden Euro. Der herrschende Wachstumsfetisch beschleunigt den ökologischen Kollaps zunehmend. In ganz Europa erstarben nationalistische Bewegungen und Parteien. Brexit, Konfrontation mit Russland und zunehmende Handelskriege lassen das globale Umfeld immer unübersichtlicher und konfliktrichtiger werden.

Als europäische Bürger*innen ist Europa für uns ein wichtiger politischer Raum, dessen Entwicklung unser Leben stark beeinflusst. Deshalb engagieren wir uns bei dessen Gestaltung, unter anderem im Rahmen des europäischen Attac-Netzwerkes. Bei allen Unterschieden sagen wir:

- **Wir stehen für ein anderes Europa – für ein soziales, demokratisches, ökologisches, geschlechtergerechtes und friedliches Europa.**
- **Globalisierung geht anders – Mensch und Natur vor Profit!**

Ein soziales Europa braucht die Angleichung der Chancen und Lebensbedingungen aller Europäer*innen. Das erfordert einen Bruch mit dem neoliberalen Dogma „Markt über Alles“. Wir setzen uns ein für

- die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten und eine Einschränkung von Kapitalfreiheiten
- eine Transferunion zur Förderung ärmerer Regionen,
- wirksame Schritte zu einer gemeinsamen Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.
- eine Umverteilung großer Vermögen zugunsten von Gemeinwohlaufgaben
- eine Beschneidung der Macht der Banken und Finanzmärkte
- eine europaweite Gesamtkonzernsteuer und die Abschaffung von Steueroasen

Unsere Solidarität reicht über Europa hinaus. Um Fluchtursachen zu beseitigen, muss Schluss sein mit einer Handelspolitik, die weltweite Ungleichheit und Armut verschärft. Solidarität bedeutet Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten in allen europäischen Ländern. Dazu muss das Dublin-Abkommen außer Kraft gesetzt werden. Ankommende Menschen dürfen nicht gegen sozial Schwache ausgespielt werden.

Ein demokratisches Europa ist ein Europa, in dem die Menschen weitgehend über ihre eigenen Lebensbereiche entscheiden können, im Wohn- und Arbeitsbereich, in der Gemeinde, in der Region. Dazu braucht es Transparenz und Partizipation, ausgestattet mit den nötigen finanziellen Mitteln.

Viele Bereiche wie Umwelt- oder Handelspolitik erfordern jedoch europäische oder globale Entscheidungsebenen. Diese dürfen nicht von den Interessen globaler Konzerne dominiert werden wie aktuell die EU mit ihrer Politik des Sozialabbaus. Wir setzen uns ein für

- ein Europäisches Parlament mit Gesetzgebungs- und klarer Entscheidungsbefugnis gegenüber den EU-Institutionen
- europäische Verträge, die nicht mehr vorrangig dem Kapitalwohl, sondern dem Gemeinwohl dienen
- eine Beschneidung der Lobbymacht großer Konzerne

Ein ökologisches Europa muss den Ressourcenverbrauch in Europa massiv einschränken. Neben Agrar-, Verkehrs- und Energiewende ist ein unsere Produktion insgesamt sozial und ökologisch gerecht umzugestalten. Die Wachstumsstrategien der europäischen Staaten und

der EU müssen ersetzt werden durch einen sozial-ökologischen Umbau, der allen Europäer*innen ein „Gutes Leben ermöglicht. Wir setzen uns ein für

- eine Ende der EU-Agrarsubventionen, die bäuerliche Landwirtschaft zugunsten von Agrarkonzernen zerstört
- eine europäische Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel produziert ,
- eine Verkehrswende,-die auf kollektiven statt Individualverkehr setzt und allen Bürger*innen Teilhabe und Mobilität ermöglicht
- eine Energiewende, die kurzfristig Kohleverstromung und Atomkraft beendet und verstärkt erneuerbare Energien ausbaut

Ein geschlechtergerechtes Europa ist ein Europa der Gleichberechtigung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Frauen dürfen nicht länger die Hauptlast für die Sorgearbeit tragen und als erste in Krisen in die Familie abgeschoben werden, um gekürzte Gemeinwohlleistungen zu ersetzen. Wir setzen uns ein für

- Chancengleichheit im Beruf und die europaweite Durchsetzung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
- das Verbot gesellschaftlicher, juristischer und politischer Diskriminierung und Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität.

Ein friedliches Europa ist mehr als die Abwesenheit von Krieg in Mitteleuropa. Europäische Staaten greifen außerhalb Europas in militärische Konflikte ein. Die europäische Rüstungsindustrie trägt massiv zur weltweiten militärischen Eskalation bei. Statt einer EU, die mit PESCO militärische Großmacht werden will, setzen wir uns ein für

- ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der UNO als Grundlage für friedliche Konfliktlösungen und Motor für eine weltweite Abrüstung
- das Verbot von Rüstungsexporten
- die Abwicklung der europäischen Rüstungsindustrie durch Konversionsprogramme für zivile Produktion

Europa ist für uns mehr als die EU. Als großer Machtfaktor in Europa prägt die EU jedoch europäische Politik. Waren die Vorläufer der EU für viele Menschen ein hoffnungsvoller Ansatz nach Hass und Schrecken des 2. Weltkrieges, so hat sich in der EU im Zuge der weltweiten politischen Kräfteverschiebung die neoliberale Politik der ökonomischen Eliten durchgesetzt und in den Verträgen von Maastricht und Lissabon festgeschrieben. Die Folgen sind wachsende Ungleichheit und ein Mangel an Demokratie, Legitimität und Transparenz. Inzwischen steckt die EU in einer Krise durch vielfältige Konflikte zwischen den Mitgliedsländern, besonders zu den Folgen der wirtschaftlichen Ungleichheit und zur Aufnahme von Geflüchteten.

Wir stehen für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung der europäischen Bürger*innen, z.B. durch eine Änderung der EU-Vergaberichtlinien. Wir stehen auch für eine Beschneidung der Macht globalisierter Konzerne durch übernationale Regeln und Institutionen, z.B. eine Gesamtkonzernsteuer auf europäischer, besser noch globaler Ebene. Ein Zurück zur ungebremsten Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, wie sie von den erstarkenden rechten Parteien gefordert wird, ist für Attac keine Lösung.

Es ist Zeit für Veränderung. Eine emanzipatorische Politik in Europa ist nur mit anderen politischen Kräfteverhältnissen möglich. Ob ein Bruch mit der neoliberalen Verfasstheit der EU und eine sozial gerechte und ökologisch tragfähige EU möglich ist, werden die künftigen politischen Auseinandersetzungen zeigen. Als Attac Deutschland sehen wir uns als Teil eines europaweiten emanzipatorischen Blocks – zusammen mit sozialen Bewegungen, fortschrittlichen Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in allen europäischen Ländern.

Wir respektieren unsere vielfältigen und unterschiedlichen Ansätze. Um gemeinsam handlungsfähig zu werden, wollen wir uns stärker vernetzen, offene Fragen klären, gemeinsam Strategien für einen sozial-ökologischen Umbau entwickeln und in europaweite politische Projekte umsetzen. Die erfolgreiche Verhinderung der Wasserprivatisierung oder die selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ sind dabei Wegweiser für gelungene europäische Solidarität.

Gemeinsam schaffen wir mehr Demokratie, soziale Sicherheit und Geschlechtergerechtigkeit, stellen wir die Wirtschaft vom Kopf auf die Füße, beenden Naturzerstörung und schaffen Frieden. Machen wir uns auf den Weg!

9.4. Bericht über die Arbeit des Bündnisses „keine Kampfdrohnen“

Hintergrund:

Attac Deutschland und viele regionale Attac-Gruppen sind unter den 149 Gruppen und Organisationen, die den Appell "Keine Kampfdrohnen!" im März 2013 unterzeichnet haben¹. Kampfdrohnen senken die Hemmschwelle zu größeren Kriegen, sind eine Hauptursache für die Flüchtlingskrise, und untergraben auf gefährlicher Weise das internationale Völkerrecht.

In 2017 hat die Attac-AG Globalisierung und Krieg ihre Aktivitäten gegen eine Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr in Kooperation mit der DFG-VK, IPPNW und Code Pink Germany verstärkt. Nach einer intensiven Lobby-Kampagne im Frühling 2017 hatte die SPD-Fraktion im Bundestag sich verweigert, die Anschaffung von bewaffnungsfähigen Heron-TP-Drohnen aus Israel zu bewilligen mit der Begründung, dass das Verteidigungsministerium den Kauf von Munition sowie eine Bundeswehr-Trainingsmaßnahme (zum Schießen) in den Verträgen mit einbezogen hatte.

Die Ablehnung der SPD-Fraktion, den Antrag des Verteidigungsministeriums zu bewilligen, hatte damals viele, auch in der Friedensbewegung, überrascht. Dabei betonte die SPD, dass die schon im Koalitionsvertrag vom 2013 versprochene breite Debatte über die Anschaffung von bewaffneten Drohnen noch nicht zustande gekommen sei und noch geführt werden müsse. Kampfdrohnen wurden daraufhin im Herbst und Winter 2017 zu einem wichtigen Thema in den Koalitionsverhandlungen der CDU mit den Grünen, der FDP und der SPD.

Beiträge der im Arbeitsbündnis mitwirkenden Organisationen:

Beim Attac-Herbstratschlag 2017 wurde eine Finanzierung der AG Globalisierung und Krieg zur Fortführung unserer Arbeit zum Thema „STOPP DEN DROHNENKRIEG - KEINE KAMPFDROHNEN!“ befürwortet und bewilligtⁱⁱ. Daraufhin hat der Verband DFG-VK im November 2017 bei ihrem Bundeskongress per Abstimmung entschieden, ihre jahrelange Arbeit zu Kampfdrohnen fortzuführen und zu verstärken. Der Bundesausschuss der DFG-VK hat dann im Dezember 2017 die finanzielle Aufwendung der DFG-VK für diese Arbeit von 2000,- Euro (z. B. in 2016 und in 2017) auf 3.250,- Euro für das Jahr 2018 erhöht, um die Zusammenarbeit im Bündnis mit Attac zu fördern.

Zudem hat die IPPNW eine weitere intensive Mitarbeit ihrer bezahlten Pressesprecherin/Koordinatorin für 2018 eingewilligt, und Code Pink Germany hat zusätzlich Kosten für die gemeinsame Arbeit gegen Kampfdrohnen getragen. Die AG Kampfdrohnen in der Friedenskoordination Berlin und der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag haben in 2018 regelmäßig mitgearbeitet. NGOs wie das European Center für Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin haben beratend mitgewirkt sowie eigene Pressearbeit und Lobbyarbeit gegen die Drohnen-Beschaffung geleistet. Die am Bündnis beteiligte Organisationen waren ständig miteinander in Kontakt und haben das Vorgehen gemeinsam bestimmt.

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) hat viele der Briefe, Erklärungen und Pressemitteilungen des Bündnisses und/oder ihrer Mitgliedorganisationen auf die IMI-Webseite „Drohnen-Kampagne“ gepostetⁱⁱⁱ. Die Attac-Webseite zu Kampfdrohnen enthält eine relativ ausführliche Dokumentation der bisherigen Arbeit des Bündnisses^{iv}.

Überblick der bisherigen politischen Arbeit in 2018:

Im Januar 2018 hat das Bündnis "Keine Kampfdrohnen!" mit einem intensiven neuen Anstoß in der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit begonnen. Nachdem die SPD sich entschieden hat, in Sondierungsgespräche für eine Große Koalition mit der CDU einzutreten, wurde der Fokus der Arbeit des Bündnisses gegen Kampfdrohnen am stärksten auf die SPD gerichtet: Es gab (und gibt) noch viele Gegner*innen sowie Befürworter*innen einer Kampfdrohnen-Beschaffung in der SPD. Im Kontrast hatte die CDU sich im Wesentlichen schon auf eine Befürwortung der Beschaffung festgelegt, und die Linke und Grüne Fraktionen hatten sich schon dagegen stark positioniert.

Die bisherige Arbeit des Bündnisses in 2018 umfasste nicht nur Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch eine breit angelegte Briefkampagne woran u. a. Attac, DFG-VK, IPPNW und Bundesausschuss Friedensratschlag mitgewirkt haben. Zudem gab es Gespräche und Debatten mit führenden MdBs in der SPD, die u. a. in den Büros der SPD-MdBs in Berlin stattgefunden haben. Mitwirkende im Bündnis haben zudem u. a. an dem Außerordentlichen SPD-Bundesparteitag der SPD am 21. Januar in Bonn mit einem an die Delegierte gerichteten Öffentlichen Brief gegen die Beschaffung von Kampfdrohnen teilgenommen, haben mit Referate und Diskussionsbeiträge bei verschiedenen Veranstaltungen z. B. eines SPD-Fachausschuss für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung teilgenommen, und haben eine Debatte zwischen Vertreter der Linken und der SPD bei einer öffentlichen Vorführung des Films „National Bird“ angestoßen.

Das Bündnis hat in ihrer o.g. Arbeit die Ergebnisse der Sondierungsgespräche der SPD und CDU stark kritisiert. Im Koalitionsvertrag vom März 2013 kamen dann einige wesentliche Verbesserungen: In dem Koalitionsvertrag ist festgelegt worden, dass die Bundesregierung „*völkerrechtswidrige Tötungen, auch mit Drohnen*“ ablehnt. Die Bundesregierung will also bewaffnungsfähige Heron TP Drohnen aus Israel leasen, jedoch soll der Deutsche Bundestag über eine Beschaffung von Bewaffnung für die Heron TP Drohnen erst „*nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert entscheiden. Hierzu wird die Bundesregierung eine gesonderte Vorlage erstellen und dem Bundestag zuleiten. Vor einer zukünftigen Beschaffung von bewaffnungsfertigen Drohnen sind die konzeptionellen Grundlagen für deren Einsatz zu schaffen.*“

Im Vergleich zu den Bevölkerungen in den anderen größeren NATO-Mitgliederstaaten hat die Bevölkerung in Deutschland am entschiedensten ihren Widerstand gegen Drohnenkrieg und Kampfdrohnen geltend gemacht, u.a. auch durch lebhafteste Proteste und Zivilwiderstand an Drohnenbasen wie Fliegerhorst Jagel, AFRICOM in Stuttgart und Ramstein Air Base in Rheinland-Pfalz. Bis jetzt ist Deutschland das einzige NATO-Mitgliedstaat, worin die Regierungsparteien eine Anhörung zu den ethischen und völkerrechtlichen Fragen um den Einsatz von bewaffneten Drohnen angeordnet hat.

Am 13. Juni 2018 kam ein wichtiges Zwischenergebnis, die den Koalitionsvertrag bestätigte: Die Verteidigungs- und Haushaltsausschüsse im Bundestag bewilligte zwar die Vorlage für einen Leasingvertrag für fünf bewaffnungsfähige Heron-TP-Drohnen, jedoch nur unter der Bedingung, dass die neuen Drohnen zuerst ohne Bewaffnung und nur für „Aufklärungszwecke“ (ohne Ausbildung der Bundeswehrsoldaten zum Schießen) angeschafft werden dürfen. Insofern ist die SPD im Wesentlichen bei ihrer Position im Juni 2017 geblieben. Doch mit der Anschaffung von bewaffnungsfähige Drohnen rückt eine mögliche Entscheidung, der Bundeswehr Kampfdrohnen zu geben, näher.

Vorschau der nächsten Phase in der Arbeit des Bündnisses

Die Bundesregierung, die Regierungsparteien und die Bundeswehr beteuern, dass die Bundeswehr niemals wie die US-Regierung Kampfdrohnen völkerrechtswidrig einsetzen würden. Jedoch vertritt die US-Regierung die Position, dass sie mit Drohnen einen völkerrechtskonformen Verteidigungskrieg führen. Die US-Praxis über den letzten siebzehn Jahren droht, neues "Völkergewohnheitsrecht" zu schaffen. Gleichzeitig verbreiten sich die Herstellung, der Export und der Einsatz von Kampfdrohnen weltweit, während es noch kein international anerkanntes Regelwerk für den Einsatz dieser Waffen gibt.

Und obwohl die Bundesregierung und fast alle politische Parteien im Bundestag immer wieder versprechen, dass sie bei der Kriegsführung dem Völkerrecht verpflichtet sein würden, gibt es berechtigte Zweifel daran, wie die Bundeswehr letztendlich die Kampfdrohnen einsetzen würden: Die Bundesregierung hat seit Jahren für die USA unentbehrliche Beihilfe für den völkerrechtswidrigen US-Drohnenkrieg geleistet, z. B. auch durch die Duldung der Nutzung von Liegenschaften in Deutschland für tödliche Drohneneinsätze und Attentate in vielen Ländern.

Erst nach einer Vorlage der Bundesregierung für eine Beschaffung von Waffen für die Drohnen (voraussichtlich frühestens in 2019) soll die erforderliche Anhörung und öffentliche Debatte über die ethischen und völkerrechtlichen Fragen, die die Regierungsparteien angeordnet haben, stattfinden. Es ist zu dieser Zeit noch nicht klar ob die Bundestag-Debatte nur in den Verteidigungs- und Haushaltsausschüssen oder im Plenum (eventuell mit einer darauffolgenden Gewissensabstimmung) stattfinden wird. Und es ist auch nicht klar, ob und wie die "ausführliche gesellschaftliche Diskussion" zustande kommen soll.

In der aktuellen Planungsphase überlegt das Bündnis „Keine Kampfdrohnen!“ wie sichergestellt werden kann, dass die Anhörung im Bundestag zu den ethischen und völkerrechtlichen Fragen um die Bewaffnung von Drohnen nicht klein gehalten werden kann sowie wie eine breite gesellschaftliche Debatte stattfinden könnte.

Unter Anderem wird über die Möglichkeiten, parallele außerparlamentarische Anhörungen mit internationalen Gästen durchzuführen, (z. B. mit Whistleblowern, kritische Drohnenpiloten, Opfern, Ärztinnen und Ärzten und Völkerrechtler*innen) diskutiert. Hierfür würde das Bündnis sicherlich eine noch breitere Unterstützung und Finanzierung gebrauchen, als es im Jahr 2018 genossen hat. Aber es steht vieles auf dem Spiel: ob Deutschland ein auch international starkes Warnzeichen gegen die Verbreitung von Kampfdrohnen geben wird, die zunehmend zu einer vollen Automatisierung führen wird, oder ob Deutschland die Kampfdrohnen und den Drohnenkrieg letztendlich doch "segnet".

Hier geht es übrigens nicht nur um die fünf bewaffnungsfähigen Heron TP Drohnen, die das Verteidigungsministerium schon am 14. Juni geleast hat. Zudem wird der Bundestag voraussichtlich in 2019 gebeten, die weitere Mitarbeit des deutschen Verteidigungsministeriums an der Herstellung einer bewaffnungsfähigen Euro-Drohne zu bewilligen, die ab 2025 serienreif sein sollen und woran auch Italien, Frankreich und Spanien beteiligt sind. Die deutsche Rüstungsindustrie, vor allem Airbus, arbeitet auch noch an weiteren neuen Kampfdrohnen-Projekten, die noch früher serienreif werden könnten. Die Ergebnisse der angeordneten Anhörungen und Debatten zur Bewaffnung von Kampfdrohnen müssen auch für die Euro-Drohne und weitere Projekte geltend gemacht werden.

Statt in die Herstellung und Einsatz von bewaffneten Drohnen einzusteigen muss die Bundesregierung eine führende Rolle bei der Gestaltung von verbindlichen internationalen Abkommen für die Kontrolle und letztendlich die Ächtung von diesen gefährlichen Waffen spielen. Die Bundesregierung soll auf bewaffneten Drohnen verzichten und den Export von Kampfdrohnen durch die deutsche Waffenindustrie verbieten.

Durch die Teilnahme an internationale Konferenzen erstrebt das Bündnis eine starke internationale Vernetzung mit Kampfdrohnen-Gegner*innen in anderen Ländern, z. B. neulich bei der ECCHR-Konferenz in Milan im September 2017, bei der No-Bases-Konferenz in Baltimore im Januar 2018 und bei der internationalen No-Bases-Konferenz in Dublin vom 16. bis 18. November 2018.

Berlin, den 19.10.2018
Elsa Rassbach

ⁱ <https://drohnen-kampagne.de/appell-keine-kampfdrohnen/unterstutzergruppen/>

ⁱⁱ https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/RS_2017/HRS2017/Vorschlaege_Finanzantraege/Finanzantrag_AG_Globalisierung_und_Krieg_zu_Kampfdrohnen_und_Drohnenkrieg.pdf

ⁱⁱⁱ <https://www.drohnen-kampagne.de>

^{iv} <https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/keinekampfdrohnen/>